



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

51. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 23. November 2018, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

	Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Investitionstätigkeit des Landes überprüfen 12
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Von Waren (Müritz) ins ganze Land – 30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/2815 – 3	Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV 12 Minister Mathias Brodkorb 13 Dirk Lerche, AfD 15 Egbert Liskow, CDU 15 Jeannine Rösler, DIE LINKE 16 Tilo Gundlack, SPD 17
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/2848 – 3	
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 7/2870 – 3	Antrag der Fraktion DIE LINKE Zustände in der JVA Bützow aufklären – Justizvollzug gesetzeskonform ausstatten – Drucksache 7/2743 – 18
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/2878 – 3	
Vincent Kokert, CDU 3 Ministerin Birgit Hesse 5 Jörg Kröger, AfD 5 Peter Ritter, DIE LINKE 7 Elisabeth Aßmann, SPD 8 Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV 9 Horst Förster, AfD 9	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 18, 27 Ministerin Katy Hoffmeister 20 Horst Förster, AfD 23 Dirk Friedriszik, SPD 25 Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV 25 Maika Friemann-Jennert, CDU 26 Nikolaus Kramer, AfD 30
Beschluss 10	Beschluss 31

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**100 Jahre Frauenwahlrecht – Gleichstellung
als Verfassungsauftrag umsetzen**

– Drucksache 7/2808 – 31

Peter Ritter, DIE LINKE 31

Ministerin Stefanie Drese 33

Horst Förster, AfD 35, 40

Maika Friemann-Jennert, CDU 37, 43

Thomas Schwarz, SPD 38

Holger Arppe, fraktionslos 39

Karen Larisch, DIE LINKE 40

B e s c h l u s s43, 44, 46

Persönliche Bemerkung gemäß

§ 88 GO LT durch den Abgeordneten

Thomas de Jesus Fernandes, Fraktion der AfD 44

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. Dezember 2018 45

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch, Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können.

Ich begrüße Sie zur 51. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Von Waren (Müritz) ins ganze Land – 30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/2815. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2848 sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2870 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Von Waren (Müritz) ins ganze Land –
30 Jahre Friedliche Revolution
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 7/2815 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/2848 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 7/2870 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 7/2848 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen!

(Zurufe aus dem Plenum: Guten Morgen!)

Wir haben heute einen Punkt auf der Tagesordnung, einen Antrag, der mich persönlich sehr freut: „Von Waren (Müritz) ins ganze Land – 30 Jahre Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern“. Ich will Ihnen noch mal kurz aus meiner Sicht sagen, wie wir eigentlich zu diesem Antrag gekommen sind. Es gab im Mai 2017 von den beiden Koalitionsfraktionen den ersten Antrag dazu. Dort wurde die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zu fertigen über einen zentralen Gedächtnisort „30 Jahre Friedliche Revolution“. Er sollte vor allem die Zielsetzung haben, dass sich möglichst viele Menschen mit diesem zentralen Ort identifizieren können.

Wir haben aber damals schon gesagt – ich habe in der Debatte auch gesprochen –, ich möchte keinen Ort, wo die Leute immer an einem Tag hinfahren, am besten aus Schwerin, mit schwarzen Anzügen und bei Trompetenmusik dann nur Blumen hinwerfen, sondern ich möchte schon einen Ort, der die ganze Vielschichtigkeit der friedlichen Revolution in seiner Gesamtheit abbildet und von dem aus es auch möglich ist, noch viele kleinere Orte von dort zu zeigen, dass man sich also mit seiner ganz eigenen Historie und Geschichte mit 1989 in Verbindung bringen kann.

Daraufhin gab es ein Konzept, maßgeblich aufgeschrieben vom Bildungsministerium, ich glaube, von Frau Drescher insbesondere, die ich da oben auch recht herzlich begrüße, weil ich sie da oben gesehen habe. Dieses Konzept hat drei Dinge – ich glaube, ich darf sonst nicht begrüßen, Frau Präsidentin, ich bitte das vielmals zu entschuldigen, aber es ist jetzt einfach so über mich gekommen, das zu tun –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Beifall Jochen Schulte, SPD)

dieses Konzept hat drei Dinge als ...

Ja, Herr Kollege Schulte, das ist noch ein bisschen früh für mich, deshalb ist mir das jetzt so rausgerutscht. Ich halte mich sonst streng an die Gepflogenheiten dieses Parlamentes,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na!)

aber ich bitte, das wirklich zu entschuldigen.

Dieses Konzept hat drei Punkte: zentral, dezentral und digital. Das heißt, es soll eine möglichst breite Bevölkerungsgruppe in Mecklenburg-Vorpommern ansprechen.

Dieses Konzept haben Sie, glaube ich, dann auch in Ihren Fraktionen diskutiert, sich das angesehen, haben sich dazu eine Meinung gebildet. Für die CDU-Fraktion hieß das, wir haben lange überlegt, wie wir jetzt damit umgehen, wie füllen wir das quasi mit Leben, denn das war damals unser Antrag. Wir wollten das nicht so typisch, dass eine Verwaltung einfach was aufschreibt, hier ins Parlament wirft und dann das Übliche, alle diskutieren, irgendwann machen wir dazu eine Veranstaltung, dann ist das durch, sondern wir wollten das schon in aller Breite diskutieren.

Dann sind wir in den Ort Waren gegangen und haben als Fraktion eine Veranstaltung gemacht, die sehr gut besucht war, haben uns Fachleute eingeladen und haben mit denen darüber diskutiert, wie kann denn so was eigentlich aussehen. Die Warener waren davon jedenfalls mindestens so angetan, dass sie nach kurzer Zeit, nachdem wir gemeinschaftlich mit den Warenern diskutiert haben, einen einstimmigen Beschluss in ihrer Stadtvertretung gefasst haben und auch der Auffassung sind, ja, Waren hat diesen Gedächtnisort nicht nur verdient, sondern wir wollen ihn auch ganz bewusst nach Waren holen. Das ist immer das Schwierigste: Wenn Sie darüber nachdenken, wenn Sie so etwas schaffen wollen, müssen Sie sich relativ frühzeitig auf einen Standort festlegen, ansonsten haben Sie nur die Diskussion um den Standort und nicht mehr um den Inhalt.

Ich habe das selber am eigenen Leib erlebt, als ich mich das erste Mal erdreistet habe, aus diesem vorgeschlagenen Konzept zu zitieren und zu sagen, wahrscheinlich wird es Waren. Da habe ich Post aus dem ganzen Land bekommen. Die Leute haben mir geschrieben und das war nicht nur positiv, sondern die haben gesagt, na ja, also es wäre eine Riesenfrechheit, Neubrandenburg wäre der Hort der Demokratie gewesen, aus Wismar hatte ich ähnliche Briefe, Güstrow. Also alle haben geschrieben, haben gesagt, wir sind aber eigentlich diejenigen. Das zeigte mir, wie vielschichtig diese erlebte Geschichte von damals ist. Denn wenn wir uns das noch

mal überlegen, die wenigsten Menschen waren auf der Straße. Wenn wir heute mit vielen über die Erlebnisse sprechen, dann waren alle Widerstandskämpfer, das ist ja klar, 1989 waren quasi alle auf der Straße, die ganze DDR-Bevölkerung, aber das war natürlich mitnichten so. Ich möchte mich da jetzt nicht auf Zahlen festlegen. Ich habe irgendwann mal gelesen, es waren wahrscheinlich nur circa 20 Prozent, das heißt, 80 Prozent haben dieses Historische, diese Geschichte, dieses historische Ereignis anders erlebt.

Alles das soll dieser Gedächtnisort irgendwo widerspiegeln. Deshalb war für uns wichtig als Punkt eins, wir müssen uns den Diskussionen stellen und als Erstes einen Gedenkort festlegen, damit wir nicht mehr über den Ort diskutieren, sondern darüber, wie das dann nachher aussehen kann. Dazu eingeladen haben wir den ehemaligen Präsidenten des Bundesbauamtes, Florian Mausbach. Wem das nichts sagt, der ist zum Beispiel auch zuständig gewesen für das Einheitsdenkmal in Berlin. Der kannte Waren gar nicht. Wir haben ihn da hingeholt und sind mit ihm auch ein bisschen durch die Stadt gegangen. Er hat sich das angesehen und hatte sofort tolle Ideen. Also immer, wenn du in Deutschland ein Denkmal errichten willst, dann fragst du den Mausbach als ehemaligen Präsidenten des Bundesbauamtes. Dann sprudelt das aus Architekten sofort heraus. Wir haben gemerkt, da steckt eine Menge drin, was wir – jedenfalls damals, als wir den Antrag gestellt haben – noch gar nicht gesehen haben.

Punkt eins: Standort festlegen. Deshalb schlägt Ihnen dieser Antrag heute ganz klar Waren vor, damit das jetzt einmal priorisiert ist. Die Warener scheinen sich darüber auch zu freuen.

Punkt zwei, über den man bei so einem Konzept reden muss, ist, wie füllst du das eigentlich mit Leben und vor allem, wie kommst du an die Menschen ran. Ich habe es eben schon deutlich gemacht, 80 Prozent waren wahrscheinlich nicht auf der Straße, 20 Prozent waren auf der Straße. Also hat jeder sein völlig eigenes Erleben und seine eigene Geschichte. Deshalb glaube ich schon, dass wir es schaffen müssen, möglichst viele Menschen mit diesem Konzept anzusprechen und zu sagen, diskutiert doch bitte mit uns darüber.

Da es kein Verwaltungskonzept sein soll, haben wir uns überlegt, dass das auch wieder münden muss in einen Antrag hier im Landtag, denn wir sind die politische Willensbildung in diesem Land und spiegeln die Menschen aus allen Bereichen, aus allen Orten von Mecklenburg-Vorpommern wider. Deshalb ist es richtig, dass wir uns mit diesem Konzept auseinandersetzen und auch den Bildungsausschuss dafür zuständig machen, dieses Thema noch mal zu diskutieren, um weitere Vorschläge zu erarbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Und, meine Damen und Herren, als Drittes wollen wir natürlich, dass die Menschen, die bei diesem Thema Expertise haben, auch weiter dazu gefragt werden und an diesem Konzept mitarbeiten können. Das sind aus meiner Sicht vor allem Herr Schmidt und Frau Drescher – einmal Herr Schmidt von der Landeszentrale und Frau Drescher habe ich vorhin schon genannt –, denn die beiden zeichnen jetzt verantwortlich für das, was da vorliegt. Deshalb wäre es natürlich schlau, wir würden sie

jetzt auch an der weiteren Entwicklung mit beteiligen und sagen, wie geht es denn tatsächlich damit weiter.

Wenn ich mir dabei eines wünschen darf – ich habe das vorhin schon ganz kurz bei dem einen oder anderen Kollegen angesprochen –, dann ist es das, dass es kein Thema ist, was irgendwo dazu dienen kann, sich politisch zu profilieren, sondern das wird nur ein Erfolg, wenn wir quasi alle an einem Strang ziehen und bei unseren Leuten auch dafür werben, dass man sich darüber Gedanken macht. Deshalb schlägt Ihnen dieser Antrag auch vor, dass diese beiden Herrschaften, Frau Drescher und Herr Schmidt, bitte weiter an diesem Konzept arbeiten können. Das soll darin münden, dass wir den 30. Jahrestag jedenfalls in Waren gemeinschaftlich feiern, und zwar als Veranstaltung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD: Gute Idee!)

Ich bitte zu entschuldigen, dass wir einen kleinen Fehler in unserem Antrag hatten. Das war nämlich – ja, Herr Ritter, das muss ich ehrlich sagen –, das war ein Fehler von mir. Ich hatte nicht auf dem Schirm, dass es bereits Gespräche – Landesregierung Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – gab und man sich an dem Tag schon darauf verständigt hat, eine gemeinschaftliche Veranstaltung zu machen, die ich natürlich grundsätzlich begrüße. Deshalb sind wir auf den 16. Oktober gegangen. Das ist aus unseren Unterlagen der Tag, wo man das erste Mal in Waren an der Müritz demonstriert hat. Ich halte das für einen sehr würdigen Tag, das dort feierlich zu begehen.

Ich will Ihnen mal einen Vorschlag machen: Vielleicht können wir uns sogar überlegen, als Landtag von Mecklenburg-Vorpommern an diesem Tag einfach mal diese Dezentralität zu leben und, damit unsere Terminkalender da nicht voll sind, einfach geschlossen einen Tag als Landtag dort eine Landtagssitzung abzuhalten, um dann nach der Landtagssitzung in Waren an der Müritz diesen gemeinsamen Festakt zu begehen. Ich überrumpele Sie jetzt damit so ein bisschen, das ist mir auch erst heute Nacht, als ich darüber nachgedacht habe, noch mal eingefallen. Vielleicht wäre das ein sehr würdiger Rahmen, um dort eine Veranstaltung abzuhalten. Es tut uns als Landtag auch mal gut, wenn wir ein bisschen vor Ort unterwegs sind. Ich glaube, die Warener würden sich darüber sehr, sehr freuen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, ich freue mich jetzt sehr auf die vor uns liegende Diskussion. Es wäre natürlich schön, wenn wir am 16. Oktober schon irgendwas hätten, was wir den Leuten vor Ort präsentieren können, nicht nur dahin fahren, sondern auch zeigen und sagen, ja, so könnte das aussehen. Ich bin natürlich nicht so vermessend, dass mir jetzt schon klar ist, wie das aussehen soll, aber ich meine, wenn wir alle daran arbeiten würden, dann sollte das durchaus zu machen sein, dass man auch in zehn/elf Monaten zu konkreten Vorschlägen kommt. Ich würde mich jedenfalls sehr freuen, wenn wir gemeinschaftlich darüber diskutieren könnten und freue mich sehr über die Diskussion, die wir jetzt dazu im Parlament haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte dann übernehmen, Frau Drescher im Namen des gesamten Landtages hier zu begrüßen. Ich denke, damit sinkt die Versuchung für andere Fraktionen, sich möglicherweise auch die Geschäftsordnung nicht zu eigen machen zu wollen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! 30 Jahre – das ist die Lebensdauer, die ein Auto beispielsweise braucht, um als Oldtimer geadelt zu werden,

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD:
So lange leben wir gar nicht mehr.)

was ihm wiederum einen besonderen Wert verleiht. Wenn wir nun nach 30 Jahren dem Gedenken der friedlichen Revolution einen besonderen Rahmen verleihen wollen, so hat das weniger mit der Zahl der seither verstrichenen Jahre zu tun, sehr wohl aber – und das hat mein Vorredner bereits ausgeführt – mit dem besonderen Wert dieses Jubiläums für die Bürgerinnen und Bürger, für Mecklenburg-Vorpommern, für Deutschland, für Europa und für die Demokratiegeschichte. Dieser Wert ist umso offensichtlicher, wenn man auf die Kräfte blickt, die derzeit in den europäischen Demokratien und über den Kontinent hinaus am Werk sind – Fliehkräfte, die dazu führen, dass sich vieles an den äußeren Rändern politischer Positionierungen abspielt.

Im Konzept zum Gedächtnisort „Friedliche Revolution“ steht unter anderem, ich zitiere: „Die friedliche Revolution von 1989 in der DDR steht für den Aufbruch in Freiheit und Demokratie und für die Befreiung der Bürgerinnen und Bürger von der SED-Diktatur gegen die Widerstände der Macht von Partei und Staat. Sie steht für eine offene und demokratische Gesellschaft und das Überwinden von Grenzen.“ Gerade der letzte Satz sei all jenen ein Denkanstoß, die den „Wir sind das Volk“-Ruf der Montagsdemonstrationen für ihre Zwecke adaptieren. Nicht zuletzt wegen dieser impliziten Demokratiebotschaft ist es aus meiner Sicht ein wichtiges Signal, wenn der Landtag mit seiner Zustimmung zu diesem Antrag zeigt, dass er die historische Leistung, die hinter der friedlichen Revolution steckt, würdigen will und dass er sie auf der Grundlage des Gedächtniskonzeptes auch breit gefördert und sichtbar würdigen will. An dieser Stelle deshalb meinen herzlichen Dank an die Koalitionsfraktionen, die dieses Konzept angestoßen und konsequent begleitet haben. Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, wir hörten es bereits, das Konzept wird von vielen Schultern getragen, erarbeitet von der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen – Frau Drescher ist bereits begrüßt worden, Herr Schmidt sitzt übrigens auch hier –, und hat einen Diskussionsprozess

durchlaufen, der unter anderem Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen miteinbezogen hat. Nun wurde zu Beginn des Jahres in einem öffentlichen Kolloquium debattiert. Jetzt steht es auf drei Säulen: dem zentralen Gedanken, dem dezentralen und digitalen.

Zentraler Ort des Lernens und der Erinnerung wird Waren an der Müritz sein. Das hat nicht nur mit der historischen Bedeutung und den Geschehnissen dort im Herbst zu tun, sondern auch symbolisch steht Waren – das hat mein Vorredner gesagt – natürlich für den dezentralen Charakter der friedlichen Revolution. Hier soll es eine Dauerausstellung geben und ein zentrales Erinnerungszeichen, für das wir einen künstlerischen Wettbewerb ausrufen werden. Um die friedliche Revolution – und das finde ich sehr wichtig – als dezentrales Ereignis hervorzuheben, das von verschiedenen Bezirken, Kreisen und Gemeinden ausging, sieht das Konzept auch einen Fonds vor, mit dessen Mitteln ein Netz aus Erinnerungen entstehen soll. Interessierte Gemeinden können auf dieses Geld zurückgreifen und ihre eigene Stele inhaltlich gestalten, sodass die Stelen zwar ein einheitliches Erscheinungsbild haben, sich aber bei genauer Betrachtung hoffentlich als Unikate erweisen.

Die vielen Orte und Geschehnisse, die Teil der friedlichen Revolution sind, wollen wir digital zusammenführen und sichtbar machen. Auch das ist Teil des Konzeptes. Dieses digitale Gedenken soll aber nicht nur als Plattform für die Geschichte und ihre Geschichten dienen, sondern auch Materialien bereitstellen, mit denen Lehrende das Thema aufgreifen und vermitteln können. Das passt gut zu dem Geist dieses Konzeptes und zu einem Gedenken, wie wir es wollen, dass im kommenden Herbst einerseits in Waren der friedlichen Revolution gedacht werden soll und andererseits, was ich auch sehr schön finde, das Jubiläum des Mauerfalls an einem Ort an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gefeiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Zustimmung, weil ich finde, das ist ein Antrag, der einfach Zustimmung verdient. Es ist genau das, was wir nach 30 Jahren auch brauchen. Ich finde es sehr schön, dass dieser Landtag sich dieses Thema zu eigen gemacht hat, und bitte um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich begrüße im Namen des Landtages auch Herrn Schmidt

(Beifall Thomas Krüger, SPD –
Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese)

und rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Krüger.

Jörg Krüger, AfD: Wertes Präsidium! Liebe Abgeordnete! Werte Gäste! Leiwe Mäkelborger un Vörpommern! Die friedliche Revolution 1989 war eines der bedeutendsten Ereignisse in der jüngeren deutschen Geschichte. Ohne sie säßen wir alle heute nicht hier.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch Mecklenburger und Vorpommern haben einen Beitrag zum Fall der Mauer geleistet. Da es bisher noch keinen regionalen Gedenkort in unserem Bundesland gab, ist die Schaffung eines solchen dringend geboten, um die Erinnerung an die friedliche Revolution anschaulich wachzuhalten. Im Bildungsausschuss wurde uns von der Landesbeauftragten Frau Drescher und dem Direktor der Landeszentrale Herrn Schmidt das hervorragend ausgearbeitete Konzept vorgestellt, das dem vorliegenden Antrag zugrunde liegt. Allein die Frage, welcher Ort auszusuchen war, war nicht einfach zu beantworten. Viele Orte hätten es verdient, aber Waren erfüllte sowohl das Kriterium einer Vorreiterrolle als auch das der zentralen Lage und Erreichbarkeit im Lande.

Die Ereignisse vom 16. Oktober 1989 in Waren, die jetzt auch in dem Änderungsantrag gewürdigt werden, stellten schließlich den eindrucksvollen Auftakt zur friedlichen Revolution in unserem Bundesland dar. An diesem Tag zogen etwa 400 Bürger in Waren friedlich von der Georgen- zur Marienkirche. Sie trugen Kerzen in der Hand und auf den Plakaten konnte man das Motto lesen: „Eine Hoffnung lernt laufen“ – eine vorsichtige, aber damals sehr mutige Botschaft, denn eine offene staatskritische Demonstration lief jederzeit Gefahr, mit brutaler Gewalt niedergeschlagen zu werden. Polizei und Kampfgruppen waren dementsprechend auch in Bereitschaft.

Schon zwei Wochen später waren es Tausende aus der ganzen Umgebung, die sich wieder in und vor der Georgenkirche versammelten. Dieses Mal zogen sie auf den Marktplatz und hörten die Rede eines Vertreters der Bürgerbewegung. Die Bewegung trat gleichsam aus dem Schutz der Kirche in die Öffentlichkeit. Sie hatte nicht nur zu laufen gelernt, sondern geriet in Fahrt, besetzte bald die Stasi-Kreisdienststelle, die Jagdresidenzen der SED-Spitzenfunktionäre. Selbst im kleinen regionalen Bereich spielten sich hier dieselben Vorgänge ab wie im großen. Insofern eignet sich Waren hervorragend als Musterbeispiel für die Wende.

Meine Damen und Herren, das vorliegende Konzept beschränkt sich aber nicht nur auf diesen einzelnen Ort, sondern sieht die Möglichkeit vor, Erinnerungsstelen im ganzen Land sowie eine Internetpräsenz zu errichten. Damit können sich weitere Orte in die Reihe der Gedenkort würdig einreihen. Erinnerung ist aber auch nötig, da die Nachgeborenen zumeist recht wenig über die Ereignisse jenes Schicksalsjahres wissen. Ein großer Teil unserer Bevölkerung kennt die DDR nur aus Berichten oder dem Geschichtsunterricht. Aber selbst für so manchen Zeitzeugen ist die Erinnerung an viele Details der Geschichte verblasst und es tritt der bekannte psychologische Effekt ein, dass negative Erfahrungen vergessen werden und man sich an positive erinnert. Aber es ist auch zu beobachten, dass die Hoffnungen vieler, die sich mit der Wende verbanden, nicht nur oder unzureichend in Erfüllung gingen. Das betraf nicht nur die beruflichen Karrieren, auch das Gefühl, oftmals hilflos den Entscheidungen der Regierenden gegenüberzu stehen, hat gerade in jüngster Zeit wieder zugenommen

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und äußert sich in einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.

Sehr geehrtes Auditorium, uns, die in der DDR aufgewachsen sind, wurde beigebracht, dass Freiheit die Ein-

sicht in die Notwendigkeit ist. Dieser Freiheitsbegriff war das Ergebnis alternativer SED-Politik. Das wollten wir mit der friedlichen Revolution hinter uns lassen, aber genau das ist es, was wir jetzt als Déjà-vu erleben: eine sich selbst als alternativlos darstellende Politik, die vom Volk nur noch Einsicht verlangt, weil alles, was sie tut, alternativlos ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wer sich, auch wenn man es ihm besser erklärt hat, nicht einsichtig zeigt und immer noch anders denkt, dem wird das Andersdenken schwer gemacht – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, zuerst mit Worten.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch noch auf die verpasste historische Chance der Wiedervereinigung hinweisen, nämlich, indem man sie zu einem Beitritt deklarierte, wurde es umgangen, den Artikel 146 des Grundgesetzes

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

in die Tat umzusetzen und uns eine neue Verfassung, Zitat, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“, Zitatende, zu geben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die gesellschaftliche Entwicklung, die seit 1949 stattgefunden hat, hätte in einer solchen Verfassung Eingang finden können. Darin, nichts, außer sich selbst einbringen zu dürfen, liegt sicherlich auch einer der Gründe für uns, dass sich hier im Osten viele Menschen benachteiligt fühlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die friedliche Revolution von 1989, die das deutsche Volk wiedervereinte und die in Waren einen würdigen Gedenkort findet, mahnt uns aber auch, unser Nationalbewusstsein nicht aufzugeben und den Zeitgeist einer globalen Gesellschaft zu opfern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es darf nicht sein, dass jeder, der das Wort „Nation“ benutzt, als Nationalist diffamiert wird,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn wer nicht weiß, woher er kommt, weiß auch nicht, wohin er geht. Oder um Goethe zu zitieren: „Wer sich des Guten nicht erinnert, hofft nicht.“ Unserer Erinnerung an die friedliche Revolution entspringt also auch die Hoffnung, dass das Errungene Bestand haben wird, und gerade auch, weil wir die Deutungshoheit über unsere eigene Geschichte zunehmend verloren haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In diesem Sinne stimmen wir dem Vorhaben und somit dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD zu. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Christoph Grimm, AfD: Bravo!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen, auch dem vorliegenden Änderungsantrag. Sehr wohl will ich bekennen, dass mich der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu ihrem eigenen Antrag doch etwas verwirrt hat.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber Herr Kokert hat es erklärt.)

Herr Kokert hat es erklärt, und das ist ein Prozess, der läuft auch zwischen den Koalitionsfraktionen, zwischen uns. Ich will das Angebot vom Kollegen Kokert gern annehmen, dass wir dieses Thema gemeinsam gestalten. Deshalb bitte ich auch an dieser Stelle um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, den wir als eine sehr wesentliche, aber auch notwendige Ergänzung des vorliegenden Antrages ansehen, da sich das auf eine weitere Säule des vorliegenden Konzeptes bezieht, weil der Koalitionsantrag sich vornehmlich mit der ersten Säule des Konzeptes auseinandersetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe bei der Beratung des Antrages der Koalitionsfraktionen vom Mai des vergangenen Jahres schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass für uns die Erinnerung an die Ereignisse der Wende von besonderer Bedeutung ist, natürlich auch in der Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte. Deswegen wird meine Fraktion mit all ihren zur Verfügung stehenden Kräften auch an der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Prozesses beteiligt sein. Wenn wir im nächsten Jahr den 30. Jahrestag der Wendeereignisse begehen, dann findet das auch in einem Jahr statt, in dem Wahlen stattfinden, nämlich die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Kommunalwahlen. Da bietet es sich an, nein, es fordert uns geradezu heraus, darüber nachzudenken, was aus den Idealen der Wendezeit geworden ist.

Eine Forderung der Wendezeit waren freie Wahlen. Die freien Wahlen wurden erkämpft. Wenn wir uns die Entwicklungen in den letzten Jahren anschauen, müssen wir leider konstatieren, dass von dieser Errungenschaft immer weniger Wählerinnen und Wähler auch in unserem Land Gebrauch gemacht haben. Also es ist unsere Verantwortung, auch als Landespolitikerinnen und Landespolitiker die Menschen in unserem Land genau daran zu erinnern, dass sie das, was sie vor 30 Jahren erkämpft haben, auch in Anspruch nehmen. Es ist also eine gute Verknüpfung dieser beiden Ereignisse.

Ich habe auch im Mai des letzten Jahres beziehungsweise, als wir den Antrag beraten haben, deutlich gemacht, dass mir besonders die Dezentralität der Erinnerungskultur wichtig ist. Waren hat sicherlich eine herausgehobene Rolle gespielt – der Kollege Kröger hat das hier dargestellt –, aber es gab an vielen anderen Stellen des Landes auch interessante Entwicklungen. Ich habe beim letzten Mal schon darauf aufmerksam gemacht, dass in dieser Erinnerungskultur, gerade in Mecklenburg-Vorpommern auch das mitaufgenommen wird, was hinter den Kasernenorten in diesem Land passiert ist.

Ich erinnere mich immer noch an die große Kundgebung am Armeestandort in Basepohl, wo mehrere Hundert Armeeingehörige für mehr Rechte, für eine Militärreform in der DDR auf dem Exerzierplatz gestanden haben und nicht jeder Vorgesetzte zum damaligen Zeitpunkt begriffen hat, was da eigentlich abgeht. Daran zu erinnern,

dieses aufzugreifen, das gehört in eine solche Erinnerungskultur und zu einer solchen Debatte zwingend dazu. Deswegen ist es richtig, einen zentralen Ort zu haben. Deswegen ist es richtig, eine zentrale Veranstaltung, von mir aus auch mit Schleswig-Holstein gemeinsam, zu machen. Aber es ist viel wichtiger, in den Kommunen unseres Landes, an den Orten, wo wir selbst gewirkt haben, diese Erinnerung wachzuhalten und vor allen Dingen Schlussfolgerungen für die Stärkung der Demokratie heute zu ziehen.

Darauf bezieht sich auch unser Änderungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen: „Dezentrale Erinnerung und Information: Fonds „Denkzeichen 1989“. In der Unterrichtung der Landesregierung wird die Errichtung eines Fonds „Denkzeichen 1989“ für Städte und Gemeinden vorgeschlagen. Die Städte und Gemeinden können sich aus diesem Fonds bedienen. Ich habe aber leider noch an keiner Stelle gefunden, wie die Regularien dazu sind. Wir wissen alle, wenn Geld ausgegeben wird, bedarf es dazu bestimmter Regularien. Deswegen unser Änderungsbegehren, dieses mit in den Antrag, in die Beschlussfassung heute aufzunehmen und die Landesregierung zu bitten, die entsprechenden Regularien zu erarbeiten, deutlich zu machen, auf welche Haushaltsstelle kann ich zugreifen, soll es einen Wettbewerb zur Ausgestaltung dieser Stelle geben, wie soll das alles funktionieren und aussehen.

Wenn die Zeit für die Erarbeitung einer solchen Konzeption oder einer solchen Unterrichtung zu kurz ist, bin ich auch gern bereit, die Zeitschiene vom 31. Januar 2019 auf Ende Februar 2019 zu verlängern.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut!
Dann können wir zustimmen.)

Ich habe das dann jetzt sozusagen mündlich beantragt, dass wir unseren eigenen Änderungsantrag an dieser Stelle verändern und die Zeit für die Vorlage einer solchen Konzeption verlängern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit, die Zeit drängt! Wir haben nicht mal mehr ein Jahr, das alles vorzubereiten, inklusive der Wettbewerbe, die durchgeführt werden sollen, inklusive der gemeinsamen Vorbereitung der Festveranstaltung, der dezentralen Veranstaltungen. Na klar, ich könnte jetzt sagen, also der Landtag hatte beschlossen, dass die Konzeption bis zum 31. Mai 2018 vorzulegen ist, sie hat uns dann im November erreicht, jetzt haben wir den Antrag. Das ist sozusagen alles Geschichte. Wir müssen uns jetzt an die Arbeit machen, wir müssen uns jetzt gemeinsam an die Arbeit machen.

Ich will aber noch sagen, dass es mit den Gemeinsamkeiten dann wahrscheinlich doch etwas schwierig wird, wenn ich die letzten Auslassungen vom Kollegen Kröger hernehme, der sich also sozusagen auch auf den Nationalstolz bezogen hat und das dürfen wir nicht vergessen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Nationalbewusstsein! Zuhören!)

Oder stolz sein.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Nationalbewusstsein! Zuhören! –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Nein, ich will Ihnen nur deutlich sagen, dass ich auch gerade in Erinnerung an die Wendezeit und die Ereignisse, die sich daraus entwickelt haben, eine andere Position habe. Eine der zentralen Botschaften nach der Wendezeit lautete: „Weltanschauung kommt von Welt anschauen“. Eine der besonderen Ergebnisse der Wendezeit ist, dass Grenzen und Mauern in Europa eingerissen worden sind, dass wir in einem friedlichen und einem weltoffenen Europa leben. Und ich glaube, es gibt keinen Grund zurückzugehen, ich glaube, es gibt keinen Grund zurückzugehen, denn auch das ist ein Ideal der Wendezeit, dass wir ein weltoffenes Land sind,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

dass Menschen bei uns willkommen sind, dass es nicht darum geht, neue Grenzen und Mauern zu errichten.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

In dem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich diese Einlassungen für verkehrt. Und was DDR-Bürger/-innen wollten und was sie nicht wollten, das lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, wenn wir an die inhaltliche Ausgestaltung dieses Konzeptes gehen, denn das, was die DDR-Bürgerinnen und -Bürger wollten, das waren weitgehende Menschenrechte, das waren weitgehende Menschenrechte.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Die meisten wollten diese weitgehenden Menschenrechte eben nicht nur für sich als DDR-Bürger, sondern sie wollten endlich Weltbürger sein, Weltbürger sein.

(Christoph Grimm, AfD: Für alle Flüchtlinge wollten sie das.)

Und wenn jetzt wieder so ein Zwischenruf kommt, für alle Flüchtlinge oder was – das hab ich nicht verstanden –, dann weiß ich nicht, worum es da gehen soll.

(Christoph Grimm, AfD: Jaja.)

Auch das, lieber Kollege Grimm – ich weiß nicht, ob Sie das wissen –, auch das gehört zur Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte, nämlich der Umgang der DDR mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Was wir da erleben mussten – so etwas will ich nicht wieder, dass Vertragsarbeiter sozusagen untergebracht waren in geschlossenen Einrichtungen nahezu, dass sie keine Kontaktmöglichkeiten hatten mit der einheimischen Bevölkerung, dass wir nicht die Gelegenheit hatten, andere Kulturen kennen und schätzen zu lernen. So etwas will ich nicht wieder. Ich will Weltoffenheit. Das ist eines der entscheidenden Ergebnisse der friedlichen Revolution auch hier in Mecklenburg-Vorpommern, und dahinter gibt es kein Zurück. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Aßmann.

Elisabeth Aßmann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, diese Rede heute für meine Kollegin Nadine Julitz übernehmen zu dürfen, der ich auf diesem Wege Genesung wünsche.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich hoffe, dass sie, wenn sie heute wieder zu Hause ist, dann auch ganz in Ruhe weiter brüten kann und nicht wieder vorzeitig ins Krankenhaus muss.

Im nächsten Jahr feiern wir 30 Jahre friedliche Revolution in Ostdeutschland, in Mecklenburg-Vorpommern, aber natürlich auch in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Viele Menschen hier im Land haben ihre persönlichen Erinnerungen an diese bewegte Zeit, eine Zeit der neuen Möglichkeiten, eine Zeit mit Hoffnung, aber natürlich auch mit Zukunftsängsten. Viele Menschen – und es werden immer mehr – haben aber keine eigenen Erinnerungen an diese Zeit. Sie kennen die Ereignisse nur aus Erzählungen, aus Büchern, aus Zeitschriften oder aus Filmen, und dazu gehöre natürlich auch ich. Ich kenne nur ein Deutschland. Die Trennung unseres Landes zwischen Ost und West habe ich nicht persönlich erlebt. Für mich ist es selbstverständlich, dass Menschen in Freiheit leben können. Für mich ist es selbstverständlich, dass man seine Meinung frei sagen kann. Für mich ist es selbstverständlich, dass Menschen öffentlich demonstrieren dürfen. Für mich ist es selbstverständlich, dass uns Grenzzäune nicht mehr trennen. Und für mich ist es selbstverständlich, dass die Presse frei berichten darf.

Aber das, meine Damen und Herren, was für mich selbstverständlich ist – und das weiß ich natürlich auch –, ist eben keine Selbstverständlichkeit, wenn man mal in andere Länder auf dieser Welt schaut. Es brauchte den Mut vieler Menschen hier im Land, die für all die Werte und Rechte, die wir heute haben, kämpfen mussten, kämpfen mussten für Werte, die wir heute für selbstverständlich halten. Und es brauchte Menschen, die sich dafür der Gefahr aussetzen mussten, Nachteile zu erfahren, die gegen einen Staat auf die Straße gingen, der zwar höchste moralische Ansprüche propagierte, aber im Einzelnen völlig konträr dazu handelte.

Das Engagement dieser Menschen beendete damit auch für den Osten Deutschlands eine Epoche, die mit so viel Hass zu Gewalt, Krieg, unermesslich viel Leid und schließlich zur Teilung geführt hatte. Das Engagement dieser Menschen beendete das friedlich, und ich betone noch mal: absolut friedlich. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist es unsere Pflicht, an 30 Jahre friedliche Revolution zu denken und gleichermaßen zu feiern, nicht nur aus Dankbarkeit, sondern auch, um daran zu erinnern, dass die heute so selbstverständlich empfundene Freiheit eben keine Selbstverständlichkeit ist. Und dieses Glück wollen wir feiern.

Die friedliche Revolution war eine Zeitenwende. Sie brachte dem Einzelnen nicht nur Freiheit, sondern auch Hoffnung und Unsicherheit, Wohlstand und Entbehrung, Anerkennung, aber auch Demütigung. All das lag eben dicht beieinander. Aber in jedem Falle markierte die friedliche Revolution ein Ende, ein Ende der Folge der Nazidiktatur, einer Diktatur, die mit Hass und Lügen eine Gesellschaft spaltete, Gegner und Minderheiten denunzierte und ermordete, Länder überfiel und einen ganzen Kontinent ins Elend führte. Auch aus diesem Grund brauchen wir Orte und Veranstaltungen des Erinnerns.

Vor diesem Hintergrund haben wir eben gemeinsam mit der CDU-Fraktion diesen Antrag vorgelegt, denn wir wollen in unserem Land den 30. Jahrestag des Mauer-

falls gebührend feiern und gedenken. Wir haben unseren ursprünglichen Antrag auch deshalb angepasst, weil wir schon glauben, dass es durchaus angemessen ist, sowohl den Beginn der Revolution – das ist dann der 16. Oktober, Herr Kokert hat es gesagt –, sowohl den Beginn der Revolution hier im Norden als auch das Ergebnis, nämlich den tatsächlichen Mauerfall, zu würdigen. Deshalb wollen wir eben dort, wo die erste Demonstration stattfand, in Waren, am 16.10. die Feier des Landtags gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung durchführen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass die Stadtvertretungen, von denen ich von Frau Julitz weiß, dass sie eben nicht immer schnell auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind –

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt.)

aber in diesem konkreten Fall ist es ein Thema, was ihnen unglaublich am Herzen liegt. Das ist einfach grandios, dass die gesamte Stadt unter Führung ihres Bürgermeisters sich dafür ausgesprochen hat, mit uns gemeinsam diesen Tag zu feiern. Deswegen werbe ich um breite Unterstützung für unseren Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Abgeordnete Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt den Antrag in der derzeitigen Form ab. Wir beantragen die Überweisung des Antrages in den Bildungsausschuss.

Es soll ein Gedenk- und Lernort geschaffen werden, der die Bedeutung der friedlichen Revolution für das gesamte Land herausstellt. Woran misst der Antrag die Bedeutung des vorgeschlagenen Ortes? Allein daran, dass es dort in Waren die ersten Bürger gegeben haben soll, die auf die Straße gegangen sind. Doch darum geht es nicht, vielmehr geht es doch um den Mut der Bürger in allen Orten, für die Freiheit einzustehen.

Ich selbst bin auch Zeitzeuge und habe 1989 in Anklam mitdemonstriert. Ob man davor oder danach in Waren demonstrierte, war, ehrlich gesagt, für uns damals unerheblich. Es ist auch nicht etwa so, dass von einer Demonstration in Waren irgendeine Initialzündung ausgegangen wäre. Der Titel des Antrages, Zitat, „Von Waren (Müritz) ins ganze Land“, Zitatende, ist also irreführend. Ich meine, die Bürger aller Orte, die in der ehemaligen DDR gegen die SED-Diktatur demonstriert haben, verdienen Anerkennung, natürlich auch die Stadt Waren.

Die friedliche Revolution ist mit ihren vielen Ausgangsorten im Land und verschiedenen Akteuren herauszustellen. Die jährliche zentrale Gedenkveranstaltung sollte durch verschiedene Städte wandern. Wissen Sie eigentlich, wie viele Gedenkort wir in Mecklenburg-Vorpommern derzeit schon haben? Es sind 79. Es gibt 79 Erinnerungsorte, die wir jetzt schon haben, darunter auch etliche, die sich auf die DDR-Vergangenheit beziehen.

(Vincent Kokert, CDU: Wir wollen ja an die glücklichen Stunden erinnern.)

Der feste Lern- und Gedenkort, um den es ja heute auch geht,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

kann also problemlos an eine bestehende Gedenkstätte angegliedert werden. Diese kann dann auch gleich einen historischen Besichtigungswert haben und eben nicht nur einen künstlerischen. Ich denke zum Beispiel an die Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Rostock. Hier wäre die Erreichbarkeit relativ gut gegeben. Auch dieser Punkt, die Erreichbarkeit, spricht für eine Überprüfung des vorliegenden Vorschlags. Wenn eine Klasse aus Vorpommern, sagen wir aus Anklam, mit der Bahn nach Waren fahren möchte, dauert allein die Anreise dreieinhalb Stunden, von Heringsdorf fünf Stunden, also zehn Stunden nur für die Fahrt. Damit ist es den Schulen dort praktisch unmöglich, den Lern- und Gedenkort im Rahmen einer Schulwanderung aufzusuchen.

Lassen Sie uns also die bestehenden Gedenkort nutzen und dem Mut aller Bürger in der ehemaligen DDR Anerkennung zollen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich dachte, bis Herr Ritter auftrat, in diesem Punkt würde hier eine große Einigkeit herrschen und jeder würde der Versuchung, dieses Thema zu instrumentalisieren, ausweichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn der Kollege Ritter meint, sich von dem, was Herr Kröger hier ausgeführt hat, distanzieren zu müssen, dann ist das eigentlich sehr traurig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der Kollege Kröger hat zutreffend darauf hingewiesen, dass der Fall der Mauer eng zusammengehört mit dem Begriff der Nation. Was war es denn, was uns über wirtschaftliche Gründe hinaus – anders als in Korea und sonst wo – dazu gebracht hat, dass wir ein Zusammengehörigkeitsgefühl hatten als Nation?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ein Zusammengehörigkeitsgefühl als Nation, weil eben dieses Stück Deutschland, diese Nation in einer langen Geschichte, die geprägt ist von einer gemeinsamen Sprache, einer gemeinsamen Kultur und auch viel gemeinsamen Leid, zusammengewachsen ist. Das hat nichts mit überheblichem Nationalismus zu tun, gegen den wir uns auch wenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich erinnere an die Worte von Willy Brandt: „Hier wächst zusammen, was zusammengehört.“ Was war denn damit gemeint? Und wenn Sie meinen, damit hätte man ge-

meint oder hätte Willy Brandt gemeint eine Weltoffenheit,

(Thomas Krüger, SPD: Ah, darum geht es wieder! Jetzt ist es klar.)

wie Sie es als Kampfbegriff benutzen ...

Hören Sie bitte zu und denken Sie nach, bevor Sie wieder dazwischenreden!

(Thomas Krüger, SPD: Sie wissen jetzt, wie die Wende gelaufen ist. Da sind Sie Experte. Alles klar!)

Weltoffenheit in dem Sinne, wie Sie es meinen, war jedenfalls nicht damit gemeint.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es war an Reisefreiheit gedacht und sicherlich nicht daran, dass man Fremde missachtet oder mit Fremden nichts zu tun haben will.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber Ihr Weltbild, und ich will das jetzt so klar sagen,

(Thomas Krüger, SPD: Woher wollen Sie das denn wissen?)

weil Sie damit angefangen haben – auch wir grenzen uns ab.

(Thomas Krüger, SPD: Haben Sie die Wende mitgemacht?)

Wir hatten kürzlich eine Podiumsdiskussion, da hat Ihre Kollegin Larisch –

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Jens-Holger Schneider, AfD)

und ich denke, das ist die Meinung ihrer Partei – deutlich gesagt, was sie von Weltoffenheit hält. Es ging um Integration.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Da hat sie fast wörtlich aufgeführt, Integration sei eigentlich nicht das Richtige, es würde nämlich – dabei hat sie den Arm auch so gehoben – von oben nach unten gehen. Und dann hat sie ausgeführt – auch wörtlich fast –, richtig sei, dass man alles in einen Topf werfe, alle. Dann nannte sie die verschiedenen Früchte, gemeint sind die verschiedenen Menschen aus aller Herren Länder. Die sollen alle in einen Topf geworfen werden, dann müsse man kräftig umrühren, und dann sei es die Gesellschaft, die man wolle. Das genau scheint ihr Weltbild zu sein, und das ist nicht das unsrige.

Wir halten an der Nation fest. Deutschland als ein Land in der Mitte Europas – ich habe es schon immer gesagt – hatte immer Zuwanderung. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Und wenn wir uns gegen das wenden, was uns seit 2015 diese riesigen Probleme gebracht hat, dann ist es eben,

(Thomas Krüger, SPD: Da haben Sie jetzt aber eine Riesenkurve gezogen.)

dann ist es eben genau ...

(Thomas Krüger, SPD: Eine Riesenkurve.)

Keine große Kurve.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Ich habe auf das Bezug genommen,

(Karen Larisch, DIE LINKE: Schön, dass Sie zugehört haben, Herr Förster.)

was Herr Ritter hier ausgeführt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn er meinte,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

er müsse sich von dem, was Herr Kröger in aller Bescheidenheit ausgeführt hat,

(Thomas Krüger, SPD: Eine Ein-Themen-Partei sind Sie. Ein Thema!)

nämlich von der Nation abwenden, dann ist das einfach schändlich in meinen Augen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und das muss hier klargestellt werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Gut, dass wir das noch mal klargestellt haben, Herr Förster.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist von Herrn Ritter, Fraktion DIE LINKE, ein mündlicher Änderungsantrag vorgetragen worden. Da es einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag nicht gibt, hat er zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2848 zurückgezogen und daraufhin liegt mir ein neuer Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 vor. Die Änderung bezieht sich lediglich auf das Datum „31. Januar 2019“. Hier wird mit dem neuen Änderungsantrag lediglich das Datum „Februar 2020“ geändert,

(Vincent Kokert, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE: 19!)

auf 19 das Datum geändert,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

denn nur der eine Antrag liegt Ihnen ja vor. Eigentlich ist es ja so, wenn Ihnen der Änderungsantrag nicht vorliegt, müsste ich ihn hier vorne vorlesen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, bitte.)

Da ich es jetzt erläutert habe, frage ich das Plenum, ob denn die Verlesung des geänderten Antrages in voller Form erforderlich ist oder ob diese Erläuterung genügt.

(Vincent Kokert, CDU: Darf ich noch die Frage stellen, Frau Präsidentin, Sie haben „20“ vorgelesen, ich hoffe, das war nicht die Jahreszahl. – Peter Ritter, DIE LINKE: 19.)

Die Änderung. Ich habe gesagt, die Änderung bezieht sich lediglich auf das Datum 31. Januar 2019.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, klar, das habe ich verstanden. Welches Datum?)

Das ist die neue Änderung.

(Vincent Kokert, CDU: Welches Datum steht jetzt drin? – Torsten Renz, CDU: 28. Februar.)

Jetzt steht Februar 2019 drin.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, danke!)

Jetzt ist alles klar,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

oder soll ich es denn der Form halber noch mal vorlesen?

(Zurufe vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Nein!)

Gut.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Gut.

(Jochen Schulte, SPD: Wenn der Kollege Brade es verstanden hat, reicht das. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wunderbar, wunderbar.

So, jetzt sind wir in der Abstimmung. Und jetzt gibt es ja hoffentlich keine weiteren Fragen.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, wie war das?)

Von daher ist im Rahmen der Debatte ebenfalls beantragt worden,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2815 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Ich gehe davon aus, dass wir die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 sowie den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2870 im Falle der Überweisung des Antrages auch in den Bildungsausschuss überweisen. Ich sehe und höre hierzu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion Freie Wähler/BMV, ansonsten Ablehnung abgelehnt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Unklarheit bei Herrn Butzki.)

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag(neu), also neue Nummer, der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 abstimmen, die Ihnen nicht vorliegt. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 bei Zustimmung der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, AfD und des fraktionslosen Abgeordneten

(Andreas Butzki, SPD: Herr Strohschein hat dagegen gestimmt.)

und ...

(Andreas Butzki, SPD: Herr Strohschein hat dagegen gestimmt. – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir sind in der Abstimmung, und meine Schriftführer haben mir Derartiges nicht signalisiert, und die sind dafür zuständig, mir solches zu signalisieren,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

es sei denn, es kommt Protest aus den Fraktionen, dann würde ja ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

So, jetzt fangen wir also noch mal an, das Abstimmungsergebnis zu verkünden. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und des fraktionslosen Abgeordneten, bei Gegenstimmen der Fraktion Freie Wähler/BMV angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2870 abstimmen.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ich habe dagegen gestimmt. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und AfD)

Alles kein Problem.

(Tilo Gundlack, SPD: Machen wir das noch mal!)

Wir stimmen nicht noch mal ab, sondern ich gebe ein verändertes Abstimmungsverhalten bekannt.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Zum Änderungsantrag der LINKEN.)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2878 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, AfD, bei einer Gegenstimme aus der Fraktion der AfD, und des fraktionslosen Abgeordneten sowie Gegenstimmen aus der Fraktion Freie Wähler/BMV angenommen.

(Jürgen Strohschein, AfD: Richtig!)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2870 abstimmen. Wer

dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2870 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion Freie Wähler/BMV angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2815 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. –

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/2815 mit den soeben beschlossenen Änderungen mit Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, AfD und Gegenstimmen der Fraktion Freie Wähler/BMV – oh, ich habe den fraktionslosen Abgeordneten ..., das war auch eine Zustimmung des fraktionslosen Abgeordneten –, und Gegenstimmen der Fraktion Freie Wähler/BMV angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Aussprache gemäß Paragraf 43 Nummer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Investitionstätigkeit des Landes überprüfen“.

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema Investitionstätigkeit des Landes überprüfen

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 210 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion Freie Wähler/BMV der Fraktionsvorsitzende Herr Wildt.

Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Da Herr Renz das jetzt so hartnäckig da vorne behauptet, natürlich ist die Fraktion der Freien Wähler/BMV nicht gegen die deutsche Einheit. Das ist totaler Unfug.

(Torsten Renz, CDU: Dann hätten Sie Einzelabstimmung beantragen sollen. –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir sind mit der Wahl des Ortes für die zentrale Gedenkstätte nicht einverstanden.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Wir haben uns anschließend in der Fraktion beraten und ich bitte einfach, unsere Wahlentscheidung so zu akzeptieren, wie sie ist, und nicht unsinnigerweise zu kommentieren.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Jetzt sind wir bei der Aussprache zum Investitionsverhalten des Landes.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Eine Aussprache ist immer ein kleines bisschen unklar für die anderen Fraktionen. Sie wissen ja nicht so genau, was ich damit eigentlich vorhabe. Das ist bei jeder Aussprache so. Deswegen möchte ich zu Beginn die Ziele noch einmal formulieren, die ich mir für die Aussprache vorgenommen habe:

Es geht mir zum einen darum, dass wir ein klares Bekenntnis dieses Landtages bekommen zu einer stabilen, möglichst sogar steigenden Investitionsquote unseres Landes oder Investitionstätigkeiten.

Zweitens möchte ich die Zeit nutzen, die wir noch haben, zum einen bis zur FAG-Novelle – auch da wird es um das Thema Investitionen gehen – und zum Zweiten bis zur Haushaltsverabschiedung des nächsten Doppelhaushaltes 2020/2021, um auch dort dann konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, wie wir die Investitionstätigkeit des Landes erhöhen können.

Wie ist die Ausgangslage? Ich verweise hier auf den Landesfinanzbericht des Landesrechnungshofes, der zu Recht darauf hinweist, dass die Investitionsquoten kontinuierlich fallen, im Grunde genommen schon seit 1992. Da waren sie natürlich außergewöhnlich hoch, das ist uns allen klar, auch warum. Aber auch in den anschließenden vergangenen Jahren ist sie immer weiter gefallen. 2006 waren es zum Beispiel noch 19 Prozent, im Moment sind wir bei 14 Prozent. Das ist kein Vorwurf, wenn Sie so wollen, an die Landespolitik, sondern es ist eine Feststellung. Das sehen wir im gesamten Land. Das heißt, auch in allen östlichen und in allen westlichen Bundesländern fallen die Investitionsquoten. Das ist ein großes Problem für unser Land insgesamt.

Der Landesrechnungshof war so freundlich, das ebenfalls für die 80er-Jahre nachzureichen für die westlichen Bundesländer. Auch dort haben wir einen starken Abfall der Investitionsquote von damals noch 18 Prozent auf mittlerweile nur noch 6 Prozent. Wer sich also heute darüber freut, dass in Nordrhein-Westfalen die Rheinbrücken schon geschlossen werden müssen, weil dort die Investitionen kontinuierlich gefallen sind, und bei uns die Situation noch besser ist, dem empfehle ich, diese kleinkarierte Brille abzusetzen und wirklich mal zu schauen, wie ist die Gesamtsituation in Deutschland. Wir können nur als ein Land mit einer starken Investitionstätigkeit überhaupt für die Zukunft wetterfest bleiben. Das wird schwierig genug. Der demografische Wandel steht uns erst noch in seiner vollen Härte bevor. Dabei die Investitionen hochzuhalten und immer weiter in die Zukunft unseres Landes zu investieren, ist eine große Herausforderung.

Diese Herausforderung ist insbesondere deshalb so groß, weil die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ab 2020 wegfallen werden. Das führt dazu, dass die Eigenmittel, die eigenen Investitionen aus dem Landeshaushalt heraus massiv ansteigen müssen. Während sie in 2016 noch bei 87,9 Millionen standen, in 2017 aber bei 235, müssen Sie schon 2020, also mit dem ersten Jahr des Doppelhaushaltes, auf 725 Millionen ansteigen. Ich denke, es ist ein Kraftakt auch für den Finanzminister, das hinzubekommen. Wir haben in der mittelfristigen Planung kurz darüber gesprochen und ich hoffe, dass wir da weitere Erläuterungen bekommen, wie es möglich ist, diese Eigenanteile so massiv aufzubauen.

Ja, jetzt ist die Stichwortkarte weg, ist egal, machen wir weiter.

(Tilo Gundlack, SPD: Lies das Ding doch einfach mal vor! – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Kommen Sie noch mal zur deutschen Einheit zurück sonst! – Heiterkeit bei Christel Weißig, Freie Bürger/BMV: Nicht reagieren! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

So, jetzt habe ich sie schon.

Investitionsstau, was ist der Investitionsstau? Wir haben dazu eine Kleine Anfrage gestellt, die vom Finanzminister auch beantwortet wurde. Ja, Investitionsstau, darunter versteht man, wenn erforderliche Investitionen nicht vorgenommen werden. Laut Finanzministerium gibt es keinen Investitionsstau hier im Lande, weil die Investitionen pro Kopf relativ hoch sind, sie sind sogar höher als in den meisten anderen Bundesländern. Aber das eine hat natürlich mit dem anderen gar nichts zu tun. Das ist ja noch keine Aussage darüber, ob wir einen Investitionsstau haben. Darüber gibt es auch unterschiedliche Aussagen aus verschiedenen Richtungen, vom Landkreistag, immer wieder werden verschiedene Zahlen aufgerufen. Die möchte ich jetzt auch gar nicht kommentieren, weil wir eben keine verlässliche Zahl haben, keine sozusagen offizielle Zahl der Landesregierung.

Aber was würde uns dazu eine Antwort geben? Eine Antwort käme natürlich aus der Doppik. Ich möchte ganz stark dafür werben, dass, genauso wie jedes Unternehmen eine Bilanz aufstellen muss und seine Aktiva bewertet, das auch der öffentliche Sektor tut, ebenso die Landesregierung. Da hat man ein Anlagevermögen, dem man die Finanzschulden auf der anderen Seite gegenüberstellen kann, so, wie das in jedem Unternehmen auch ist. Wir haben Abschreibungen und können dem die Investitionen gegenüberstellen. Jeder weiß, ein Unternehmen, was dauerhaft weniger investiert, als es abschreiben muss, lebt aus seiner Substanz und das Anlagevermögen überaltert. Wir brauchen dieses vollständige Bild. Ich glaube, die Finanzschulden des Landes sieht man dann in einem anderen Licht als heute, wenn man auf der anderen Seite sieht, welche enormen Gegenwerte da schon geschaffen sind.

Oft wird als Negativbeispiel das Bild der Kommunen genannt, die mit der Umstellung auf die Doppik ihre Schwierigkeiten haben, die bis heute auch noch nicht ganz abgearbeitet sind. Das ist insofern nicht ganz zutreffend, weil wir auf Landesebene natürlich professionelle Ministerien haben, die damit ganz anders umgehen können als die vielen Ehrenamtler in den Kommunen. Da sind auch Fehler gemacht worden. Letzten Endes waren die Fehler schon vor der Umstellung auf Doppik vorhanden. Man wusste einfach in vielen Fällen nicht genau, wie groß das Anlagevermögen ist und in welchem Zustand es ist. Bei den Kommunen ist gerade genau dieses Problem immer noch da. Das Bild ist nicht vollständig und deswegen sind die Rücklagenbildungen nicht in der Form vorgenommen worden, wie wir das bräuchten.

Das ist dann auch schon der nächste Punkt, nämlich die FAG-Novelle, die wir im nächsten Jahr ja hier besprechen werden, und wie wir es erreichen können, dass dort die Investitionen auch im kommunalen Sektor stabil bleiben und ansteigen können. Gestern wurde schon angeführt, dass es dafür vielleicht eine Investitionspauschale geben könnte, um genau die Investitionen aus den

Haushaltszwängen der Kommunen etwas herauszubekommen, sodass Investitionen auch durchgeführt werden, wenn die Haushaltslage das eigentlich nicht mehr zulassen würde, aber durch die Pauschale können ja dann die Investitionen durchgeführt werden.

Das Ziel muss es einfach sein, dass wir kontinuierlich investieren, dass damit keine Konjunktursteuerung versucht wird. Es ist aus meiner Sicht aussichtslos, dass ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern damit Konjunktursteuerung betreiben möchte, sondern dass wir lieber eine Stabilität haben, die der entsprechenden Wirtschaft das Signal gibt, die öffentlichen Aufträge laufen stetig und verlässlich weiter und schwanken nicht je nach Kassenlage hin und her.

Dann gibt es natürlich das Argument der Kosten. Die Investitionen sind teuer. Woher kommt das Geld, beziehungsweise die Baukosten – darum geht es ja häufig –, die Baukosten sind stark gestiegen. Da verweise ich noch mal kurz auf das Vergabegesetz. Aus meiner Sicht hat das Vergabegesetz an der Stelle nicht geholfen. Die vergabefremden Kriterien treiben den Aufwand für Investitionen noch mal nach oben. Dass die Baukosten gestiegen sind, können Ihnen die Baufirmen ganz genau erklären. Das sind zum einen die Lohnkosten. Ich denke, da muss man auch geradlinig bleiben. Wir wünschen uns höhere Löhne im Land, dann müssen wir uns auch freuen, wenn die Löhne steigen. Ansonsten steigen die Baukosten aus vielerlei anderen Gründen: wenn die Materialkosten steigen, aber auch, wenn die eigenen Auflagen der Politik steigen, zum Beispiel im Bereich Wärmedämmung. Das kann man alles gut finden, dann muss man aber auch damit leben, dass die Baukosten steigen, und darf sich darüber nicht beschweren.

Aktuell gibt es schon Fortschritte. Ich hatte bereits erwähnt, die Investitionspauschale, die auch der Landkreistag fordert, wurde gestern so beiläufig, kann man sagen, durch den Innenminister schon fast bestätigt. Es gibt andere gute Signale, zum Beispiel von Herrn Glawe, der die Investitionsförderung und die Infrastrukturförderung gerade diese Woche noch mal genannt hat, dass das verstärkt werden sollte für den Bereich Tourismus. Nicht zuletzt möchte ich sagen, letzte Woche waren im Finanzausschuss tatsächlich schon alle Fraktionen dafür, die Investitionstätigkeit des Landes zu stärken. Alle haben sich dafür ausgesprochen.

Ich glaube, so ein bisschen Umdenken hat schon stattgefunden. Wir alle wollen noch stärker an die Zukunft denken und die Investitionen fördern. Deswegen noch mal meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns das gemeinsam versuchen und da, wenn Sie so wollen, dem Finanzminister den Rücken stärken, das Geld für Investitionen aufzutreiben und nicht immer alles nur für konsumtive Zwecke zu verbrauchen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt für die Landesregierung der Finanzminister Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz klar ist mir die Botschaft nicht.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Wenn die Botschaft ist, dass man, wenn man ein Land entwickeln will, investieren muss, um Wertschöpfung zu generieren und eben das zu erarbeiten, was man dann am Ende auch verteilen kann, ich glaube, auf diesem allgemeinen Niveau würden wir wohl alle zustimmen. Die Folge davon ist, dass man sich bei konsumtiven Ausgaben nicht zu viel leisten darf. Auch das ist wahr. Aber ansonsten ist mir, Herr Wildt, jetzt wirklich nicht ganz klar, was da strategisch hier diese Aussage war. Vielleicht liegt es an mir, aber ich versuche so auf einige Punkte einzugehen.

Sie greifen damit Diskussionen aus dem Finanzausschuss auf. Sie schlagen vor, dass wir auch im Landeshaushalt die Doppik einführen. Sie wissen wie ich, das vermehrt das Geld, das wir für Investitionen haben, nicht. Das führt nicht zu einem Cent mehr. Es führt aber zu deutlich mehr Arbeit, also insofern zu höheren Kosten. Ob das am Ende wirklich höhere Kosten sind, weiß man nicht, man kann es den Kollegen, die da heute arbeiten, ja auch einfach zusätzlich auf den Tisch packen, dann kostet es nicht mehr.

Allein, was ich interessant finde, ist Folgendes: Ich hatte in der dafür zuständigen Abteilung, in der Haushaltsabteilung, 40 Kolleginnen und Kollegen. Ich würde sagen, Sie haben sie auch als Finanzexperten kennen- und schätzen gelernt. Das Interessante ist, bisher habe ich keinen, höchstens einen halben getroffen,

(Jens-Holger Schneider, AfD: Einen halben!)

der dafür argumentiert, die Doppik einzuführen auf Landesebene, und das finde ich überraschend. Aber das sind durchaus Finanzexperten, die wissen, was sie machen und warum sie glauben, das nicht zu brauchen, weil wir am Ende sagen, genau das, was ich gesagt habe, ist ein Riesenaufwand und nach diesem Riesenaufwand habe ich genauso viel Geld wie vorher. Die Kommunen machen das, weil das rechtlich vorgeschrieben wurde vom Land, und wer das seinerzeit wollte und warum, aus der Debatte halte ich mich wirklich raus,

(allgemeine Heiterkeit)

aus verschiedensten Gründen. Da können sich die kommunalen Spitzenverbände und der Innenminister wunderbar parlierend miteinander verständigen. Also in diesen Streit mische ich mich nicht ein.

(Nikolaus Kramer, AfD:
Was sehr vernünftig ist.)

Wir haben das im Finanzausschuss gehabt, ich sehe darin keinen Sinn.

Am Ende könnte man sagen, die Doppik ist ein Informationsinstrument, um zu wissen, wie viel vom Haushalt muss ich ungefähr für Investitionen zur Verfügung stellen. Das kann ich auch, indem ich sage, ich brauche die und die Investitionsquote. Schauen Sie bitte die Daten des Statistischen Bundesamtes an, da wird ausgerechnet, wann wir eine Netto-DIN-Investition haben und wann wir wirklich eine Nettoinvestition haben, wann es nach oben oder nach unten geht. Das können Sie statistisch auch so bestimmen, dazu brauchen Sie keine Doppik, und daraus können Sie eine mittlere Investitionsquote ableiten, die Sie brauchen, um keinen Vermögensverbrauch oder keinen Vermögensverzehr zu haben.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir den auf Landesebene zunächst einmal nicht haben. Es gibt jetzt Streitereien, ob wir das auf kommunaler Ebene haben, das haben Sie angesprochen. Mit der Frage muss man sich auseinandersetzen. Aber wir haben, wie Sie wissen – jedenfalls nach meiner Kenntnis ist es so und Sie wissen es –, die zweithöchste Investitionsquote aller Länder, hinter Sachsen, mehr als Bayern, mehr als Hessen, mehr als Baden-Württemberg. Deswegen, glaube ich, spricht nicht allzu viel dafür, dass wir im Moment ein Investitionsdefizit haben, was die Bereitstellung der Finanzmittel angeht. Deswegen plädiere ich dafür, weiter den Weg zu gehen, den wir gehen, nämlich eine Investitionsquote zu definieren, die wir als nachhaltig ansehen, um Vermögensverzehr zu vermeiden, und dann die politischen Schwerpunkte zu setzen, dass diese Quote auch erreicht wird, und dann die eigentliche interessante Diskussion zu führen. Das ist für mich die interessante Diskussion. Wenn wir acht Prozent eigenfinanzierte Investitionen erreichen, ja, wofür denn? Wo soll das Geld denn hingehen, in welche Bereiche? Im Prinzip entgeht man mit der Doppik-Debatte dieser Frage, weil die Doppik spuckt das quasi als automatisches Ergebnis aus, wo das Geld hingehen soll.

Ich finde es umgekehrt richtig zu sagen, wir haben eine grundsätzlich auskömmliche Investitionsausstattung, die wird sich, was die eigenfinanzierten Investitionen angeht, verbessern. Dann ist die Frage: Was machen wir mit dem Geld? Setzen wir alles fort, was es an EU-Programmen gibt, ja oder nein? Waren das sinnvolle Programme? Darüber kann man diskutieren.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde ich die Diskussion lieber darauf konzentrieren zu sagen, wir wollen bei den Investitionen an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland mitmarschieren. Dazu müssen wir die eigenfinanzierten Investitionen erhöhen. Das ist im Übrigen, um die Antwort zu geben, möglich, weil wir uns in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen von 2019 zu 2020 verbessern. Dadurch gibt es Spielraum, das zu tun. Das heißt aber nicht, dass sich die Investitionsmittel insgesamt vermehren, sondern das tritt an die Stelle von anderen Zahlungen, EU et cetera.

Und dann muss man die Frage beantworten: In welche Bereiche müssen wir das Geld investieren, um bis zum Jahr 2030 das Land weiterhin gut zu entwickeln und vielleicht auch in bestimmten Bereichen noch mal einen Sprung nach vorne zu machen?

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD)

Sprung nach vorn, einen großen Sprung nach vorn, fällt mir dabei ein.

Deswegen glaube ich, das ist die spannende politische Debatte. Die kann ein Finanzminister nicht alleine führen, weil da gibt es noch viele Minister, die sagen, ist aber meine Zuständigkeit, ob ich wichtig bin oder nicht oder ob die Sachen wichtig sind oder nicht. Deswegen bleibe ich ganz allgemein. Aber das ist die politische Debatte, zu der ich uns alle und auch das Parlament einlade. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete!

(Tilo Gundlack, SPD: Keiner da.)

Werte Gäste im Saal und liebe Landsleute! Ich mache es kurz. Bei den Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 haben wir im Dezember 2017 unsere Vorstellungen und Änderungswünsche hier vorgebracht. Wir wollten Umschichtungen im Haushalt, aber bei den Investitionen haben wir keine Änderungen eingereicht.

Auch die AfD steht für eine solide Finanzpolitik mit Schuldenabbau und Rücklagen für kommende Verpflichtungen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir können bei den harten Wirtschaftsfaktoren, in diesem Fall die Straßen des Landes, noch eine Schippe drauflegen. Es sind auch Möglichkeiten der Einsparungen aus unserer Sicht in manchen Titeln vorhanden. Wir würden sie aber in die Polizei zur Sicherheit unserer Bürger stecken und in die Bildungsausgaben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Jetzt haben wir in unserem großen Haushalt noch einen Posten von 1,6 Milliarden für soziale Sicherheit. Sollen wir da einsparen? Ich weiß es nicht. Deswegen würde ich sagen, die Investitionsgelder, die zur Verfügung gestellt werden, sind so ausreichend und angemessen, und ich würde dazu auch keine Änderungen vorschlagen.

Das war es. Heute ist Freitag.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Lerche, ich weiß nicht, was ich mit Ihrem Beitrag anfangen soll,

(Thomas Krüger, SPD:
Das war doch gar kein Beitrag.)

aber darum geht es heute nicht.

(Burkhard Lenz, CDU: Hat er
doch gesagt, es ist Freitag.)

Lieber Herr Wildt, vielen Dank für die Aussprache, dass Sie noch mal darauf hinweisen, dass der Landtag sich dafür starkmacht, dass die Investitionsquote in Zukunft hoch bleibt oder sogar noch höher sein soll. Aber ich denke, die Aussprache wäre aus meiner Sicht nicht notwendig gewesen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

weil genau das das Ziel der Landesregierung und des Landtages ist. Wenn man sich die Mittelfristige Finanzplanung anguckt, da ist schon fortgeschrieben, dass wir eine verhältnismäßig hohe Investitionsquote haben. Jetzt kommt es darauf an, das hat der Finanzminister schon gesagt, dass wir die eigenfinanzierte Investitionsquote sozusagen gegenläufig erhöhen müssen, weil die Mittel, die uns vom Bund und von der EU zur Verfügung stehen, weniger werden. Das ist aber in der Mittelfristigen Finanzplanung schon so angelegt und auch in der politischen Diskussion, die wir hier miteinander führen, so gewollt.

Wir haben, wie Sie schon sagten, Anfang der 90er-Jahre wirklich einen Aufholprozess vollzogen. Das sieht man auch im Land. Die wichtige Verkehrsinfrastruktur ist sehr gut entwickelt worden. Wir wissen, dass es im öffentlichen Bereich, bei den Kommunen, Kreisstraßen, Gemeindestraßen, nicht so gut ist wie bei Bundes- und bei Landesstraßen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider AfD)

Da haben wir wirklich noch gewaltigen Nachholbedarf. Da müssen auch die Voraussetzungen geschaffen werden. Das haben wir in den letzten Tagen mehrfach an anderer Stelle diskutiert.

Aber wir haben ein anderes Problem, und zwar, dass die Gelder, die wir im Landeshaushalt zur Verfügung stellen, nicht so abfließen für Investitionen, wie sie abfließen müssten. Da sind wir dabei. Der Finanzminister arbeitet sehr intensiv daran, dass wir Möglichkeiten schaffen, dass diese Gelder umgesetzt werden können. Wir müssen natürlich aufpassen, dass wir jetzt nicht sozusagen eine Überhitzung erzeugen im Land, weil, wenn wir jetzt mehr Mittel bereitstellen, die wir gar nicht sachlich und fachlich über unsere Mitarbeiter abarbeiten können, heißt das, wir müssen die Investition, so wie geplant, weiter durchführen und versuchen, kleine Steigerungen jedes Jahr zu vollziehen, aber vor allem, die Eigeninvestitionsquote zu erhöhen, um die Weniger-Einnahmen, die wir von anderen Trägern wie Bund und EU zur Verfügung haben, dann kompensieren können.

Das ist eine große Anstrengung, das wissen wir. Glücklicherweise, wie der Finanzminister gesagt hat, haben wir die Möglichkeit, dass wir über den Länderfinanzausgleich mehr Gelder bekommen, die wir da entsprechend einsetzen können. Jetzt müssen wir daran arbeiten, dass der Aufholprozess – und den kriegen wir über Investitionen auch im Land nur dadurch hin, dass wir über den Durchschnitt der östlichen Flächenländer liegen, das haben wir in den letzten Jahren geschafft – in dieser Größenordnung bleibt. Ich kann Ihnen sagen, dass die Koalition gewillt ist, die Investitionsquote hochzuhalten und sie auch in dem nächsten Doppelhaushalt entsprechend zu manifestieren. Deswegen bin ich der Meinung, das ist ein wichtiges Thema, es hätte aber dieser Aussprache nicht bedurft. Wir bedanken uns trotzdem noch mal, dass wir heute darüber reden durften.

(Heiterkeit bei
Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV)

Ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon ein bisschen traurig, dass wenig Bereitschaft besteht, ernsthaft darüber zu reden an dieser Stelle. Ich meine, es hat sich gelohnt, den Tagesordnungspunkt mehrfach zu verschieben, denn im Hinblick auf die Beratungen zum Nachtragshaushalt passt es an dieser Stelle, über die Investitionstätigkeit des Landes zu reden.

Wenn wir uns den zum Teil schlechten Zustand der Infrastruktur und die bisher unbewältigten Zukunftsinvestitionen vor Augen halten, dann bleibt es auch künftig ein Riesenthema. Wenn Sie aber, Herr Wildt, als Ziel der Aussprache ein klares Bekenntnis zu einer stabilen oder steigenden Investitionstätigkeit des Landes wollen, ich glaube, dann wäre an dieser Stelle ein Antrag besser gewesen.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Kommt als Nächstes! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Steigerungslauf!)

Meine Fraktion verweist immer wieder auf die enormen investiven Herausforderungen in den Kommunen, in der Bildung, bei den Hochschulen oder im ÖPNV, um nur einiges hier zu nennen. Für die Landesregierung besteht, wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Wildt hervorgeht, kein Investitionsstau bei der vom Land vorzuhaltenden öffentlichen Infrastruktur. Und was die Kommunen betrifft, wird seitens der Landesregierung gleich gar keine Aussage getroffen.

Nicht überraschend ist hier heute auch, dass die Koalition wieder erklärt, die Landesregierung sei auf einem guten Weg und alles werde getan, was notwendig ist. Der Finanzminister bläst ins gleiche Horn. Es überrascht Sie sicher daher auch nicht, dass wir eben genau daran zweifeln. Mehr noch, wir stellen fest, dass Sie längst nicht Ihre Möglichkeiten hier im Land ausschöpfen. Der Trend bei den investiven Ausgaben im Land ist seit Jahren rückläufig. Hatten wir im Jahr 2012 noch eine Investitionsquote von 17,9 Prozent, waren es im Jahr 2017 nur noch 13,6 Prozent.

Meine Damen und Herren, öffentliche Investitionen sind unabdingbar für die Erneuerung und den Ausbau der Infrastruktur. Der Zustand der Straßen, der Grad der Digitalisierung und die Qualität der Bildungseinrichtungen wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus. Der Bauverband beklagte im September, dass die Landesregierung zu wenig unternehme und das Land gar auf Kosten seiner Zukunft spare. Der Breitbandausbau laufe nur schleppend, Aktivitäten, etwa bei der Elektromobilität, fehlen.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich noch gut daran, als der Finanzminister die Eckwerte des letzten Doppelhaushaltes vorstellte. Da hieß es, dass der Aufbau Ost nicht ins Stocken geraten dürfe. Ziel sei daher langfristig eine Quote eigenfinanzierter Investitionen von 8 Prozent des Haushaltes. In diesem Jahr liegt die Quote bei nur 2,9 Prozent und 2019 bei 3,6 Prozent. Also wir haben noch gut zu tun. Ich meine auch, der Aufbau Ost ist bereits ins Stocken geraten. Die Berichte des Landesrechnungshofs der letzten Jahre zeigen deutlich, dass die Schere zwischen Ost und West wieder größer wird.

Im Endeffekt geht es auch gar nicht um die Quote, entscheidend ist, wie und wo investiert wird und mit welchen Effekten. Ich glaube, darüber sollten wir ernsthaft reden. Die Förderlandschaft und vor allem die unselige Töpfchenwirtschaft, der gesamte Förderdschungel gehören auf den Prüfstand. Nicht nur Vereine, Unternehmen, Kommunalvertretungen und vor allem die Kämmerer raufen sich die Haare, wenn sie es mit unverständlichen, sich zum Teil widersprechenden Richtlinien, mit zunehmender Bürokratie bei der Antragstellung und oftmals irrelevanten Verfahren zu tun haben. Ich glaube, Haareraufen und Kopfschütteln als Reaktion sind da noch harmlos.

Die kommunale Ebene fordert deshalb zu Recht die Auflage einer echten Infrastrukturpauschale. Um klug und nachhaltig investieren zu können, brauchen die Kommunen einen deutlich einfacheren Zugang zu den dafür notwendigen Finanzen. Ich bin mir ganz sicher, dass die Mittel auch gut umgesetzt werden können vor Ort, denn es ist gerade die kommunale Infrastruktur, die in den letzten Jahren gelitten hat. Straßen bröckeln vor sich hin, werden oft nur sehr notdürftig geflickt, Schulen müssen dringend vergrößert und modernisiert werden und die Ausstattung der Feuerwehren ist vielerorts, wie wir wissen, auch nicht gut. Das will ich an dieser Stelle noch mal wiederholen. Der Investitionsstau im Land ist nichts Theoretisches oder von uns Herbeigeredetes, er ist unübersehbar und führt vor Ort zu viel Frust.

Meine Damen und Herren, noch wichtiger als die Debatte über den Investitionsstau, über unterlassene Investitionen, über mangelnde Instandhaltung von Straßen, Schulen, Kitas und so weiter, viel wichtiger wäre eigentlich eine Debatte über Zukunftsinvestitionen. Über den Erhalt von heutiger Infrastruktur hinaus muss doch der Fokus auf die Infrastruktur von morgen gelegt werden.

(Susann Wippermann, SPD: Was ist denn mit dem Breitbandausbau?)

Eine Berufsschule grob instand zu setzen, reicht da nicht aus. Um auf das Berufsleben gut vorbereitet zu sein, braucht es mehr, braucht es entsprechende Technik, zum Beispiel 3-D-Drucker und vieles mehr. Das gilt auch für alle anderen Bereiche, insbesondere für die Verwaltung. Wir müssen über Bildungsinvestitionen, Forschungsförderung oder auch den Bau von Radwegen reden. Hier glänzen wir nun wirklich nicht. Ein sicheres und voll ausgebautes Radwegenetz ist aus unserer Sicht genauso eine Zukunftsinvestition, wie der Ausbau des ÖPNV oder SPNV.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir werden hier stets den Finger in die Wunde legen und wir erwarten im Hinblick auf den Nachtragshaushalt und den Doppelhaushalt, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben macht.

Und, lieber Herr Wildt, schön, dass Sie sich freuen über die Aussage des Innenministers zur Investitionspauschale, aber ich glaube, das ist lediglich bisher genannt worden im Zusammenhang mit dem Ausgleich der Straßenausbaubeiträge für die Kommunen, und das allein kann es nicht sein. Da brauchen wir deutlich mehr. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Bevor Herr Gundlack mit seiner Rede beginnt, möchte ich noch auf der Besuchertribüne ehrenamtlich Engagierte der Arbeiterwohlfahrt, der Tafel und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge begrüßen.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Herzlich willkommen!)

Bitte schön ...

(Zuruf aus dem Plenum: Von wo?)

Gute Frage. Hier steht „E“. Raten Sie mal! Also ich sage mal Bad Doberan, obwohl der Zwischenruf jetzt nicht zulässig war, in diesem Falle aber hilfreich. Aber wie gesagt, bei mir steht, aus „E“. Ich wollte eigentlich nur das Ganze so ein bisschen auflockern.

Bitte schön, Herr Gundlack, Sie können das ja noch viel besser.

Tilo Gundlack, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, herzlich willkommen im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern!

Sehr geehrter Herr Wildt und sehr geehrte Frau Rösler, erst mal zu Beginn: Ich will Sie natürlich auch nicht überraschen. Es ist klar, dass ich genau wie der Kollege Liskow oder der Finanzminister ins selbe Horn stechen, nein, blasen werde.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Herr Wildt, Sie haben vorhin gesagt, um was es geht. Ich habe mich gewundert bei der Aussprache, die wir zum dritten Mal jetzt führen, was Sie eigentlich damit wollen. Sie haben drei Punkte genannt, einmal stabile Investitionstätigkeit. Das kann man in der Mittelfristigen Finanzplanung nachlesen, da haben wir das schon verankert, wenn ich das richtig verfolge.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Das ist ein bisschen schwierig jetzt, dass wir das Thema auf die Tagesordnung packen.

Dann haben Sie gesagt, das FAG. Da sind wir dabei, das kommt nächstes Jahr. Das wissen Sie, dass wir da in den Planungen sind. Und der Haushalt 2020/2021 ist in der Aufstellung erst ab nächstem Jahr.

So, Punkt, aus! Jetzt kann ich mich wieder hinsetzen.

Das Problem, was Sie dann noch mal aufgeworfen haben, ist die Doppik.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich weiß nicht, ob wir uns als Land die Doppik wirklich antun sollten. Wenn ich das auf kommunaler Ebene verfolge und die Schwierigkeiten sehe, die da jetzt schon sind oder noch sind, dann ist das schon sehr schwierig. Dann ist es so, dass einige Kolleginnen und Kollegen, die im Ehrenamt dieses machen, ich will jetzt nicht sagen,

heillos überfordert sind, aber schon überfordert sind, zum größten Teil. Es gibt jetzt das Doppik-Erleichterungsgesetz oder zumindest den Entwurf davon und wenn ich meine Kämmerin in Wismar richtig verstanden habe mit dem, was sie mir gesagt hat, sind wir da auf einem guten Weg, einmal für die Verwaltung was zu tun, aber gerade hinsichtlich der Ehrenamtler was zu tun, damit es einfacher wird. Aber es ist, glaube ich, nicht hinreichend erklärbar oder nachvollziehbar, warum wir das auf Landesebene tun sollten.

Ich habe gerade mit meiner Kollegin Frau Wippermann gesprochen und sie hat mir noch mal bestätigt, wenn ein Kämmerer was verstecken will, kann er es in der Doppik noch mehr verstecken und noch verschwommener verstecken als vorher in der kameralistischen Ausführung.

(Thomas Krüger, SPD: Genauso ist es.)

Von der Warte wäre ich da sehr vorsichtig, wenn immer gesagt wird, man hat da mehr Transparenz. Bei aller Freude über die Doppik oder so was, aber das kann ich nicht nachvollziehen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Da sind sie absolut überfordert und sie können so viel verstecken, und auch so viel verstecken, dass Sie es nicht verstehen und auch nicht wiederfinden. Von der Warte her: Ein guter Kämmerer weiß ganz genau, wo er was hinzubuchen hat und hinzustecken hat. Also da wäre ich ganz vorsichtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn Sie gesagt haben, man muss mehr bauen, das sehe ich ebenso wie Frau Rösler auch. Aber ich muss jetzt mal wirklich aus Erfahrung sprechen. Wir hatten in Wismar, meiner Heimatstadt, im Sommer mehrere Investitionen zur selben Zeit. Da müssen Sie schon mal den Menschen erklären, warum auf einmal die Landesebene baut, der kommunale Bauhof baut

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Alles zur gleichen Zeit.)

und der Kreishof baut, alles zur selben Zeit und alles Straßen, die lebensnotwendig sind für eine Kleinstadt wie Wismar.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, ja.)

Also da war wirklich der Teufel los. Sie werden sich sicherlich abgesprochen haben, aber es ging auch darum, dass die Firmen zu diesem Zeitpunkt erst bauen, weil sie ihre Leute erst dazu animieren konnten oder zumindest abziehen konnten von anderen Baustellen, um da zu bauen. Das sorgte nicht für Heiterkeit. Wenn Sie so was andauernd haben, so wie jetzt auf der A 20 wieder, dann kriegen Sie als Politiker wirklich schon mal einen Nackenschlag, der sich gewaschen hat. Ob das alles so richtig ist, weiß ich nicht.

Sie hatten vorhin gesprochen von einer Investitionstätigkeit, Frau Rösler ebenfalls. Ich habe den Innenminister auch nicht so verstanden, dass jetzt diese Investitionsquote oder Investitionszulage –

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV: Pauschale.)

-pauschale – im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge die sein soll, die eigentlich die kommunalen Spitzenverbände verlangen. Das ist mitnichten so. Die verlangen drei Prozent und wir wollen ihnen nur die Investitionspauschale hinsichtlich der Straßenausbaubeiträge geben, erst mal. Die drei Prozent, damit hat es gar nichts zu tun.

Das Problem, was wir hier auch noch haben, das kennen Sie ebenfalls, wir haben das im Finanzausschuss mal kurz angesprochen, das ist schon länger her, aber wir haben es mal angesprochen, es geht um die Bereitstellung von Menschen, die überhaupt auf dem Bau arbeiten wollen, die auf dem Bau arbeiten wollen und das auch können. Da werden Sie immer weniger finden, die bereit sind, das zu tun, und zwar aus guten Gründen. Teilweise ist die Außendarstellung von Menschen, die auf dem Bau arbeiten, nicht gelungen und auch nicht hilfreich. Man fragt sich schon, wer denn eigentlich in Zukunft mal unsere Straßen baut. Da sollten wir eher mal die Wertschätzung gegenüber den Menschen, die auf dem Bau arbeiten, nach außen bringen. Auch der Landtag sollte das wirklich mal tun. Von der Warte her finde es das sehr schwierig.

Ich habe letztes Mal mit jemandem gesprochen, der Zimmermeister ist, und der hat gesagt, er kann schon gar nicht mehr öffentliche Bauten realisieren, erst mal, weil es viel zu kompliziert ist für ihn – das ist ein großes Problem –, und auf der anderen Seite, seine Bücher sind bis oben hin pickepackevoll und er hat gar keine zusätzlichen Kapazitäten, um dieses zu realisieren darüber hinaus. Von der Warte her, glaube ich, muss man da mal ganz vorsichtig sein mit den Investitionen. Wir haben es gesagt, wir wollen acht Prozent anstreben. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg, und alles andere klären wir in den Haushaltsberatungen oder noch mal im Finanzausschuss. Ich glaube, wir sind da für alles offen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Zustände in der JVA Bützow aufklären – Justizvollzug gesetzeskonform ausstatten, Drucksache 7/2743.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Zustände in der JVA Bützow aufklären –
Justizvollzug gesetzeskonform ausstatten
– Drucksache 7/2743 –**

Das Wort zur Begründung für die Fraktion DIE LINKE hat die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Wenn Frau Bernhardt es gestattet, erlaube ich mir noch einen Hinweis. Sie sehen, zwei Türen sind defekt, jetzt ist noch die mittlere Tür benutzbar und die äußere Tür haben wir jetzt wieder aufgemacht, damit der Brandschutz gewährleistet ist. Trotzdem würde ich Sie bitten, zur Verbesserung des Klimas hier im Plenarsaal bevorzugt die mittlere Tür zu nutzen.

(Tilo Gundlack, SPD: Oder rauszugehen.)

Das andere soll lediglich dem Brandschutz dienen.

So, jetzt können Sie.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa einem Monat lief in der NDR-Sendung „Nordmagazin – Land und Leute“ ein Beitrag zu der Situation in der Justizvollzugsanstalt Bützow. Der Tenor der Sendung war klar: Es klemmt an allen Ecken und Kanten, es gibt zu wenig therapeutisches Personal und auch im allgemeinen Vollzugsdienst ist die Situation eng. Häftlinge werden teilweise 23 Stunden täglich in ihren Hafträumen eingeschlossen, Therapiemaßnahmen finden nicht statt und auch Besuche können nicht durchgeführt werden, so die nüchterne Bilanz. Dem Bericht vorausgegangen war ein offener Brief von einem mittlerweile bekannten Häftling, in dem die Missstände in der Anstalt kritisiert wurden. Der Brief ging an den Bürgerbeauftragten und wurde auf Wunsch des Verfassers auch an uns als Landtag weitergeleitet.

Nachdem wir als Linksfraktion von dem Brief Kenntnis erhalten haben, versuchte meine Fraktion, das Problem im Rechtsausschuss zu thematisieren. Am 16. Oktober hatten wir beantragt, dass uns das Justizministerium unter anderem auch zu dem offenen Brief, zu den darin erhobenen Vorwürfen unterrichtet. Die AfD sprang dann in die Bresche und sprach sich gegen eine Behandlung des Antrags aus, da der Absender nicht zu erkennen war. Die Koalition griff die Argumentation dankbar auf und das Thema wurde nicht weiter beraten. Ich frage Sie aber:

(Torsten Renz, CDU: Woher wissen Sie das, dass es dankbar war?)

Ist es nicht auch unsere Aufgabe und Verantwortung, Gefangenenschutz und Resozialisierung in den Haftvollzugsanstalten zu gewährleisten? Ich meine, eindeutig ja.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Natürlich ist die Argumentation von AfD und Koalition Unfug, da wir ja nicht über den Absender des Briefes,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

sondern einzig und allein über die im Brief erhobenen Vorwürfe zu diskutieren haben. Selbst wenn so ein Brief vom Weihnachtsmann persönlich käme, ist es die Pflicht von Landtagsabgeordneten, den darin erhobenen Vorwürfen nachzugehen und sie zu untersuchen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein.)

Und genau hierin sehe ich unsere Pflicht der Sachverhaltsaufklärung.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Die Koalition war jedoch nicht um Aufklärung bemüht und die AfD interessiert der Justizvollzug nicht.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Resozialisierung ist dort ein Fremdwort.

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

Die Missstände wurden dann in einem zweiten NDR-Beitrag verschärft. Deshalb haben wir den Dringlichkeitsantrag

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

auf die Tagesordnung der letzten Landtagssitzung setzen lassen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

weil wir von den Umständen erfuhren, die gegen gesetzliche Vorgaben verstießen. Der Dringlichkeitsantrag wurde auch damals natürlich von Ihnen abgelehnt und ich bin froh, heute noch mal über dieses Thema hier in der Landtagssitzung berichten und sprechen zu können. Ich wurde seitens eines Kollegen gefragt, warum wir den Antrag nicht zurückziehen. Ich kann ganz eindeutig sagen, darüber haben wir nicht im Entferntesten nachgedacht,

(Torsten Renz, CDU: Aber jetzt!)

weil erstens findet hier die öffentliche Debatte statt. Wir hatten das Thema, es beschäftigte die Öffentlichkeit und ich denke, dass es auch nur Pflicht ist, die Öffentlichkeit hierüber zu informieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und zweitens,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und zweitens ist es aus unserer Sicht so, dass die Darstellungen des Justizministeriums und die der Mitarbeiter einfach nicht übereinstimmen. Insofern ist es schade, dass auch hier SPD und CDU es leider abgelehnt haben, im Rechtsausschuss auch den Personalrat der Justizvollzugsanstalt Bützow zu hören. Dann hätte man den Sachverhalt noch weiter aufklären können und sich eine breitere Meinung bilden können.

Meine Damen und Herren, ich habe mittlerweile zweimal gemeinsam mit meiner Fraktionsvorsitzenden Simone Oldenburg –

(Torsten Renz, CDU:
Genau. Wo ist die überhaupt?)

und zählt man den Gewerkschaftstag der Justizvollzugsbediensteten dazu,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

sogar dreimal – die JVA Bützow besuchen können, und auch das Justizministerium hat uns letzte Woche im Rechtsausschuss seine Sicht der Dinge geschildert.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Hat sie ihre Oppositionsarbeit
schon eingestellt, oder was?)

Ich glaube also,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

mir mittlerweile einen guten Überblick verschafft zu haben.

Die Missstände in dem offenen Brief lassen sich ganz einfach zusammenfassen: zu wenig Personal, eine überbelegte Anstalt und als Resultat daraus zum Teil unzureichende Resozialisierungsmaßnahmen mit Häftlingen, verwehrte Besuche von Angehörigen und Einschlusszeiten von bis zu 23 Stunden täglich. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten und der Personalrat der Justizvollzugsanstalt Bützow haben die Vorwürfe weitgehend bestätigt. Insofern ist es einfach unredlich, zu versuchen, die Probleme herunterzuspielen, indem man den Verfasser des Briefes diffamiert. Ja, das ist ein Strafgefangener, aber ich frage Sie: Hat er damit alle Rechte verloren? Wir sagen, nein.

Im Rechtsausschuss wurde vom Justizministerium versucht, den Verfasser des offenen Briefes aufgrund seiner Vorstrafen in ein Licht zu stellen, wodurch seine Aussagen schon aufgrund dessen zweifelhaft erscheinen sollten. Mein sonst geschätzter Herr Kollege Ehlers blies dann ins selbe Horn

(Sebastian Ehlers, CDU: Genau.)

auf der Facebook-Seite meiner Fraktion. Er stellte dort die Frage, warum wir den Aussagen eines vorbestraften Betrügers denn mehr Glauben schenken als den Aussagen des Ministeriums.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Auch hier noch mal die Frage, Herr Ehlers: Hat ein Gefangener aus Ihrer Sicht keine Rechte mehr? Verliert er sie automatisch? Wir sagen, nein.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Zweitens. Weil die Aussagen in dem offenen Brief sowohl von dem Bund der Strafvollzugsbediensteten als auch von dem Personalrat der Justizvollzugsanstalt, also von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justizvollzugsanstalt Bützow, bestätigt wurden, glauben wir dem einfach, sie wurden untersetzt und wir können sie mit Fakten belegen.

Und wenn Sie, Herr Ehlers, Ihr Elfenbeintürmchen im Schloss mal verlassen und beim Gewerkschaftstag beziehungsweise einer Ihrer Kollegen beim Gewerkschaftstag

(Sebastian Ehlers, CDU: Das war
jetzt aber gerade ein wenig unfair,
Frau Kollegin. Das wissen Sie auch.)

der Strafvollzugsbediensteten dabei gewesen wären, so wüssten Sie das.

Doch kommen wir zu den Fakten zurück. Zum ersten Punkt habe ich ausgeführt, dass die Ursachen der Missstände in zu wenig Personal in der Justizvollzugsanstalt Bützow liegen. Hier hat sogar das Ministerium bereits ein Defizit eingeräumt. Da gibt es zunächst ein strukturelles Defizit in der Form, dass das Budget des Finanzministeriums geringer ist als der Stellenplan des Kapitels 03 des Justizhaushaltes, hat Abteilungsleiter Jesse auf dem Gewerkschaftstag der Strafvollzugsbediensteten vorletzte Woche in Bützow mitgeteilt. Das „Nordmagazin“ hat hierzu berichtet. Das wussten wir natürlich schon vorher

lange, ich bin nur froh, dass das Justizministerium das jetzt auch mal offen anspricht.

Dann gibt es ein Defizit, weil zwar ein Großteil der Gefangenen der JVA Neubrandenburg nach Bützow verlegt wurde, das Personal aber dem nicht gefolgt ist. Sie können sich ja mal fragen, warum das so ist. Wir haben bereits in der Septembersitzung darauf hingewiesen, dass die Schließung der JVA Neubrandenburg überstürzt kam und dass die persönlichen Belange der Mitarbeiter zum großen Teil unberücksichtigt gelassen wurden. Dem wurde hier damals noch vehement widersprochen. Wer sich aber zu der JVA Bützow begibt, der kann selber feststellen, dass dort Gefangene hingehen mit hohen Suchtproblematiken, dass aber nicht in entsprechender Zahl Suchttherapeuten mitfolgten.

Damals wie heute vertritt das Ministerium offenbar die Auffassung, dass, wenn dieses Personal krank wird oder gar kündigt, die Schuld selbstverständlich bei den Beamten selbst liegt und das Ministerium aus der Pflicht ist. Die Beamten hätten schließlich einen Eid geleistet und wenn das Ministerium die Versetzung nach Bützow fordert, hätte dem jeder Beamte Folge zu leisten. Krank werden oder kündigen hat es nach Auffassung des Ministeriums nicht zu geben. Die Auffassung können Sie natürlich gern vertreten, aber letztendlich haben Sie dafür zu sorgen, dass ausreichend Personal in Bützow vorhanden ist, und wenn Sie sich bemühen müssen, aber ich sehe hier einfach, dass das nicht der Fall ist.

Es kommt natürlich hinzu, dass die JVA Bützow erheblich überbelegt ist.

(Thomas Krüger, SPD:
Die Ministerin wird das klarstellen.)

Selbstverständlich ist hierfür die Verlegung der Gefangenen aus Neubrandenburg ursächlich. Da stellt sich dann aber die Frage, ob das Ministerium das nicht schon vorher wusste beziehungsweise nicht schon vorher hätte wissen können, denn das wäre seine Verantwortung gewesen.

Zur Frage des Ausfalls von Resozialisierungsmaßnahmen und verwehrter Besuche fehlen mir noch konkrete Zahlen. Aber auch diesbezüglich konnten wir sehen, als meine Kollegin Simone Oldenburg und ich die Justizvollzugsanstalt besucht hatten, dass schon allein aufgrund dieses Besuches und der Begleitung durch Strafvollzugsbedienstete beispielsweise Arbeitsmaßnahmen ausfallen mussten, weil dann diese Bediensteten fehlten, um dort zu sein.

Und zum Zweiten wurde es belegt. Aufgrund der ganzen öffentlichen Berichterstattung erreichen einen natürlich auch Briefe von Inhaftierten. Ein Inhaftierter berichtete beispielsweise, dass ihm bereits zugesagt wurde, man kann es seinen Haftvollzugsplänen entnehmen, zum 31.12.2017 entlassen zu werden. Aufgrund fehlender Resozialisierungsmaßnahmen ist das bis 2020 nicht möglich. Und genau das zeigt, dass auch der Ausfall von Resozialisierungsmaßnahmen sich hier niederschlägt.

Etwas genauer will ich noch darauf eingehen, dass Häftlinge regelmäßig für 23 Stunden pro Tag in ihren Hafträumen eingeschlossen wurden. Wie bereits gesagt, sollen Häftlinge in M-V regelmäßig in Einzelhaftsräumen untergebracht werden. Schließt man die jetzt für 23 Stunden täg-

lich ein, kommt das einer Isolationshaft gleich. Dies ist aber nur unter engen Voraussetzungen zulässig und deshalb hat die Rechtsprechung das schon als Verstoß gegen die Menschenwürde abgetan. Natürlich muss man sich da die Gesamtumstände ansehen, bedenklich ist das aber aus unserer Sicht auf jeden Fall. Werte Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist mir bewusst, dass die Sicherheit der Anstalt immer vorgeht, aber auch Menschenrechte von Strafgefangenen sind zu beachten.

Ich freue mich auf die Diskussion, hoffe auf weitere Aufklärung zu den Vorwürfen und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Landesregierung die Justizministerin Frau Hoffmeister.

Ministerin Katy Hoffmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, liegen Sie vollkommen neben der Sache.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Weder gibt es in der JVA Bützow etwas aufzuklären, noch ist der Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern gesetzeswidrig. Das heißt nicht – das will ich an dieser Stelle gleich sagen –, dass wir mit allem in Bützow schon zufrieden wären. Wo es notwendig ist, werden wir daran arbeiten, natürlich dort weiter voranzukommen. Aber das Bild, sehr geehrte Frau Bernhardt, das Sie hier an die Wand malen, hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es wird vor allem unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vollzug nicht gerecht. Diese leisten tagtäglich engagiert und zuverlässig einen enorm wichtigen Beitrag für die Sicherheit in unserem Land

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eben
deshalb haben wir den Antrag gestellt.)

und arbeiten mit deutlich problematischen Menschen unserer Gesellschaft.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Eben deshalb
haben wir den Antrag gestellt.)

Für ihren tatkräftigen und vorbildlichen Einsatz gilt mein Dank und sicherlich auch Ihrer. Sie verdienen nämlich unseren uneingeschränkten Respekt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Respekt und
Unterstützung, haben wir auch gesagt.)

und nicht effekthaschende Skandalisierungsversuche.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich sehe mich gehalten, in dieser Debatte etwas grundsätzlicher zu werden. Wenn wir nämlich über die JVA Bützow sachlich und angemessen sprechen wollen, wäre es zu kurz gegriffen, uns allein auf den Vollzugsalltag in dieser Anstalt zu beschränken. Vielmehr bedarf es zunächst eines kurzen Blickes auf die gesamte Vollzugslandschaft im Land, insbesondere deshalb, weil dort die Herausforderungen und Änderungen, die das Jahr 2018 mit sich gebracht hat, natürlich auch Auswirkungen auf die JVA Bützow hatten. Sie wissen, dass wir im Herbst 2017 das Organisationskonzept 2020 vorgestellt haben, und Sie kennen das, weil das sowohl im Landtag als auch im Rechtsausschuss Gegenstand der Erörterung war. Und wir haben sofort zugesagt – das will ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich sagen, Frau Bernhardt –, mit meiner Staatssekretärin und meinem Abteilungsleiter auch Aussagen bereits an dem ersten Tag im Rechtsausschuss zu tätigen, als Sie das Thema zur Tagesordnung aufgerufen haben.

Das Konzept ist unter Beteiligung sämtlicher Vollzugsanstalten des Landes fachkundig, gründlich und gewissenhaft erarbeitet worden, insbesondere deshalb, um den Ansprüchen eines zukunftsorientierten und modernen Strafvollzugs gerecht zu werden, und vor allem natürlich, um sich daraus ergebende Veränderungen insbesondere mit Blick auf den Rückgang der künftigen Gefangenzahlen zu berücksichtigen. Das Konzept beinhaltet eben nicht nur bauliche und organisatorische Aspekte, sondern gestaltet beispielsweise die Neuordnung der Ausbildung, den Ausbau der Psychotherapie, der Suchttherapie und ermöglicht, bei Bedarf auch die Anpassung der Bedürfnisse älterer Gefangener in den Blick zu nehmen. Es handelt sich um ein sehr umfassendes Konzept. Die Vollstreckungszuständigkeiten wurden vor dem Hintergrund der aktuellen technischen, personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen optimiert. Zur Verringerung der Überkapazitäten von Haftplätzen wurde entschieden, die JVA Neubrandenburg zu schließen. Die Verlegung der Gefangenen ist seit dem 25. September 2018 abgeschlossen.

Und ja, die Bediensteten werden schrittweise bis zum Jahresende an die anderen Anstalten versetzt sein. An dieser Stelle gilt mein ganz besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Neubrandenburg. Ich weiß, welche enormen Belastungen und Herausforderungen für jeden Einzelnen von ihnen mit der Entscheidung für die Umstrukturierung unserer Vollzugslandschaft verbunden war. Da gibt es auch nichts zu beschönigen oder aber kleinzureden. Da haben sie eine große Leistung im Interesse des gesamten Vollzugssystems in Mecklenburg-Vorpommern erbracht, und ja, sie mussten persönliche Interessen und Befindlichkeiten zurückstellen, was natürlich – und das ist nur menschlich – nicht immer leicht ist.

Die Jugendanstalt Neustrelitz ist seit dem 1. September 2018 in eine JVA mit Teilanstalt Jugendanstalt umgewidmet worden und steht nunmehr auch jungen männlichen Erwachsenen mit kurzen Freiheitsstrafen zur Verfügung. Hierdurch werden die Entlassungsperspektiven für diese Gefangenen weiter verbessert. Neben der Bündelung von Ressourcen in landesweit zentralen Einrich-

tungen – ich denke hier an die Sozialtherapie in Waldeck sowie das Diagnostikzentrum, die Sicherungsverwahrung und den Gefangenenstransport in Bützow – erfolgte eine standort- und bedarfsgerechte lokale Unterbringung dieser Einrichtungen.

Nachdem in Bützow umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt worden sind, sodass eine sichere und vollzugsgerechte Unterbringung auch von Gefangenen mit langen und lebenslangen Freiheitsstrafen wieder möglich ist, hat die JVA die Vollstreckungszuständigkeit für diese Gefangenen seit dem 1. April 2018 zurückerhalten. Zwischen April und Juli 2018 erfolgte die komplette Verlegung der betreffenden Gefangenen von Waldeck nach Bützow und umgekehrt. Wie Sie sich vorstellen können, war das ein immenser und nicht nur logistischer Aufwand. All dies – und ich habe die Arbeitsschritte und die Umsetzung des Konzeptes hier nur schlagwortartig umrissen – ist bislang im Jahr 2018 im Justizvollzug unseres Landes geleistet worden von unseren Mitarbeitern im Vollzug. Und da behaupten Sie ernsthaft, die Anforderungen des Strafvollzugs werden nicht insgesamt berücksichtigt und nicht erfüllt und es bedürfe endlich eines umfassenden Vollzugskonzeptes?! Unser Konzept wird mit Hochdruck erfolgreich umgesetzt. Allerorts sind große einschneidende Veränderungen festzustellen und Sie rufen schon wieder nach etwas Neuem. Ein bisschen mehr Durchhaltevermögen, Respekt vor der Leistung unseres Vollzugs hätte ich von Ihnen erwartet.

(Sebastian Ehlers, CDU: Wir auch. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir werden diesen Weg konsequent weiterverfolgen, ohne dass es dazu eines neuen und weiteren Konzeptes bedarf.

Kommen wir jetzt zu den Vorwürfen bezüglich der JVA Bützow. Meine Damen und Herren, wir haben uns dazu in der vergangenen Woche im Rechtsausschuss bereits eingehend unterhalten. Ich werde aber selbstverständlich an dieser Stelle auch Weiteres noch hinzufügen.

Zur Belegungssituation in Bützow wird verschiedentlich behauptet, Bützow sei überbelegt. Das ist so nicht richtig. Fakt ist, im Frauenvollzug sind in der Tat zeitweilig drei bis vier Gegangene mehr untergebracht gewesen, als grundsätzlich vorgesehen. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass hier ein Belegungsausgleich mit anderen Anstalten, nämlich des Männervollzuges, nicht möglich war. Auf das Jahr 2018 bezogen belief sich hingegen die Belegung bei den Männern im Schnitt auf 88,2 Prozent. Einen Tag der Überbelegung in 2018 gab es dort nicht.

Zum Personal, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir mal ganz kurz eine Vorbemerkung. Wir zahlen unseren Justizvollzugsanwärtern künftig mehr Geld. Für die Einstellungsjahrgänge 2017 bis 2020 heben wir den Anwärtergrundbetrag für die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes um 35 Prozent an. Der Dank geht hier in diesem Zusammenhang auch an den Finanzminister. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Nachwuchsgewinnung und ein wichtiges Zeichen der Landesregierung und wird nicht das letzte Zeichen sein. Ja, vergangenes Jahr fiel die Beförderungsrunde aus. Grund war die höchstrichterliche Rechtsprechung, wonach eine Dienstpostenbewertung für den Vollzug zu

erstellen war. Aktuell läuft die sogenannte zweite Beförderungsrunde 2018. Im Zuge dessen werden mehr als 50 Beförderungen umgesetzt. Das ist mir wichtig, denn der allgemeine Vollzug leistet eben genau einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit.

Mit dem Jahreswechsel und der vollzogenen Schließung der JVA Neubrandenburg werden alle geplanten Versetzungen in den verbliebenen Anstalten umgesetzt sein. Auch konnten wir in der JVA Bützow drei neue Psychologen und einen zweiten Suchtberater einstellen, was sich positiv auf die Arbeitsabläufe auswirkt.

Und ja, meine Damen und Herren, es gab in diesem Jahr zeitweilig unbesetzte Planstellen, aber das war unvermeidbar. Es lag vor allem an der Schließung der JVA Neubrandenburg und daran, dass zunächst die von dort zu versetzenden Mitarbeiter auf alle anderen Anstalten verteilt werden mussten.

Die Personalsituation hat sich mitunter auch auf die Aufschlusszeiten ausgewirkt. Das ist Fakt. Die Behauptung indes, dass es regelmäßig zu Einschlusszeiten von täglich 23 Stunden komme, ist falsch. Sie zitieren in der Begründung Ihres Antrages in diesem Zusammenhang eine Entscheidung des Kammergerichts Berlin. Bei dem Sachverhalt, über den das Gericht dort zu entscheiden hatte, war der Strafgefangene über neun Monate ohne Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, ohne Gruppenangebote und ohne jeden sozialen Kontakt täglich 23 Stunden eingeschlossen, und mit klaren und scharfen Worten hat das Gericht diese Umstände völlig zu Recht kritisiert. Wenn Sie nun in Ihrem Antrag das Urteil als Beleg für die Bewertung heranziehen, dass der Haftalltag in Bützow verfassungsrechtlich bedenklich sei, ohne auf die Besonderheiten dieses Einzelfalles einzugehen, wird der falsche Eindruck erweckt, dass der Vollzugsalltag in Bützow genau so aussehen würde, wie es das Kammergericht beurteilt hatte. So ist es aber eben nicht!

Nach geltendem Recht gibt es übrigens keine verbindlichen Vorgaben für die Dauer des Aufschlusses. Es ist jedoch sicherzustellen, dass jedem Gefangenen eine Stunde pro Tag Aufenthalt im Freien gewährt wird. Diese Vorgaben werden in allen Anstalten des Landes zwingend eingehalten. Auch in Bützow wird natürlich jedem Gefangenen die sogenannte Freistunde gewährt. Dazu kommen in der Regel drei bis vier Stunden Aufschluss. Der Vollzugsalltag bedingt aber, dass diese Aufschlusszeiten nicht jeden Tag jedem Gefangenen uneingeschränkt ermöglicht werden können. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. So sind Untersuchungsgefangene und Strafgefangene strikt voneinander zu trennen. Es ist zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Gefangenen zu unterscheiden. Dies ist – von der Rechtsprechung anerkannt – keine Diskriminierung oder gar Bestrafung der nicht arbeitenden Gefangenen, sondern entspricht der Organisation des Tagesablaufes.

Auf den Stationen sind mitunter Gefangene mit einem erhöhten Aggressions- und Gefährdungspotenzial anzutreffen, die nicht zur selben Zeit Aufschluss erhalten können, auch um Mitgefangene und Bedienstete vor Angriffen zu schützen. Außerdem kann es wegen besonderer Vorkommnisse, zum Beispiel Gewalttätigkeiten unter Gefangenen, Alarmübungen, Abwicklung eines großen Gefangenentransportes und so weiter, zu Einschränkungen kommen. Aber all dies entspricht Paragraph 12 Absatz 2 des Strafvollzugsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, wonach

der Aufschluss eingeschränkt werden kann, wenn „schädlicher Einfluss auf andere Gefangene zu befürchten ist“ oder wenn es „Sicherheit und Ordnung der Anstalt erfordern“. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit – und ich gehe davon aus, dass Sie da mit mir einer Meinung sind – ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Resozialisierung.

Die geübte Praxis steht auch im Einklang mit der obergerichtlichen Rechtsprechung. So hat beispielsweise das Oberlandesgericht Schleswig im Jahr 2017 entschieden, dass auch Einschluss wegen Personalmangels nicht zu beanstanden ist, wenn dies nicht standardmäßig erfolge. Und genau das ist in Bützow eben nicht der Fall. Wenn Aufschlusszeiten im Einzelfall verkürzt werden mussten, war dies gesetzeskonform. Der vorgeschriebene Aufenthalt im Freien wurde für alle Gefangenen täglich abgesichert, auch alle geplanten und anstehenden Entlassungsvorbereitungen wurden umgesetzt.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zum Thema Besuch. Sie führen aus, dass die Unterbindung des Kontaktes zu den Familien dem Sinn des Strafvollzugs zuwiderlaufe und gegen die Grundsätze aus Paragraph 2 des Strafvollzugsgesetzes verstoße. Da bin ich ganz bei Ihnen. Doch was hat das mit der JVA Bützow zu tun? Die Behauptung, dass die Besuchszeiten nicht realisiert werden, ist falsch. Richtig ist, in der JVA Bützow werden die Vorgaben des Strafvollzugsgesetzes bezüglich der Einhaltung und Förderung der sozialen Kontakte der Inhaftierten zu ihren Familien eingehalten. Jeder Gefangene erhält auf seinen Wunsch hin eine Mindestzahl der vorgegebenen Stunden für den monatlich zu gewährenden Besuch. Darüber hinaus werden, soweit die Kapazitäten der Besuchsabteilung dies erlauben, zusätzliche Besuche gewährt, insbesondere werden bei beantragten Besuchen von Kindern besondere Umstände berücksichtigt.

Der Besuchsbereich der JVA Bützow wurde im Zeitraum vom 18. Juni bis 10. Juli 2018 umfassend renoviert und die baulichen Maßnahmen erforderten, den Besuchsbereich für zwei Wochen zu schließen. Diese Umstände wurden den Gefangenen bereits Monate im Voraus mitgeteilt, damit sie sich darauf einstellen konnten und die Besuche entsprechend planen konnten. Für dringende und unabwendbare Besuche wurden in dieser Zeit selbstverständlich alternative Räumlichkeiten vorgehalten. Zum Ausgleich wurden zudem zwei zusätzliche Wochenendbesuchstage vor und nach den Bauarbeiten zur Verfügung gestellt. Es gab übrigens keinerlei Beschwerden von Gefangenen in diesem Zusammenhang.

Zur Verdeutlichung der Besuchssituation hier noch die konkreten Zahlen, Frau Bernhardt, die Sie gerade auch angesprochen haben. In der Strafhaft wurden 3.650 Besuchstermine vorgehalten, davon nicht genutzt 1.162. In der Untersuchungshaft wurden 1.160 Besuchstermine vorgehalten, davon nicht genutzt 819.

Meine Damen und Herren, des Weiteren sprechen Sie die Therapiesituation in Bützow an. In der JVA Bützow werden diverse Behandlungsmaßnahmen angeboten und durchgeführt. Das Angebot beinhaltet unter anderem Straftataufbereitung, soziales Training, Antigewaltberatung und psychologische Gespräche. In diesem Zusammenhang wiederhole ich, dass im Ergebnis keine Resozialisierungsmaßnahmen ausgefallen sind.

Bei den psychologischen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Kröger?

Ministerin Katy Hoffmeister: Nein.

Bei den psychologischen Einzelgesprächen entstanden allerdings Wartezeiten. Im Laufe des Jahres 2018 wurden daher wie erwähnt drei neue Psychologinnen eingestellt. Von den elf Planstellen bei Psychologen im psychologischen Fachdienst und im Diagnostikzentrum sind damit nunmehr zehn Stellen besetzt. Auch bei der Suchtberatung entstanden Wartezeiten, sodass der erwähnte zweite Suchtberater eingestellt wurde. Sie sehen, meine Damen und Herren, wir handeln.

Beim Krankenstand gibt es nichts zu beschönigen. Auch ich finde, dass genau dieser viel zu hoch ist. Wir stehen deshalb in engem Kontakt mit der Anstaltsleitung, um gemeinsam Lösungen zu finden. Und Sie wissen, dass die Anstaltsleitung dabei ist, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog nicht nur zu erstellen, sondern begonnen hat, diesen umzusetzen. Sie können sicher sein, wir bleiben da am Ball.

Soweit in dem Antrag schließlich mehr Personal für den allgemeinen Vollzugsdienst gefordert wird, werden wir natürlich die vielschichtigen Aufgaben im Strafvollzug weiter analysieren und bei unseren Personalbedarfsberechnungen berücksichtigen. Aber Sie werden wohl kaum von mir erwarten, dass ich hier und heute künftigen Haushaltsverhandlungen vorgreife und Zahlen in den Raum stelle.

Meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, wenn Sie den Justizvollzug unseres Landes tatsächlich unterstützen wollen, sind Sie dazu jederzeit eingeladen und herzlich willkommen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Mit dem vorliegenden Antrag, in dem Sie sich von der sachlichen Argumentation aus meiner Sicht entfernt haben und der aus meiner Sicht abzulehnen ist, tun Sie das gewiss nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um sechs Minuten überschritten. Diese Zeit steht nach Paragraph 85 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zusätzlich zur Verfügung.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zustände im Strafvollzug. Wie kommt es dazu, dass wir hier heute über die Zustände im Strafvollzug, konkret in der JVA Bützow, diskutieren? Am Anfang steht ein anonymes Schreiben eines Gefangenen aus der JVA Bützow an den Bürgerbeauftragten, der dieses Schreiben an den Rechtsausschuss weitergeleitet hat. Irgendwann erhielt dieses Schreiben, das angeblich von den – also allen – Gefangenen der JVA stammte, die Unterschrift eines einzelnen Gefangenen. Es handelt sich

hier um einen vielfach vorbestraften und zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilten Gefangenen.

In dem Schreiben werden Missstände in der JVA beklagt und eine Reihe von Vorwürfen gegen die Bediensteten und insbesondere gegen das Ministerium erhoben. Die AfD hatte sich im Ausschuss gegen die Befassung mit dem zunächst anonymen Schreiben ausgesprochen, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen, wie mit einem anonymen Schreiben umzugehen ist. Dem ist der Ausschuss mehrheitlich nicht gefolgt. In der nächsten Sitzung des Ausschusses hat der für den Strafvollzug zuständige Abteilungsleiter des Ministeriums einen umfassenden Bericht über die Situation in den JVAs und speziell auch in Bützow geliefert.

Gegen den Antrag der AfD wurden sodann nochmals alle Punkte der Beschwerde konkret abgearbeitet, das heißt im Ergebnis, Punkt für Punkt entkräftet. Ich möchte auch hier betonen, dass dieses Verfahren kein Präjudiz für den künftigen Umgang mit solchen Beschwerden haben kann.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das lassen wir uns von Ihnen ja noch
lange nicht vorschreiben, Herr Förster.)

Der Landtag beziehungsweise seine Ausschüsse müssen sich genau überlegen, ob und wem sie eine Bühne für derartige Beschwerden geben wollen. Richtig und ausreichend wäre es gewesen, das Schreiben auf dem üblichen Verwaltungsweg zu bearbeiten, nicht aber, die Beschwerde ohne jede Vorprüfung zum Gegenstand einer Sitzung des Rechtsausschusses zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie gesagt, die Vorwürfe des Gefangenen wurden als eine Mischung von Un- oder Halbwahrheiten beziehungsweise als nicht vermeidbare Einschränkungen entkräftet. Ja, es kam vor, dass die Gefangenen wegen krankheitsbedingter personeller Engpässe den ganzen Tag über eingeschlossen blieben. Das ist aber keineswegs eine Besonderheit von Mecklenburg-Vorpommern, das kommt auch anderswo vor. Es kam auch vor, dass Gefangene nicht arbeiten konnten, weil der dafür zuständige Mitarbeiter erkrankt war.

Was die Personalsituation insgesamt anbelangt, wurde seitens des Ministeriums nachvollziehbar darauf hingewiesen, dass die infolge der Schließung der JVA Neubrandenburg nach Bützow versetzten Beamten ihren Dienst noch nicht alle angetreten haben.

Ja, es gab und gibt wohl einzelne Vorkommnisse, die so nicht sein sollten, für die es aber genau wie für den Stundenausfall an einer Schule nachvollziehbare Erklärungen gibt. Die Ministerin – darauf beziehe ich mich – hat hier heute Punkt für Punkt die Vorwürfe entkräftet und genauso oder teilweise noch weiter hat es der Abteilungsleiter Jesse im Ausschuss getan.

Wir reden so viel von Respekt. Wollten Sie das alles nicht zur Kenntnis nehmen oder was hat Sie geritten, dass Sie das alles völlig infrage stellen und sich wieder eine neue Bühne wünschen und bieten,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wir machen
uns einfach unser eigenes Bild und glauben
nicht einfach blind, was uns erzählt wird.)

um einer bestimmten Klientel vielleicht hier irgendwelche Vorteile zu versprechen?

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Nein, es ist für mich eine Frage des Respekts, wie man mit solchen Auskünften umgeht. Sie tun so, also ob die Sitzung gar nicht stattgefunden hätte. Sagen Sie doch, das war falsch, da lügt das Ministerium,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Mache ich gleich.)

denn es sind ja nicht nur Meinungen gewesen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Mache ich gleich, Herr Förster.)

es waren überwiegend Fakten, ganz konkrete Fakten.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Können wir gerne machen.)

Dann beantragen Sie eine Gegenüberstellung

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, mache ich doch gleich!)

des Herrn Abteilungsleiters und des Strafgefangenen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sind Sie eigentlich Regierungsfraktion?)

dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nur mal eine Frage!)

Zum Grundsätzlichen: Mein Fraktionsvorsitzender und ich haben kürzlich einen mehrstündigen Besuch in der JVA Waldeck absolviert. Dabei haben wir einen sehr positiven Eindruck eines modernen Strafvollzugs, bei dem der Resozialisierungsgedanke erkennbar nicht zu kurz kommt, mitgenommen. Mich haben insbesondere die angebotenen Arbeitsmöglichkeiten und das Engagement der dort tätigen Mitarbeiter, die ich als engagierte Arbeitspädagogen bezeichnen möchte, sehr beeindruckt. Nebenbei bemerkt würde mancher Handwerker vor Neid erblassen, wenn er die dort vorhandene maschinelle Ausstattung sehen würde.

Auch wenn die Bezeichnung „Gefängnis“ im Zuge einer allgemeinen Begriffskosmetik entsorgt wurde, eine Justizvollzugsanstalt ist eine Haftanstalt, in der Freiheitsstrafen vollstreckt werden. Und um eine solche zu erhalten, muss man sich im Allgemeinen durch die Begehung von mehreren Straftaten über Bewährungsstrafen dahin vorgearbeitet haben. Es ist völlig lebensfremd zu glauben, dass jeder zu einer Freiheitsstrafe Verurteilte resozialisierungsfähig sei.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Mit anderen Worten, die dem Antrag der LINKEN zu entnehmende Vorstellung, aus jedem Strafgefangenen sei, wenn man ihn nur hinreichend therapiere,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Jeder hat das Recht, Herr Förster.)

ein ordentlicher Mensch zu machen, ist absolut lebensfremd.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Lesen Sie sich mal entsprechende
Bundesverfassungsgerichtsurteile durch!)

Es geht bei der Inhaftierung eben nicht nur um Resozialisierung –

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

nicht nur um Resozialisierung –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das sind Juristen bei der AfD!)

es geht nebenbei auch um Strafe,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

deren Höhe sich nach der Schwere der Tat und der Schuld richtet. Und wie überall, wo der Staat zuständig ist, muss er mit seinen Mitteln haushalten, im Strafvollzug nicht anders als bei der Polizei, im Schulwesen, in der Pflege oder wo auch immer. Überall könnte es besser, aber auch wesentlich schlechter sein. Ich sage das ganz klar und mutmaßlich auch für meine Partei: Straftäter stehen bei mir nicht ganz oben auf der Liste der Prioritäten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn ich bedenke, mit welchen Problemen sich viele redliche Bürger, die in einfachen Verhältnissen leben, herumschlagen müssen, sollten uns deren Sorgen vielleicht näher sein als die Klagen von Kriminellen. Das heißt nicht, dass uns diese völlig gleichgültig sein sollten. Für sie gelten die Regeln des Strafvollzugs, und diese werden auch angewandt. Das ist notwendig, und das reicht dann auch.

DIE LINKE zeichnet sich allerdings dadurch aus, dass sie eine besondere Empathie für bestimmte Randgruppen hat. Das ist sozusagen ihr Alleinstellungsmerkmal.

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Menschen, für Menschen!)

Mal sind es die LSBTs in den Flüchtlingsunterkünften, um die wir uns besonders kümmern sollen, mal sind es jetzt die Strafgefangenen. Ich frage mich, ob es nicht wirklich angebrachter wäre, mal über die Rolle von Opfern schwerer Straftaten zu reden

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

und sich Gedanken zu machen, wie deren psychologische Betreuung aussieht.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Und dafür
müssen wir Straftäter nicht resozialisieren,
dass man zukünftige Straftaten verhindert?)

Manch einer von diesen würde sich wünschen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Herr Förster, Sie haben ein Menschenbild!)

er erhielt die Betreuung, die Strafgefangenen in unseren JVA's zuteilwird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig, Herr Kollege Förster!)

Zurück zum Antrag: Die Aufklärung über die angeblichen Missstände ist erfolgt. Es gibt keinen weiteren konkreten Handlungsbedarf. Der Antrag ist zudem so allgemein gefasst, dass damit gar nichts anzufangen ist. Genauso können Sie beantragen, dass alle Schulen umgehend nach modernsten pädagogischen Vorstellungen personell und sachlich auszustatten sind, dass allen Schülern die bestmögliche Bildung vermittelt und insbesondere die Nachteile von Schülern aus bildungsfernen Schichten ausgeglichen werden und zudem noch die Inklusion bestmöglich verwirklicht wird. Dagegen ist nichts zu sagen, aber wo ist das Konkrete?

Werte Abgeordnete von der LINKEN, das, was Sie hier beantragt haben, hat in seiner Allgemeinheit eher das Format eines Wunschzettels als eines konkreten Antrags.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Ihr Antrag ist abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Friedriszik.

Dirk Friedriszik, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Ich denke, ich kann es kurz machen, eine sachliche Aufarbeitung kann ich Ihnen aber leider nicht ersparen.

Die ganze Geschichte nahm ihren Anfang mit einem anonymen offenen Brief, in dem sich über die Situation in der JVA Bützow beklagt wurde. Der Brief schloss mit: „Die Inhaftierten der JVA Bützow“. Mittlerweile wissen wir, dass der Brief aus der Feder eines einzelnen Gefangenen stammt. Die Fraktion DIE LINKE hat diesen Brief, der am 16. Oktober im Rechtsausschuss einging, zum Anlass genommen, noch am selben Tag zu beantragen, dass die Justizministerin den Rechtsausschuss zeitnah unter anderem über die im Brief thematisierten fehlenden Resozialisierungsmöglichkeiten in der JVA Bützow unterrichtet. Dazu war das Justizministerium in der Ausschusssitzung am 17. Oktober auch bereit. Im Ausschuss wurde sich allerdings darauf verständigt, die Thematik im November aufzurufen, nicht zuletzt wegen der fraglichen Urheberschaft des Briefes. Am 19. Oktober – welch Zufall! – lief die in dem vorliegenden Antrag genannte Fernsehsendung, welche als Antragsbegründung herhalten musste. Ein anonymes Brief als Anlass für einen Dringlichkeitsantrag war selbst der LINKEN nicht geheuer – völlig zu Recht, wie sich herausstellte.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, letzte Woche nun war das Thema „JVA Bützow“ Gegenstand der Rechtsausschusssitzung. Dort hat das Justizministerium über die Situation in der JVA Bützow umfänglich informiert. Diese wurde vom zuständigen Abteilungsleiter umfassend und eingehend dargestellt, wobei auf jeden der im Brief aufgeworfenen Punkte eingegangen wurde.

Dabei wurde insbesondere die Frage der Einschlusszeiten als auch das Thema Personal für den allgemeinen Vollzugsdienst sowie die Durchführung von Therapiemaßnahmen ausführlich thematisiert.

Meine Damen und Herren, man kann es nicht anders sagen, der zuständige Abteilungsleiter hat diesen Brief leider völlig auseinandergenommen. Die Fraktion DIE LINKE hätte besser daran getan, die Unterrichtung des Justizministeriums im Rechtsausschuss abzuwarten, bevor sie dem Parlament einen solchen Antrag – noch dazu als Dringlichkeitsantrag – vorlegt. Aber der Drang zur Skandalisierung war leider zu groß. Ich kann nur ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wenn Menschen 23 Stunden eingeschlossen werden, ist der Drang überhaupt nicht groß. Da geht es um Menschenrechte, Herr Friedriszik! – Andreas Butzki, SPD: Ans Mikro gehen!)

Ich mache weiter.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, wenn Sie dazu nichts
zu sagen haben!)

Ich kann nur feststellen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

ich kann nur feststellen, dass dieser Schnellschuss voll nach hinten losgegangen ist. Meine Damen und Herren, das Justizministerium hat die Situation in allen Justizvollzugsanstalten im Blick. Das ist auch richtig so, denn, keine Frage, das Thema Krankenstand ist ein großes Problem, mit natürlich allen damit einhergehenden Problemen. Hier aber Verstöße gegen das Strafvollzugsgesetz in der JVA Bützow zu konstruieren, ist abenteuerlich. Fazit ist, es gab keine Verstöße gegen das Strafvollzugsgesetz in der JVA Bützow.

Damen und Herren, DIE LINKE ist hier einer Räuberpistole aufgesessen. Das ist zwar nicht schön, kann aber im Eifer des Gefechtes schon mal passieren. Ich hätte eigentlich erwartet, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag zurückzieht. Sei es, wie es ist, wer die besagte Sitzung des Rechtsausschusses erlebt hat, kann diesen Antrag nur ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion Freie Wähler/BMV hat jetzt das Wort der Abgeordnete Dr. Manthei.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Dr. Matthias Manthei, Freie Wähler/BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich möchte ich vorab sagen, dass ich es ganz gut finde, wenn wir auch einmal über den Vollzug als Teilbereich der Justiz diskutieren. Oft haben wir hier schon über Richter und Staatsanwälte debattiert, aber es gibt natürlich noch viel mehr in der Justiz – die Rechtspfleger, den mittleren, den einfachen Dienst –, und ohne diese Mitarbeiter funktioniert die Justiz nicht. Ich habe als Richter auch schon immer gesagt, man sitzt eigentlich

mit seiner Geschäftsstelle, also dem mittleren Dienst, in einem Boot. Jeder hängt von dem anderen ab. Das ist grundsätzlich okay und heute geht es eben um den Justizvollzug.

Dem konkreten Antrag können wir aber nicht zustimmen. Kritische Medien haben die Aufgabe, Missstände aufzudecken und darüber zu berichten. Das ist gut so, und es ist auch richtig, Medienberichte aufzugreifen und sie gegebenenfalls ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und die Opposition hat die Aufgabe, dem nachzugehen.)

Habe ich ja gesagt, es ist ja auch richtig, den parlamentarisch zu behandeln. Aber einfach einen Medienbericht unkritisch zu übernehmen und festzustellen,

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

dass die dort, Zitat, „offengelegten Zustände“, Zitatende, und weiter, Zitat, „nicht hinnehmbar“, Zitatende, seien und, noch mal Zitat, „schnellstmöglich abgestellt werden müssen“, Zitatende, geht natürlich nicht. Denn die Opposition, da haben Sie recht, Herr Ritter, hat die Aufgabe, die Berichte aufzunehmen, aber die Opposition hat auch die Aufgabe, gründlich zu prüfen. Und hier sollte sich eben das Parlament schon selbst ein Bild von den öffentlich gewordenen Vorwürfen machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Deswegen war die Kollegin ja vor Ort, Herr Kollege Manthei.)

Der Landtag hat auch nicht

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zweimal!)

über Entscheidungen der Judikative über Einschlusszeiten zu befinden. Insoweit steht den Betroffenen ein Rechtsmittel zur Verfügung. Sie haben ja selbst auch hier eine Entscheidung eines Gerichts zitiert. Mir ist nicht bekannt, dass es in Mecklenburg-Vorpommern entsprechende Verfahren bislang gab. Und ob bei einem Strafgefangenen das Vollzugsziel erreicht wird, ist immer individuell zu prüfen. Wenn es Vollzugsdefizite gibt, sind diese natürlich abzustellen. Pauschale Feststellungen durch den Landtag helfen dabei nicht.

Zum zweiten Teil des Antrages: Die im Antrag zu 2a) genannten Informationen durch die Justizministerin können auch im Rechtsausschuss gegeben werden. So ist es auch bereits geschehen. Die Personalfrage ist dann im Rahmen der Haushaltsberatungen zu stellen.

Ein gravierendes Problem spricht der Antrag allerdings zu Recht an, und zwar das Problem des Krankenstandes. 40 Tage durchschnittlich sind selbstverständlich vollkommen inakzeptabel. An dieser Stelle ist der Antrag allerdings auch unkonkret, sodass die Frage offenbleibt, welche Maßnahmen denn hier nun zu ergreifen sind.

Letztlich enthält der Antrag zu der JVA Bützow noch einen ganz anderen Antrag, der hier heute auch wieder einmal von der Fraktion DIE LINKE nur wiederholt wird: die Forderung nach einem umfassenden Strafvollzugskonzept. Neue Gründe für das erneute Stellen des Antrages sind nicht vorgetragen, sodass der Bedarf immer noch nicht ersichtlich ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von der Linksfraktion! Seit einiger Zeit schon kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich Ihre Interpretation von Sachverhalten immer mehr von der Wirklichkeit entfernt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Burkhard Lenz, CDU)

Und damit meine ich nicht Ihre Rolle als Oppositionsfraktion, sondern Ihr völliges Ausblenden beziehungsweise Anerkennen von Realitäten.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Für den heutigen Antrag nehmen Sie einen 2,42-minütigen Fernsehbericht und würzen Ihre Schlussfolgerungen mit der Wiederholung eines alten, bereits am 25.01.2018 abgelehnten Antrages. Ich finde, es ist bedenklich, einen Antrag im Landtag ohne weitere Anhaltspunkte auf einen Fernsehbericht zu begründen, aber – bevor Sie vielleicht anfangen aufzuschreiben – ich weiß natürlich, das haben Sie auch gesagt, dass Sie in der JVA waren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, sehen Sie!)

und wen Sie sonst noch

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, sehen Sie! – Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

zu Wort kommen lassen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum kommt dann erst dieser unerträgliche Einlauf?)

Es gibt keine wie von Ihnen formuliert „nicht hinnehmbaren“ Zustände in der JVA Bützow,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Waren Sie da?)

die „schnellstmöglich abgestellt werden müssen“.

Ja, war ich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wann denn? Jetzt?)

Dennoch kann man

(Peter Ritter, DIE LINKE: Letzte Woche?)

immer auch etwas verbessern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vor 14 Tagen?)

Das Justizministerium hat mehrfach zu den Vorhaltungen Stellung genommen, zuletzt im Rechtsausschuss am 14. November 2018. Es gibt Protokolle und Frau Hoffmeister war auch eben sehr ausführlich. Auch vom Petitionsausschuss weiß ich, dass den Gefangenenanliegen nachgegangen wird,

(Beifall Christiane Berg, CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Mit welchen Ergebnissen?)

Und auch wir schauen uns in regelmäßigen Abständen das Geschehen in den JVA an.

Ich fasse mal für die CDU-Fraktion zusammen: Es gibt keine Verstöße gegen das Strafvollzugsgesetz in der JVA Bützow. Die Beamten in den Justizvollzugsanstalten leisten in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und verdienen Respekt. Sie arbeiten jeden Tag verantwortungsbewusst und engagiert. Und der Ankündigung im Radio heute Morgen, dass wir das Thema debattieren, war auch ein Hinweis zu entnehmen, dass sich die personelle Situation entspannen würde. Richtig ist, dass Anfang ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Also beziehen Sie sich auf
Radiomeldungen neuerdings.
Das ist ja interessant!)

Das wurde heute Morgen so vermeldet, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja! –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: Das haben
Sie uns doch gerade vorgeworfen.)

Richtig ist, dass,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

richtig ist, dass Anfang September 2018

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie müssen mal
überlegen, was Sie hier so von sich geben!
Uns werfen Sie das vor, dass wir auf
Medienberichte reagieren!)

19 Planstellen in Bützow nicht besetzt waren. Bis zum Jahresende

(Glocke der Vizepräsidentin)

wird dieser Zustand behoben sein. Das haben wir eben doch gerade gehört.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Kröger?

Maika Friemann-Jennert, CDU: In diesem Fall nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ich komme
nicht zu meiner Frage hier. –
Karsten Kolbe, DIE LINKE:
Oh, das ist ein heikles Thema!)

Sie haben ja noch Redezeit.

Meine Damen und Herren, gesetzlich vorgeschrieben ist täglich eine Stunde Aufschluss für jeden Gefangenen. Dieser vorgeschriebene Aufenthalt im Freien wurde für alle Gefangenen täglich abgesichert. Richtig ist, dass die Arbeit der Gefangenen in den Werkstätten auch einmal nicht durchgeführt werden kann, wenn der Werkstatteleiter beispielsweise erkrankt ist oder aus Sicherheitsgründen für das gesamte Gefängnis ein sogenannter Lockdown

angeordnet wird. Auch alle geplanten und anstehenden Entlassungsvorbereitungen wurden umgesetzt. Und wie bereits gesagt, werden die vakanten 19 Planstellen in Bützow wie vorgesehen durch die Versetzung von Mitarbeitern der JVA Neubrandenburg besetzt. Das ist teilweise bis zum 1. Oktober auch schon geschehen und wird zum Jahreswechsel 2018 abgeschlossen sein. Die Personalplanung im Zusammenhang mit der Schließung der JVA Neubrandenburg zum Jahreswechsel ist Teil des Organisationskonzepts „Justizvollzug 2020“. Dazu wurde auch ausgeführt.

Zudem erfolgte ein Wechsel der Gefangenen im Hinblick auf die Länge ihrer Strafen, da die JVA Bützow nun mal wieder für die Gefangenen mit Haftstrafen von über drei Jahren zuständig ist. Auch an diese Umstellung mussten sich die Justizvollzugsbeamten und die Häftlinge gewöhnen und die neuen Strukturen festigen.

Und auch das will ich nicht verschweigen: Ein bekanntes Problem ist der hohe Krankenstand unter den Justizvollzugsbeamten. Ein Anstieg psychischer Erkrankungen ist zu verzeichnen. Die eingeleiteten Maßnahmen hat die Justizministerin eben schon dargestellt. Zu danken ist hier den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten, die die Aufgaben ihrer erkrankten Kollegen übernehmen. In der JVA Bützow kümmern sich derzeit zehn Sozialarbeiter um die Belange der Gefangenen und führen mit zwei Suchtberatern die Therapie- und Resozialisierungsmaßnahmen durch.

Fakt ist, die Unterbringung der Gefangenen in der JVA ist weder rechtswidrig noch menschenunwürdig. Die Sicherheit in der JVA Bützow war zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Alle gesetzlichen Vorschriften wurden eingehalten. Ich kann es auch noch mal wiederholen: Das Justizministerium hat die Personalsituation

(Peter Ritter, DIE LINKE: Im Griff!)

in all seinen Justizvollzugsanstalten im Blick und es gibt keinen Grund für Ihren erneuten Antrag. Wir werden ihn ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort die Abgeordnete Bernhardt.

(Andreas Butzki, SPD:
Wir ziehen den Antrag zurück!)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Vehemenz Sie Ihre Augen vor den Problemen im Justizvollzug verschließen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Christiane Berg, CDU)

Sie werfen uns Realitätsferne vor,

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Wer verschließt die Augen?)

Sie benennen die Probleme selber – hoher Krankenstand, Personalmangel –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hier sind keine Probleme, alles in Ordnung.)

ziehen aber keine Schlüsse daraus und stellen hier alles dar,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht.)

es ist alles rosarot, wie immer bei Ihnen.

(Heiterkeit bei Maika Friemann-Jennert, CDU: Legen Sie es sich doch nicht immer so hin, wie Sie es gerne brauchen!)

Deshalb, ich würde auf einige Argumente eingehen, auf Sie auch, Frau Friemann-Jennert. Warten Sie, Sie haben auch noch Rederecht, dann können Sie ja nachher noch vorgehen, worauf Sie ja auch meine Kollegin Frau Kröger verwiesen haben,

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Mal sehen, vielleicht erzähle ich auch noch was vom Weihnachtsmann nachher.)

Frau Friemann-Jennert. Ich freue mich auf Weihnachten sehr wohl.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat sie doch nicht vorbereitet.)

Zur Justizministerin: Sie warf mir vor, das Bild, das wir an die Wand malen, entspricht nicht der Realität.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es.)

Frau Justizministerin, jetzt müssen Sie sich eine Gegenfrage gefallen lassen, die Ihnen auch meine Kollegin Eva-Maria Kröger gestellt hätte: Die zahlreichen Petitionen, die auch in der Vergangenheit und gerade in jüngster Vergangenheit zunehmen, zu den Zuständen in den JVA's, wo das Justizministerium in offiziellen Stellungnahmen selber sagt, es ist Personalmangel und auch Einschusszeiten, hohe Einschusszeiten, kommen vor wegen des Personalmangels in den Justizvollzugsanstalten, wo Sie das sozusagen zugeben, kennen Sie diese? Und warum leugnen Sie diese hier?

(Die Abgeordnete Maika Friemann-Jennert bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Frau Friemann-Jennert, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete!

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: ... an Sie die Frage ebenfalls ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, einen Moment! Gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nein.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sie hat die Frage ja nicht zugelassen.)

Nein.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, so fühlt man sich dann.)

Nein, Sie haben noch Rederecht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Kennen wir sehr gut. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

An Frau Friemann-Jennert – deshalb kann sie dann ihr Rederecht auch wahrnehmen – würde ich gerne ebenfalls diese Frage stellen. Sie sind Mitglied des Petitionsausschusses, Sie kennen diese Petitionen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?)

Nehmen Sie diese wahr? Ignorieren Sie die?

(Zurufe von Maika Friemann-Jennert, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Oder warum kommen Sie dann heute zu der Einstellung, wenn das Justizministerium selber sagt,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Mann, Mann, Mann! – Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

ja, wir haben hier einen Personalmangel, dass Sie sich hier vorne hinstellen und etwas anderes behaupten, Frau Friemann-Jennert?

(Karsten Kolbe, DIE LINKE: Das ist unredlich!)

Das ist unredlich!

Und was noch unredlicher ist, finde ich,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

am 08.11. – weil Sie ja sagen, kennen Sie die Realität nicht –, doch, wir kennen die Realität, Sie haben es mitbekommen, wir berufen uns eben nicht nur auf den offenen Brief, wir waren in der Justizvollzugsanstalt, wir waren zum Gewerkschaftstag, wir haben mit den Strafvollzugsbediensteten selber geredet. Ja, Herr da Cunha, Sie waren auch da, deshalb möchte ich an alle außer an Sie noch mal den Vorwurf machen. Sie werfen mir vor, realitätsfern zu sein, oder mir und meiner Fraktion, wir würden die Probleme nicht kennen oder Fakten nicht wahrnehmen wollen. Ich muss Sie mal zurückfragen: Wo waren Sie denn am Gewerkschaftstag der Strafvollzugsbediensteten in der JVA Bützow am 08.11., also vor wenigen Tagen, als diese gesamten Probleme auf den Tisch gepackt wurden?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hatte sie gerade keine Zeit!)

Und dann stellen Sie sich hier alle hin, CDU, BMV, AfD, und sagen, uns fehlt es an Realitätsnähe und ob wir die Probleme nicht kennen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ja, wir kennen die Probleme der Strafvollzugsbediensteten, Herr Förster. Ich habe Sie bei diesem Gewerkschaftstag nicht gesehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Komisch!

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Sie sollten wissen, dass wir von der
Gewerkschaft nicht eingeladen werden.)

Frau Justizministerin, Sie sprachen den Respekt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug aus. Meine Fraktion kann diesen Respekt, diese Respektzollung nur unterstützen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug leisten eine großartige Arbeit, um gerade die Bevölkerung in den Mauern, aber auch außerhalb der Mauern zu sichern, zu schützen, und dafür kann man ihnen gar nicht genug danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber wäre es dann nicht auch ein Zeichen des Respektes gewesen, wenn Sie bei diesem Gewerkschaftstag da gewesen wären? Wäre es nicht auch ein Zeichen des Respektes gewesen, wenn man ihre Sorgen ernst nehmen würde und nicht – so, wie es der Abteilungsleiter des Justizministeriums getan hat – ihre Sorgen abwehren und sagen würde, na suchen Sie sich doch einen Job in der freien Wirtschaft! Ich glaube nicht, dass das ein verantwortungsvoller und respektvoller Umgang ist mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie sagten des Weiteren, Sie machen schon wieder etwas Neues, Frau Bernhardt, warten Sie doch erst mal ab, was wir mit unserem Organisationskonzept durchführen wollen. Nun, zum einen, wir machen nicht schon wieder etwas Neues, sondern wir hatten im Januar 2018 das Thema Strafvollzug, Strafvollzugskonzept hier im Landtag behandelt – insofern ist es auch nicht richtig, dass wir uns dem Strafvollzug nicht widmen, sondern wir tun das sehr wohl, weil uns das wichtig ist – und in diesem Strafvollzugskonzept hatten wir unter anderem auch gefordert, die Mitarbeiterstärke in Betracht zu ziehen. Gerade, was jetzt auch aufkommt, diese Ungleichbehandlung zur Polizei, was Wechselschichtzulagen betrifft, was Beförderungssämter, was Einstiegsämter betrifft, gerade das muss doch auch mit in ein Strafvollzugskonzept, und deshalb halten wir nach wie vor daran fest, ein Strafvollzugskonzept, das die Interessen der Mitarbeiter berücksichtigt, auch vorzulegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Was mir in dem bisherigen Konzept völlig fehlt, ist, dass solche Dinge wie Sanierungsmaßnahmen

(Christiane Berg, CDU: Oh!)

in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten ...

Ja, Frau Berg, entschuldigen Sie, das muss ich einfach ansprechen.

In Bützow beispielsweise die Küche, da dauert die Sanierung anderthalb Jahre. Die Strafvollzugsbediensteten haben uns dargestellt, mit welchen Herausforderungen sie da zu kämpfen haben, mit Mehraufwand an Personal. Wird ihnen das zur Verfügung gestellt? Bützow ist nicht

die einzige Justizvollzugsanstalt, die saniert werden muss.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Ebenso verhält es sich bei der Justizvollzugsanstalt Stralsund. Und bei all dem muss man sich fragen, warum wurde zum jetzigen Zeitpunkt die Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg abgeschaltet,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

wenn doch gerade abzusehen ist, dass wir noch Bedarfe haben, dass Häftlinge nicht einfach so von heute auf morgen irgendwohin umziehen können.

(Horst Förster, AfD:
Das ist doch grober Unfug.)

Insofern sind wir der Meinung, dass ein Strafvollzugskonzept weiter gefasst werden müsste, und genau das hatten wir im Januar 2018 hier vorgebracht. Insofern ist es nicht schon wieder etwas Neues und wir fordern nicht schon wieder etwas Neues, sondern es ist konsequentes Handeln, was wir immer wieder vorbringen und was wir heute auch deutlich gemacht haben.

(Horst Förster, AfD: Es wird nicht
besser, es wird nur schlimmer noch.)

Herr Förster, das ist Ihre Meinung. Wenn ich Ihren Wortbeitrag vorhin gehört habe, dann war das wirklich stark an der Grenze des Ertragbaren, wenn Sie beispielsweise sagen, dass die Strafgefangenen nicht Ihre erste Priorität haben.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ja, aber so macht die AfD das.)

Dann muss ich Ihnen sagen, für unsere Fraktion steht der Mensch im Mittelpunkt,

(Horst Förster, AfD: Ist klar.)

und es ist mir egal, ob das ein Hartz-IV-Empfänger ist, ein Strafgefangener oder ein Arzt.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Wir haben uns um alle Bevölkerungsgruppen zu kümmern und machen keine Absichtungen,

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Das können Sie nicht nur für sich
verbuchen, Frau Bernhardt.)

um wen es sich hier handelt. Da haben wir halt ein völlig unterschiedliches Menschenbild, Herr Förster. Ich konnte Ihres noch nie nachvollziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Kommen wir noch mal zur JVA Bützow zurück, zu den einzelnen Vorhaltungen. Es ist also falsch, aus Ihrer Sicht, wenn aus dem Haus G berichtet wird, dass am 10., 11., 12. Oktober 23 Stunden Verschlusszeiten da waren. Grund hierfür ist – und das wird im Gespräch mit den Mitarbeitern einfach deutlich und auch aus den Akten des Petitionsausschusses, aus den vergangenen Akten, aus

den abgeschlossen –, dass es hier teilweise um Personalmangel geht. Sie haben es in Ihren Redebeiträgen auch teilweise bestätigt und dann verstehe ich nicht, warum Sie die Konsequenzen nicht ziehen und beispielsweise wir nicht im Nachtragshaushalt dazu kommen, hier entsprechend aufzustocken. Alleine, wenn man sich die Krankentage in der Justizvollzugsanstalt Bützow anschaut mit 40 Tagen pro Mitarbeiter im Jahr, fehlen da pro Jahr fünf Mitarbeiter, allein in dieser Justizvollzugsanstalt. Wenn man das hochrechnet, hat uns insgesamt der Bund der Strafvollzugsbediensteten dargestellt, dass wir 50 bis 60 Mitarbeiter bräuchten.

Und da frage ich einfach, wo bleiben denn da die Konsequenzen? Wurde das entsprechend angemeldet im Nachtragshaushalt durch das Justizministerium? Das konnte uns Herr Jesse auf dem Gewerkschaftstag nicht beantworten. Ich hoffe, dass Sie bereiter dafür sind, den Nachtragshaushalt entsprechend aufzurüsten und hier für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzugsdienst für Verbesserungen zu sorgen. So weit von mir. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat ums Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Frau Bernhardt, also ich möchte hier erst mal zu einem Vorwurf, mit dem wir uns konfrontiert sehen, Stellung beziehen. Wir können doch nur mit Gewerkschaften reden, wenn wir auch eingeladen werden. Das war in dem Fall nicht der Fall. Das ist Punkt 1.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das haben wir ja nicht zu verantworten.)

Zweitens vertreten wir hier als Parlamentarier dieses Landes

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die Interessen des Volkes und nicht die Interessen einzelner Gewerkschaften. Natürlich gehören die zu den Berufsgruppen mit dazu – das ist ganz wichtig und man muss sich auch mit denen unterhalten –, aber es geht nicht nur um Gewerkschaften,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das hat auch keiner behauptet.)

das müssen wir an dieser Stelle auch mal ganz deutlich klarstellen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Strafgefangene gehören aber nicht dazu?! –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wir alle hier,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

die Vertreter des Volkes,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

sind bemüht darum, alle Probleme in diesem Land anzupacken, aber es gibt eben auch Prioritäten. Und Herr Förster ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Da habe ich gerade von Herrn Förster
gehört, dass es nicht Ihre
Gruppe ist, die Ihre Priorität ist.)

Ja, richtig. Das ist nicht die Priorität der AfD, völlig richtig.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Weil es bei Ihnen Menschen
erster und zweiter Klasse gibt.)

Da geht es um wichtige Projekte, wie Schulen, die saniert werden müssen, wie Straßen, die saniert werden müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das haben auch die letzten Debatten alle gezeigt.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie machen hier ein neues Fass auf. Natürlich schätzen wir auch die Arbeit der Bediensteten der JVA und es ist auch mein Grundsatz, dass innere Sicherheit nicht vor den Gefängnismauern aufhört, ganz klarer Fall, aber Sie vermischen hier wieder verschiedene Sachverhalte,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was denn?)

wie Sie das so oft tun,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was denn? Machen Sie mal
ein Beispiel!)

ohne irgendwo mal zu benennen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Machen Sie mal ein Beispiel,
Herr Kramer!)

wie das finanziert werden soll. Das hat der Kollege Renz, ich meine, in der letzten Debatte, auch ganz klassisch dargestellt. Wenn die Regierungskoalition die Messlatte auf drei Meter legt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Machen Sie mal ein Beispiel!)

dann kommt die Linksfraktion und will sie auf sechs Meter haben,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Hier bei dem Beispiel!)

ohne mit einem Wort zu benennen, wie das finanziert werden soll.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Die Justizvollzugsanstalt Bützow!)

Das ist das eine.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Und das andere ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie würden Sie denn so was finanzieren?)

was ich dazu an dieser Stelle auch sagen möchte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah, einsparen bei den Flüchtlingen, richtig!)

Personalpolitik, vernünftige Personalpolitik – und die kennen wir von der Linksfraktion nun wahrlich nicht, weder in Regierungsbeteiligung seinerzeit noch jetzt in der Opposition –, beschränkt sich eben nicht nur auf einen dünnen Zeitstrahl von zwei oder drei Monaten, wo ich mal einen erhöhten Krankenstand habe. Vernünftige Personalpolitik, die muss ich über einen längeren Zeitstrahl ausdehnen und prüfen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Der besteht seit zehn Jahren, der hohe Krankenstand bei der JVA Bützow.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Oder was wurde da getan? Also besser informieren, Herr Kramer! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2743.

(Unruhe bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Frau Bernhardt, ich bitte Sie, wir sind in der Abstimmung!

Wer dem Antrag auf Drucksache 7/2743 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2743 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung aller weiteren Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – 100 Jahre Frauenwahlrecht – Gleichstellung als Verfassungsauftrag umsetzen, auf Drucksache 7/2808.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
100 Jahre Frauenwahlrecht – Gleichstellung
als Verfassungsauftrag umsetzen
– Drucksache 7/2808 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Ritter.

(Torsten Renz, CDU: Das hatten wir doch diese Woche schon, ne?! – Dr. Ralph Weber, AfD: Das könnten wir von zwei Dritteln der Anträge der LINKEN dieses Mal sagen. – Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Ja, weil es wichtig ist!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie noch wesentliche Beiträge zum Thema? Dann würde ich mich freuen, denn es ist in der Tat so, der Kreis schließt sich. Wir haben am Montag unter der Überschrift „100 Jahre Frauenwahlrecht“ – am Mittwoch, Entschuldigung – dieses Thema schon mal angerissen. Wir haben trefflich darüber gesprochen.

(Torsten Renz, CDU: Ja, nicht alle! Manche haben nichts gesagt.)

Und jetzt, lieber Kollege Renz und sehr geehrter Herr Professor Dr. Weber,

(Torsten Renz, CDU: Manche haben ja nichts gesagt.)

haben Sie die Möglichkeit, nicht nur zu reden, sondern zu handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Jahr feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht und ich wähle diesen Einstieg, weil ich am Mittwoch angekündigt habe, dass ich mich heute ausführlich zu diesem Thema äußern werde.

(Torsten Renz, CDU: Da hat sich das Kommen ja schon gelohnt.)

Ein wahrer Erfolg: Der 12. November 1918 ging in die Geschichte ein als der Tag der Verkündung des Frauenwahlrechts durch den Rat der Volksbeauftragten. Am 30. November 1918 wurde das Frauenwahlrecht rechtsgültig, das Reichstagswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht von Frauen trat in Kraft. Frauen konnten nach langem und erbittertem Kampf bei Wahlen endlich ihre Stimme abgeben und sich auch selbst wählen lassen.

Am 19. Januar 1919 gingen 82 Prozent der Frauen in Deutschland zur Wahl der Deutschen Nationalversammlung. 37 Frauen zogen ins Parlament ein – eine Quote von 9 Prozent. Leider sank der Frauenanteil in der Nationalversammlung danach wieder und lag zu Zeiten der Weimarer Republik zwischen 5 und 8 Prozent. Im Nationalsozialismus gab es keine einzige Frau im Parlament. Ab 1949 stieg der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag allmählich an, die 9 Prozent wurden erst wieder 1983 bei der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag erreicht. Heute, im 19. Deutschen Bundestag, stehen wir bei knapp 31 Prozent. Das ist so wenig wie vor 20 Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Heute, 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, sind Frauen immer noch nicht gleichberechtigt in der Politik vertreten. Seit Errungenschaft des Frauenwahlrechts ging der Fortschritt der Gleichberechtigung im Schnecken tempo voran. Nach jahrelanger Stagnation sind nun sogar wieder deutliche Rückschritte zu verzeichnen. Nicht einmal jedes dritte Parlamentsmitglied ist

weiblich. Diese rückschrittliche Entwicklung lässt sich leider auch in den Landesparlamenten nachvollziehen. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern weist mit nur 25 Prozent neben dem Landtag von Baden-Württemberg den geringsten Frauenanteil Deutschlands in einem Landesparlament auf.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Auweia!)

Es gibt also noch viel zu tun, um die Metapher von Mittwoch aufzugreifen. Ein großes Problem stellt auch die Kommunalpolitik dar. Nur jedes zehnte Rathaus wird von einer Bürgermeisterin geführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, große Jubiläen sind dazu da, um Errungenschaften zu feiern – das haben wir am Mittwoch ausgiebig getan –, aber auch, um an die zukünftigen Ziele zu erinnern. Da sah es am Mittwoch eher dünner aus.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Unser Ziel soll die Parität, die tatsächlich gleichberechtigte politische Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner sein. Wie weit entfernt dieses Ziel jedoch liegt, hängt vor allem mit dem Wahlsystem, den jeweiligen politischen Ebenen, aber auch mit den Parteien und ihren Satzungen zusammen. Hier haben Sie es selbst in der Hand, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, zum Beispiel in Ihren Landesverbänden ein konkretes Instrument zu erreichen, um mehr Frauen in die Kommunalvertretungen zu entsenden.

(Rainer Albrecht, SPD: Machen wir auch.)

Machen Sie davon Gebrauch, ansonsten können Sie hier vorn erzählen, was Sie wollen, das wird Ihnen keiner mehr ernsthaft glauben!

(Dr. Ralph Weber, AfD: So ein Quatsch!)

Ein weiteres Problem und eben kein Quatsch, Herr Professor Dr. Weber, ist, dass die Aufstiegschancen von Frauen im Vergleich zu denen der Männer wesentlich erschwert sind. Das hängt immer noch mit vielen gesellschaftlichen Faktoren zusammen. Frauen wird auch noch heute in vielen Punkten weniger zugetraut als Männern – der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion ist da ein beredtes Beispiel –, vor allem, wenn es um die Gewährung von Aufstiegsmöglichkeiten geht, um die entsprechende Förderung durch gezielte Fort- und Weiterbildung und letztlich die Vergabe von Posten geht.

Nach wie vor bestehende patriarchalische Strukturen und Männerklüngel, in denen wir Herren der Schöpfung uns gegenseitig unterstützen und pushen, Frauen aber in den entscheidenden Momenten außen vor lassen und ihnen Chancen verwehrt werden, sind ein Grund, warum es nicht vorangeht. Auf diese Weise verfestigen sich die Benachteiligungen weiter.

(Torsten Renz, CDU: Dafür ist mir die Lebenszeit zu schade.)

Auch gesellschaftlich ...

Nein, das ist keine Lebenszeit, die zu schade ist,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

lieber Kollege Renz.

(Torsten Renz, CDU:
Sie machen eine Pauschalisierung,
das ist nicht auszuhalten.)

Das ist ein ...

Ja, da müssen Sie schon durch, das müssen Sie aushalten,

(Torsten Renz, CDU: Sprechen
Sie für sich oder für die Kollegen?)

weil das die Realitäten in diesem Land sind.

Auch gesellschaftlich werden Frauen eher dazu veranlasst,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Der gesellschaftliche Zustand ist Fakt.)

im Falle der Familienverantwortung beruflich kürzerzutreten. Frauen, die später,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Frauen, die spät oder nie ein Kind bekommen, werden stigmatisiert, da sie einer ihnen oktroyierten Pflicht, wie sie ja auch die Herren hier im Hohen Haus betonen, angeblich nicht nachkommen. Und Mütter, die viel arbeiten,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe noch
nie die Pflicht angesprochen, noch nie.)

und Mütter, die viel arbeiten, gelten als schlechte Mütter, die ihre Kinder vernachlässigen.

Frauen tragen auch im 21. Jahrhundert noch immer in zweifacher Weise zur gesellschaftlichen Reproduktion bei – durch Familienarbeit und durch marktvermittelte Arbeit. Dennoch sind die Strukturen so aufgebaut, dass Frauen bei all dem, was sie wuppen, dann noch den Kürzeren ziehen müssen. Die doppelte Vergesellschaftung der Frau wird oft unter den Tisch gekehrt und muss durch gute Strukturen und Rahmenbedingungen, Wertschätzung und eben die Gleichstellung der Geschlechter entschärft werden.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nee,
Aufwertung des Berufs Mutter.)

Diese Systematik muss durchbrochen werden. Konkrete Ansätze finden Sie dazu in unserem Antrag, falls Sie ihn gelesen haben, Herr Professor Dr. Weber.

Es ist nicht zu erkennen, dass die Landesregierung Gleichstellung tatsächlich voranbringen will. Die Umstrukturierung auf ministerieller Ebene weg von der Parlamentarischen Staatssekretärin hin zu einer Leitstelle im Sozialministerium hat die Gleichstellung im Land vor Jahren weiter geschwächt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

In Ziffer 327 des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU heißt es, ich zitiere: „Die Koalitionspartner werden

die in der Landesverfassung festgeschriebene Gleichstellung von Frauen und Männern mit geeigneten Maßnahmen weiter vorantreiben und stärken.“ Zitatende. Aber um welche geeigneten Maßnahmen es sich bei der Landesregierung handelt, ist mir noch nicht ganz klar geworden.

(Ministerin Stefanie Drese:
Das klären wir gleich.)

Deshalb fordern wir nach nunmehr zwei Jahren in der 7. Wahlperiode, also quasi zur Halbzeit, dass die Landesregierung einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan vorlegt. Wir wollen sehen, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag umsetzen wollen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gleichstellung in diesen Zeiten auf Sparflamme läuft. Das ist nicht zu verantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Punkt 2 – das ist eine Wiederholung –, Punkt 2 ist das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm, das wir seit Jahren fordern. Klingt etwas hölzern, ist aber mit viel Leben unterfüttert, denn es plant die Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit und die Rahmenbedingungen für eine Vielfalt verschiedenster Lebensmodelle in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Damit kann die Landespolitik in die Gesellschaft hineinwirken und Gleichstellung wirklich voranbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten Jahren sind Kommunal- und Europawahlen. In diesen bewegten Zeiten stellen sich mitunter Weichen in ungewollter Weise neu. Ein wesentlicher Baustein für mehr Demokratie ist, dass Frauen verstärkt für die kommunalen Vertretungen gewonnen werden. In Ziffer 334 des Koalitionsvertrages steht, ich zitiere wieder: „Die Koalitionspartner wollen mehr Menschen, insbesondere Frauen, für ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement gewinnen. Die politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen sind hierfür ein wichtiger Partner und Impulsgeber.“ Zitatende.

Ich weiß nicht, ob die Koalitionspartner mit den politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen alle politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen gemeint haben oder nur ihre eigenen. In unserer kommunalpolitischen Vereinigung und der uns nahestehenden politischen Stiftung sind jedenfalls noch keine Erkenntnisse, Initiativen oder Ähnliches angekommen, aus denen man schließen kann, wie die Koalition plant, diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung umzusetzen. Also was ist dahin gehend passiert? Welche Grundlage haben Sie für die Wahlen im nächsten Jahr gelegt? Dazu möchte ich gleich etwas von Ihnen hören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Benachteiligung von Frauen in den Vertretungen auf kommunaler und auf Landesebene müssen ein Ende haben. Ursachen hinsichtlich sozioökonomischer Faktoren, institutioneller Rahmenbedingungen, vor allen Dingen auch der politischen Kultur müssen überwunden werden. Eine Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Mecklenburg-Vorpommern ist die rechtliche Grundlage für die Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalvertretungen sowie im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ziel ist die geschlechterparitätische Besetzung aller demokratischen Vertretungen.

Kommen wir zum Gender Budgeting. Das Wort jagt Ihnen die Nackenhaare hoch.

(Horst Förster, AfD: Richtig! Genau!)

Ich weiß das aus vielen Diskussionen der letzten Jahre. Ich weiß, Sie haben es ja auch gekonnt vermieden, dieses Thema in den vergangenen Jahren zu setzen, trotz EU-Richtlinie, trotz der Gleichstellung in der Landesverfassung, trotz der Verständigung auf die gleichstellungspolitische Strategie Gender-Mainstreaming im Land und dem Gender Budgeting als Instrument zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit über die öffentlichen Haushalte. Was in Bundesländern wie Hamburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und in Berlin und dort schon seit 15 Jahren praktiziert wird, ist hierzulande noch Zukunftsmusik. Als hätte die Landesregierung Angst davor, sich die Finger zu verbrennen. Erfahrungen aus den Bundesländern und eine Machbarkeitsstudie auf Bundesebene zur Umsetzung von Gender Budgeting liegen vor, eine Einführung zum Beispiel zunächst anhand einzelner Titel im Landeshaushalt.

Es gibt noch viel zu tun, hieß es am Mittwoch. Das liegt auf der Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit wir das gemeinsam untermauern, bitte ich um namentliche Abstimmung und Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Frau Drese, Sie haben das Wort.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 12. November 1918 wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland gesetzlich verankert. Zitat: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“, hieß es in der Weimarer Verfassung. Der 12. November 1918 gilt somit als die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts und Beginn der parlamentarischen Demokratie. Im Januar 1919 fand dann erstmalig die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung unter Beteiligung von Frauen als Wählerinnen und Gewählte statt. Es kandidierten 300 Frauen, wovon 37 weibliche Abgeordnete ins Parlament einzogen. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei stolzen 82 Prozent.

Nun feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Deutschland würdigt unsere Gesellschaft in Veranstaltungen, in den Medien und in der Politik die wichtigen Errungenschaften der Frauen. Auch wir haben im März dieses Jahres anlässlich des Internationalen Frauentages gemeinsam mit 200 Gästen hier im Plenarsaal gefeiert. Das Festprogramm demonstrierte sehr anschaulich, welches hohe Gut, welches demokratische Ziel mit dem Wahlrecht für Frauen hart erkämpft worden ist. Dieses allgemeine und gleiche Wahlrecht und der Zugang zu Bildung

sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Bereits am Mittwoch in der Aktuellen Stunde hat die Ministerpräsidentin die Fortschritte bei der Gleichstellung hervorgehoben und sie hat völlig zu Recht auf die Verdienste von uns Ostdeutschen hingewiesen. Vieles, was bei uns normal ist in Sachen Gleichstellung und Rahmenbedingungen, muss im Westen erst mühsam aufgebaut werden. Parallel dazu gibt es noch einiges zu tun, gerade bei den Themen „Frauen in Führungspositionen“, „gleiche Löhne“ und „Frauen in der Politik“.

Sehr geehrte Damen und Herren, der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion hat sowohl am Mittwoch als auch jetzt gerade einen ziemlich männlichen Auftritt hingelegt. Das kam sehr von oben herab.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Da war viel Selbstgewissheit und Selbstgefälligkeit dabei. Zum einen beklagt Herr Ritter in einer PI am Mittwoch, dass die SPD „100 Jahre Frauenwahlrecht“ zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht hat, obwohl es doch einen Antrag der LINKEN gibt. Ich sage Ihnen, Herr Ritter, ich finde es richtig und den mutigen Vorkämpferinnen wie Marie Juchacz angemessen, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Ich begrüße es ausdrücklich, Frauen auf Position eins zu setzen und nicht auf Freitagmittag zu vertrösten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das liegt ja nun nicht in meiner Hand, wann der Tagesordnungspunkt aufgesetzt wird. – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Zum anderen vermittelt Peter Ritter den Eindruck, die Landesregierung kündigt nur an, tue aber nichts

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach nee!)

für die weitere Gleichstellung für Frauen und Männern. Das ist falsch und ziemlich ignorant.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir alle wissen, die Gleichstellung von Frauen und Männern umzusetzen, ist das Bohren dicker Bretter. Einiges lässt sich gesetzlich festlegen, wie zum Beispiel Quoten oder gute Rahmenbedingungen, wie gut ausgebaute Kitas, anderes – und das dauert länger –, anderes muss wachsen in den Köpfen von Frauen und Männern. Meine Erfahrungen zeigen, dass es die Möglichkeit geben muss, mit den Menschen darüber zu reden, was zum Beispiel gezielte Frauenförderung in ihrem konkreten Arbeitsfeld, in ihrem Lebensumfeld bedeutet. Es muss sich auch ein Selbstverständnis vieler Frauen bei diesem Thema entwickeln, denn Frauen sind oft viel selbstkritischer, haben Zweifel, ob sie Familie und berufliche Karriere in Einklang bringen können. Frauen brauchen Vorbilder und nehmen Hilfen und Begleitung oft sehr viel offener an als viele Männer.

Genau hier setzen wir mit Maßnahmen und Programmen an. Wir handeln in der Landesregierung und natürlich vor allem im Gleichstellungsministerium, Herr Ritter. Begleitend berichten wir darüber und entwickeln ab und an auch mal eine gute öffentlichkeitswirksame Idee wie die „Frau des Jahres“.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, „Frau des Jahres“!)

So ist die Reihenfolge bei uns, wir handeln und wir bringen das Thema Gleichberechtigung in vielen Facetten in die Öffentlichkeit. Das ist nämlich auch sehr wichtig.

Ich bin überzeugt, mit den von uns entwickelten Instrumenten, die ressortübergreifend angelegt sind und die die Wirtschafts- und Sozialpartner einbeziehen, sind wir auf dem richtigen Weg. So ist es uns gelungen, Gleichstellung als Querschnittsziel in allen drei Fonds des Operationellen Programms nicht nur zu verankern, sondern auch mit entsprechender Expertise und Frauenpower auszustatten. Entsprechende Ressourcen stehen dem Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e. V. sowohl für den Europäischen Sozialfonds, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung als auch im Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum zur Verfügung. Diese Fachstellen des Landesfrauenrates begleiten die Umsetzung von Gleichstellungsaspekten in der Durchführung der Projekte und Programme, welche aus den Fonds gefördert werden.

Fragen Sie mal bei Ihrer Parteivorsitzenden Frau Brüdgam nach, was da alles passiert, Herr Ritter! Wir haben mit dem Landeszentrum für Gleichstellung und Vereinbarkeit ein Kompetenzzentrum geschaffen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es wird Ihnen nicht gelingen, uns gegeneinander auszuspielen, Frau Ministerin. Der Antrag ist eng mit Frau Brüdgam abgestimmt.)

das es sich zur Aufgabe macht, die Rahmenbedingungen für Frauen und Männer in Zusammenhang mit den speziellen Förderungen zu analysieren und geeignete Instrumente und Methoden zu entwickeln, um Gleichstellung als Querschnittsziel erfolgreich und über alle relevanten Themenfelder hinweg umzusetzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landeszentrums führen Gender Coachings durch und erstellen Handreichungen, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben in den Förderbereichen berücksichtigt werden kann.

Die Fondsverwaltung des ESF und die Leitstelle für Frauen und Gleichstellung werden darüber hinaus durch eine Steuerungsgruppe Gleichstellung von Frauen und Männern im ESF unterstützt. In dieser Steuerungsgruppe sind neben dem Landeszentrum für Gleichstellung und Vereinbarkeit auch die Wirtschafts- und Sozialpartner vertreten. Diese Steuerungsgruppe berät als Expertengremium in der Frage der Umsetzung als Querschnittsziel. Wir fördern im Rahmen der spezifischen ESF-Gleichstellungsförderung drei Mentoring-Programme, die auf eine spürbare Erhöhung des Frauenanteils an Führungspositionen zielen. Auch das ist eher ein Langstreckenlauf als ein Sprint, aber die Mentoring-Programme zahlen sich aus und bewirken etwas. Viele junge Frauen haben mittlerweile ein ganz anderes Selbstverständnis.

Da sind das KarriereStartMentoring, welches von 2016 bis 2018 150 Absolventinnen der drei Hochschulen des Landes, also Neubrandenburg, Wismar und Stralsund, auf ihrem Weg in Richtung Führungsfrauen von morgen unterstützte, das KarriereWegeMentoring Wissenschaft, welches in der vergangenen Woche feierlich in Greifswald beendet wurde, mit 150 jungen Wissenschaftlerinnen,

sowie das Wirtschafts-Mentoring „Aufstieg in Unternehmen“, an dem sich seit Beginn des Jahres 2018 100 junge Mentees, also Frauen aus der Wirtschaft, für anderthalb Jahre beteiligen. Das sind gute Ergebnisse und jährlich melden sich mehr und mehr Frauen für diese Programme an. Diese Programme verändern das Bewusstsein sowohl von den Mentees als auch von den Mentoren.

Schauen wir doch zum Beispiel mal auf die Liste der Unternehmen, die sich am landesweiten Mentoring-Programm „Zukunft durch Aufstieg“ beteiligt haben: AIDA Cruises, alpincenter Wittenburg, Universitätsmedizin Greifswald, Klinikum Südstadt Rostock, Nordex, Liebherr, Staatstheater Schwerin, Sparkasse Neustrelitz, Nordwasser und die „Ostsee-Zeitung“ sind nur einige Beispiele. Und aus der Evaluation der Doktorandinnen-Gruppen im Wissenschaftsbereich wissen wir etwa, dass 93 Prozent der Mentees die Zusammenarbeit mit ihrem Mentor auch nach Programmende fortsetzen. 89 Prozent der Mentees führen Karriereschritte auf ihre Teilnahme am Mentoring zurück und viele betonen, dass sie ihr gesamtes Leben von den Erfahrungen und Kontakten profitieren.

Und Sie, Herr Ritter, stellen sich hin und sagen, die reden nur und tun es nicht!

Da ich gerade in Fahrt bin, möchte ich noch einen anderen Themenbereich benennen: der Kampf gegen häusliche und sexualisierte Gewalt an Frauen und Kindern. Wir haben in dieser Woche erschreckende Zahlen gehört und ich stehe dazu, dass ich die gesamte Gesellschaft auffordere, hinzusehen, Opfern zu helfen und vor allem das Thema „häusliche Gewalt“ aus der Tabuzone zu holen. Auch hier lautet der Vorwurf aus der Linksfraktion, da wird nur geredet und nicht gehandelt. Auch das ist schlicht falsch. In diesem Jahr ist der Landeszuschuss für die personelle Ausstattung der Frauenhäuser um 20 Prozent jährlich gestiegen. 20 Prozent, aber wir machen ja nichts!

Mit der Erhöhung der Stellenanteile wird der Betrieb aller Frauenhäuser in unserem Land an 24 Stunden am Tag und 365 Tagen im Jahr gewährleistet. Hinzu kommen zusätzliche Mittel meines Ministeriums an die freien Träger von Einrichtungen des Beratungs- und Hilfenetzes bei häuslicher und sexualisierter Gewalt. Die Zuschüsse des Landes für die Personalkosten steigen 2018 und 2019 um jeweils 2,3 Prozent. Ich weiß, nach jahrelanger Stagnation kann das erst ein Anfang sein. Die Kommunen und auch die freien Träger als Arbeitgeber müssen mitziehen. Ich lasse mir bei dem Thema aber nicht vorwerfen, die Drese tut nichts! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerin, danke für Ihre Rede, aber ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, die Fraktionen haben keinen Einfluss auf die Reihenfolge der Tagesordnung. Insofern ist das also nicht die Schuld der Linksfraktion, dass das heute zum Schluss auf der Tagesordnung steht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, kann man doch einfach mal so behaupten.)

Aber das war nur ein Hinweis.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Förster.

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „100 Jahre Frauenwahlrecht“, Gleichberechtigung und die Gleichstellung – das ist heute unser Thema. Es war ein langer Weg bis zur Gleichberechtigung der Frau und dem Frauenwahlrecht. Aber keiner fragt so recht nach dem Warum. Wenn wir die Gleichberechtigung als völlig normal und selbstverständlich ansehen und wenn das richtig ist, warum dann erst jetzt beziehungsweise erst vor 100 Jahren? Ich denke, die Antwort finden wir in der Bibel. Und jetzt hören Sie bitte zu!

(Tilo Gundlack, SPD:
Ach du Schreck!)

Ich erinnere an die Schöpfungsgeschichte, in der zu lesen steht, dass Gott der Herr ein Weib baute aus der Rippe des Mannes und zum Weibe sagte, dass sie mit Schmerzen gebären solle und der Mann solle ihr Herr sein. Damit war die Hierarchie zwischen Mann und der aus seiner Rippe geschaffenen Frau eindeutig festgelegt. Auch Martin Luther war der Auffassung, dass die Rollen der Geschlechter und Hierarchie der Geschlechter von Gott gegeben seien. Die Aufgabe der Frau liegt darin, dass diese die Kinder aufzieht und sie im rechten Glauben erzieht. Der Mann bleibt das Familienoberhaupt und die Frau hat sich ihm unterzuordnen. Luther sieht in dem Satz „Seid fruchtbar und mehret euch“ die zentrale Aussage Gottes über die Geschlechter. Die wesentliche Aufgabe der Frau ist es danach, Kinder zu bekommen.

(Jochen Schulte, SPD:
Aber Martin Luther ist tot.)

Das ...

Genau! Genau! Sie sollten zuhören!

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das bis in die Neuzeit vorherrschende Frauenbild findet somit seine Erklärung und Rechtfertigung in unserer jüdisch-christlich geprägten Weltanschauung.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Dass sich dieser in einem für das gesellschaftliche Leben so zentrale Punkt der Gleichberechtigung nicht von heute auf morgen auflösen ließ, liegt auf der Hand. Ich denke, es ist notwendig, diesen Hintergrund aufzuhellen, weil so gesehen die Gleichberechtigung eben keine Selbstverständlichkeit, sondern eher ein revolutionärer Akt war, der zudem durch eine fortschreitende Brüchigkeit des Glaubens begünstigt wurde, wahrscheinlich sogar ohne diesen Prozess nicht denkbar gewesen wäre.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,
und Jochen Schulte, SPD)

An dieser Stelle ein Blick zur Seite, der notwendig ist: Im Islam gibt es bis heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, anders als im Christentum keine historische Auslegung des Koran. Was dort zur Stellung der Frau geschrieben steht, ist wörtlich zu nehmen und gilt als das Wort Gottes – auch heute. Fragen wir uns also, wie realistisch es ist, Muslimen ein Frauenbild zu vermitteln, wozu wir Jahrhunderte gebraucht haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Unser überwundenes Weltbild beinhaltet eine gottgewollte Hierarchie und eine klare Arbeitsteilung für das familiäre und gesellschaftliche Leben und war damit äußerst praktikabel, solange die Hierarchie nicht angegriffen wurde. Für eine aufgeklärte demokratische Gesellschaft ist sie jedoch kein akzeptables Modell, weil sie auf ungleicher Wertigkeit beruht und damit elementar ungerecht ist.

(Jochen Schulte, SPD: Haben Sie das mit Ihren Fraktionskolleginnen auch mal abgesprochen? Ach nee, Sie haben ja keine.)

Mit dem Siegeszug der Gleichberechtigung und der Forderung nach Gleichstellung haben sich allerdings ganz neue Fragen ergeben: Wie stehen Gleichberechtigung und Gleichstellung zueinander? Wenn wir eine Gleichstellung im gesellschaftlichen Leben wollen, ohne dass die Gesellschaft in eine kinderarme Gesellschaft abdriftet, dann stellt sich ganz unideologisch die Frage, wie das bei einer Mutterschaft, oder richtiger, mehrfacher Mutterschaft, funktionieren soll. Da gibt es viele Rezepte, die allerdings oft an den Realitäten scheitern.

Ein Patentrezept gibt es nur dann, wenn die Mutterschaft ausgeschaltet wird. Die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist nicht nur rechtlich, sondern auch im realen Leben umgesetzt. Mädchen und Jungen haben dieselben Rechte auf Ausbildung in Schule, Beruf und Hochschule. Mädchen sind sogar die besseren Schüler und erzielen bessere Noten. Wenn bei einer Stellenbesetzung das Gebot der Bestenauslese verletzt und eine Frau wegen ihres Geschlechts benachteiligt wird, dann kann sie dagegen klagen, genauso wie umgekehrt ein Mann.

Die Leitthese im Antrag der LINKEN lautet: Eine vollständige gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen wird bis heute nicht erreicht. Das ist ein gewagter Satz und er ist falsch, denn er unterstellt, dass die Gleichberechtigung erst mit der vollständigen numerischen Gleichstellung verwirklicht ist. Eine totale Gleichstellung wird es aber aufgrund der biologischen Verschiedenheit von Mann und Frau nie geben. Und sie ist auch nicht erstrebenswert, weil sie diese Verschiedenheit nicht wahrhaben will, nicht respektiert und den Menschen stattdessen eine soziale Geschlechterrolle aufdrücken will.

Die vollständige Gleichstellung ist entgegen der Antragsbegründung nicht in der Verfassung festgeschrieben. Das Grundgesetz verhält sich nur zur Gleichberechtigung und die ist nicht dasselbe wie Gleichstellung. Die Gleichberechtigung gebietet, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Der Gleichheitsgrundsatz verbietet Willkür und gebietet Differenzierung. Deshalb gibt es Schutzbestimmungen, die explizit nur für Frauen gelten. Die totale Gleichstellung widerspricht der Gleichberechtigung.

Die Landesverfassung spricht von der Förderung der tatsächlichen Gleichstellung. Das lässt Interpretationen zu und ist jedenfalls kein Gebot einer paritätischen Gleichstellung auf allen Gebieten. Wann, liebe Kolleginnen und Kollegen, begreifen Sie endlich, dass Frauen und Männer unterschiedlich sind, dass sie unterschiedliche Interessen haben, dass ihnen nicht dieselben Dinge wichtig sind, dass sie die Prioritäten unterschiedlich setzen und vor allem, dass Frauen und nur Frauen Kinder bekommen und dass dies unterschiedliche Vorstellungen

davon, wie ich mein Leben gestalte, wie ich Familie und Beruf in Einklang bringe und was mir letztlich wichtiger ist, nach sich zieht?

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Geschlechtergerechtigkeit kann deshalb nicht bedeuten, dass eine möglichst umfassende Parität auf allen möglichen Gebieten hergestellt wird, weder bei den Kampfpiloten noch bei den Hebammen, noch bei den Krankenpflegern, noch bei den Behörden, noch in den Vorständen von Wirtschaftsunternehmen, noch in den Forschungslabors und auch nicht in den Parlamenten. Wichtig und unveräußerlich ist allein das Recht, dass der Weg einer Frau dorthin nicht wegen ihres Geschlechts versperrt ist. Gleichstellung soll sich entwickeln, wie die Frauen dies wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Genderideologen gehen von einem Frauenbild aus, bei dem die Vorstellungen aus der männlich geprägten Leistungsgesellschaft blind auf die Frauen übertragen werden. Es gibt aber Frauen, die in der Phase ihres Lebens, wo andere ihre Karriere aufbauen, Kinder bekommen und diese nicht nach einem Jahr in die Krippe geben wollen und selbst wenn sie dies tun, mit dem Spagat von Kindererziehung und Beruf so belastet sind, dass eine berufliche Karriere für sie nur schwer in Betracht kommt. Und es gibt Frauen, denen Familie oder Freizeit oder was auch immer ganz einfach wichtiger ist als ein Sitz im Aufsichtsrat oder in einem Parlament oder eine Schulleiterstelle.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Das kann jeder noch selbst entscheiden.)

Im Übrigen gilt das auch für Männer.

Das alles wollen die Genderideologen, die angeblich für Geschlechtergerechtigkeit kämpfen, nicht wahrhaben. Bei ihnen kommt das Wort „Mutter“ überhaupt nicht vor. Sie wollen den Menschen ihr verkramptes Weltbild aufzwingen und wollen sich nicht damit abfinden, dass eine jede Frau für sich selbst entscheiden kann, was für sie wichtig ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Elisabeth Aßmann, SPD: Dazu sollen sie aber auch die Möglichkeit haben.)

Ihnen fehlt es an Respekt und Wertschätzung gegenüber den Frauen, die sich anders entscheiden, als Sie es sich mit Ihrem Quotendenken wünschen.

Wie verquer und lebensfremd das Weltbild der LINKEN ist, offenbart sich in der Forderung nach Einführung eines Gender Budgeting, also einem gendergerechten Haushaltsplan.

(Susann Wippermann, SPD: Die Rede habe ich schon mal gehört.)

Konkret würde dies wohl bedeuten, dass bei jeder Position gefragt würde, inwieweit hier Gleichstellungsziele erreicht werden können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben es fast erkannt.)

Bei der Förderung des Sports würde dann wahrscheinlich problematisiert, weshalb in den Sparten Boxen und Fußball mehr Jungen als Mädchen geführt würden.

(Tilo Gundlack, SPD: Das würde ich beim Boxen aber nicht so sehen.)

Die Bundesregierung sieht jedenfalls im Gender Budgeting kein geeignetes Instrument, um die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen. Da der Trend, uns immer mehr von der Normalität zu entfernen, bislang ungebrochen ist, kann sich das aber noch ändern.

Der Gleichstellungs- und in Konsequenz der Quotenwahn sowie die gendergerechte Sprache firmieren unter der Überschrift „Geschlechtergerechtigkeit“. Ihre Wurzeln sind nicht eine sich an den Bedürfnissen der Menschen orientierende Gerechtigkeit, sondern eine zwanghafte Gleichmacherei, der Machtanspruch von Beglückungs-ideologen, die sich anmaßen, den Menschen vorzugeben, wie sie ihre Sprache zu verhalten haben und was für Frauen wichtig zu sein hat.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie haben keinen Respekt vor Frauen, die in ihrer Mütterrolle mehr Erfüllung finden als im Beruf und die dafür Abstriche an ihrer Karriere bewusst in Kauf nehmen.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Wie angepasst und hochmütig muss man eigentlich sein, wenn man um einer Sprachideologie willen die eigene Muttersprache auf Krampf verändert und fernab der Alltagssprache nur noch in Doppelbezeichnungen oder in neuen, geschlechtsneutralen Wortschöpfungen redet und so den Mitbürgern vorgeben will, wie die politisch korrekte Sprache zu sein hat?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So etwas hat es vergleichbar nur in Diktaturen gegeben, wo obrigkeitshörige Grußformeln vorgeschrieben waren. Eine aktuell neue Sprachschöpfung ist übrigens „Radfahrende“, um die schwierige Frage, ob das Verkehrsschild mit der Aufschrift „Radfahrer“ auch für Radfahrerinnen gilt oder vielleicht doch eine Doppelbezeichnung geboten ist, zu umschiffen. Merkt eigentlich niemand, wie absurd dieses Theater ist?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und wer von diesen Sprachakteurinnen und Sprachakteuren hat je bedacht, dass er oder sie das Volk in seiner Sprache, dem Kern unserer Identität, spaltet? Hier die verwurschtelte Sprache der sich politisch korrekt Ausdrückenden samt ihren Vertreterinnen und Vertretern, dort der normale Bürger, der nach wie vor zum Bäcker oder zum Friseur geht und sich an den Handwerker wendet, wenn er ihn oder sie braucht. Der Antrag der LINKEN ist pure Ideologie und geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, wenn Sie es sagen, Herr Förster.)

Richtig ist allein, dass mehr und sehr viel mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan werden muss. Dafür bedarf es konkreter Maßnahmen, wozu sich der

Antrag nicht verhält. Der Antrag ist abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Oh je, oh je! –
Susann Wippermann, SPD:
Oh je, die Ewiggestrigen!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort die Abgeordnete Friemann-Jennert.

Ehe Frau Jennert hier ihr Wort nimmt, ehe Frau Jennert ihr Wort beginnt, möchte ich gern die Gelegenheit nutzen und neue Besucherinnen und Besucher begrüßen. Das sind, wenn ich richtig informiert bin, Lehrerinnen und Lehrer der Regionalen Schule Sanitz. Herzlich willkommen!

Frau Friemann-Jennert, Sie haben das Wort.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass wir nach 100 Jahren Frauenwahlrecht in vielen gesellschaftlichen Bereichen messbare Fortschritte gemacht haben.

Leider, Herr Förster, sehe ich Ihren Beitrag als absolut antiquiert an. Dem konnte ich wirklich gar nichts abgewinnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Karsten Kolbe, DIE LINKE –
Horst Förster, AfD: Dann
haben Sie ihn nicht verstanden.)

Das traditionelle Rollenverständnis in den jüngeren Generationen hat sich grundlegend gewandelt.

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist auch gut so. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Die Gleichberechtigung in der Partnerschaft junger Menschen wird als deutlich selbstverständlicher betrachtet.

(Horst Förster, AfD: Ja, natürlich.)

Erkennen müssen wir,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

dass es in einigen Ländern der Welt immer noch gravierende Unterschiede in der Gleichstellung von Frauen und Männern gibt, und das merken wir hier auch manchmal.

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Viele Frauen leben dort in patriarchalischen Verhältnissen und führen bis heute kein freies und selbstbestimmtes Leben.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ist klar.)

Und wenn wir hierher zurückschauen, mit Recht wird auch beklagt, dass der Frauenanteil in Parlamenten und Unternehmensspitzen weiterhin enttäuschend niedrig ist.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Dann schicken Sie doch nur noch
Frauen hin! Das steht Ihnen doch frei!)

Es wird wiederholt gefordert, eine Parität mit Mitteln des Wahlrechts zu erzwingen. Das Gleichstellungsgebot nach Artikel 3 Satz 2 des Grundgesetzes, wonach der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördert und bestehende Nachteile beseitigt, ist auf eine Steuerung demokratischer Wahlergebnisse nicht anwendbar.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

In einem System freier Wahlen kann es keine materielle Gerechtigkeit oder Erfolgsgarantie geben. Die Wahl der politischen Repräsentation ist immer eine Willkür des Wählenden. Ein wahlabhängiges Mandat ist kein Arbeitsverhältnis, über dessen Vergabe diskriminierungsfrei entschieden wird.

(Beifall Ann Christin von Allwörden, CDU)

Geschlechtergerechtigkeit lässt sich in der Demokratie nur über eine kluge Personalpolitik der Parteien erreichen. Jede Partei ist für ihre Attraktivität und Zukunftstauglichkeit selbst verantwortlich.

(Dr. Ralph Weber, AfD: In der Tat.)

Das gilt nicht nur für ausgewogene Geschlechterverhältnisse, sondern auch für die Einbindung von Migrantinnen und Migranten. Frauen können ihre Macht als Wählerinnen dafür einsetzen, einen höheren Anteil weiblicher Abgeordneter in Parlamenten zu erzwingen, indem sie Parteien wählen, die Parität nicht nur fordern, sondern auch praktizieren.

Natürlich gibt es strukturelle geschlechterspezifische Probleme. Statt einer starren Quote müssen aber unterschiedliche Lebensentwürfe stärker berücksichtigt werden. Wollen Frauen über eine Quote in das Parlament oder in die Unternehmensspitze? Nein, keine Frau will als Führungskraft eine Quotenfrau sein, sondern nach ihrer Qualifikation und nach ihrer Leistung beurteilt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU,
Jürgen Strohschein, AfD, und
Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Ja, das genieße ich jetzt mal, Herr Waldmüller.

Die Geschichte des Wahlrechts moderner Verfassungsstaaten ist die der Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten. Das Geschlecht ist nur eines von zahlreichen Kriterien, das eine Wahlentscheidung beeinflussen kann, und für die meisten Wahlberechtigten nicht einmal besonders wichtig. Vorlieben sind nicht feststehend. Früher hat etwa die Konfession bei der Wahl eine Rolle gespielt. Politische Lösungsangebote, Stimmungen, die Popularität einzelner Personen oder die Frustration gegen bestimmte politische Entscheidungen sind für die meisten Menschen an der Wahlurne entscheidender als das Geschlecht im Wahlvorschlag.

Eine Paritätsregelung konstruiert die Frauen und die Männer als homogene Interessengruppen, denen sowohl demokratische Verfahren als auch individuelle Freiheit

vorgehen. Das ist aber nicht so. Das Gleichstellungsgebot nach Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördert und bestehende Nachteile beseitigt, ist auf eine Steuerung demokratischer Wahlergebnisse nicht anwendbar. Unser Ziel muss es sein, Gleichstellung als integralen Politikbestandteil zu begreifen und hierfür auch auf eine gesellschaftliche Sensibilität hinzuwirken.

Es ist ein wirklich hoch angesiedeltes Ziel, die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern auch in den Parlamenten zu erhöhen. Dazu werden gesamtgesellschaftliche Entscheidungen benötigt und keine paritätische Quotenregelung im Wahlrecht. Es muss gelingen, Frauen noch stärker für politische Ämter und Mandate zu gewinnen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Zumindest für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir starke Frauen haben, die aufgrund ihrer Fähigkeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

ihrer Qualifikation und ihrer Persönlichkeit den Weg in verantwortungsvolle Positionen gefunden haben.

Diese Frauenbiografien zeigen, dass wir keine Änderung der Verfassung benötigen, sondern mehr Unterstützung für Frauen auf ihren Karrierewegen. Um Frauen tatkräftig zu unterstützen, muss sich die politische Kultur weiter verändern und muss sich das Verständnis für Gleichberechtigung festigen. Dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. Gleichstellung ist ein Auftrag der Verfassung. Eines besonderen Antrages bedarf es in dieser Sache nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Christel Weißig, Freie Wähler/BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Schwarz.

Thomas Schwarz, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Es wurde zu diesem Thema bereits sehr viel gesagt. Die Ausführungen der Ministerin Drese waren ja umfangreich und deswegen auch nachvollziehbar, warum wir diesen Antrag ablehnen werden.

Ich möchte meinen Beitrag heute darauf beschränken, einfach mal Danke zu sagen, Danke an die Frauen und Mütter, die einen unschätzbaren Beitrag in unserer Gesellschaft leisten, wenn man bedenkt – und da gucke ich mal Richtung AfD, Ihr Frauenbild ist ein ganz anderes, das ist Ihr gutes Recht –, dass Frauen den Haushalt machen, dass die Frauen die Kinder erziehen und dass Frauen dann noch beruflich tätig sind, auch im Ehrenamt. Ich kenne viele Frauen, die ehrenamtlich tätig sind. Zum Beispiel gibt es ganz tolle Feuerwehrfrauen – Ralf, das kannst du mir bestätigen –, die ihren Mann stehen

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ihre Frau stehen.)

und zum Teil besser stehen als Männer.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Karen Larisch, DIE LINKE: Ihre Frau stehen.)

Hallo!

Und ich möchte schließen mit: Die Frauen sind die wahren Heldinnen des Alltages.

(Jochen Schulte, SPD: Er hat das extra in Anführungszeichen gesetzt.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Ralph Weber, AfD: Alles richtig,
nur „Mütter“ statt „Frauen“. –
Ministerin Stefanie Drese: Von wem? –
Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ich finde es merkwürdig, dass nur
eine Frau zum Thema spricht.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt hat das Wort,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, zwei.
Die Ministerin und Ihre Kollegin. –
Heiterkeit auf der Regierungsbank)

jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Werte Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Besonders fasziniert an diesem Antrag hat mich der Begriff „Gender Budgeting“. Gender Budgeting ist ja nichts anderes als die Implementierung von Gender-Mainstreaming in der Haushaltspolitik.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch,
dass Sie das begriffen haben, Herr ...!)

Gender-Mainstreaming ist wiederum die Nivellierung, die Einebnung,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zwei Reden im Monat halten
und 5.000 Glocken kassieren!)

die Einebnung der geschlechterspezifischen Eigenschaften von Männern und Frauen, die den Verfechtern der Genderpolitik als soziale Konstrukte und als solche wiederum als Erfindung des Patriarchats gelten.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Gender-Mainstreaming tauchte auf der politischen Bühne so ziemlich das erste Mal auf im Rahmen der Vierten UNO-Frauenkonferenz 1995 in Peking. Ich habe mir mal die Beschlüsse dieser Veranstaltung angeschaut

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und fand es ganz interessant, dass sich diese Papiere vom Duktus her so ziemlich gleich lesen wie der UN-Migrationspakt, über den wir gestern gesprochen haben.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Vorgestern. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ja beides Teufelszeug für Sie, ne?!)

Auch diese Beschlüsse der UN-Frauenkonferenz

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Teufelszeug für Herrn Arppe.)

galten seinerzeit als nicht verbindlich und enthielten genauso häufig die Wörter „verpflichtend“, „Verpflichtung“

und so weiter. Trotzdem durchwuchert das Gender-Mainstreaming heutzutage die Gesellschaften überall in Europa.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist auch gut so.)

Es gibt über 140 Lehrstühle für sogenannte Gender-Forschung und neuerdings soll diese pseudowissenschaftliche Ideologie auch noch Eingang finden in Gesetzestexte, in Haushaltspolitik oder gar in Verfassungen.

(Thomas Krüger, SPD: Gut, ne?!)

Wir erkennen also daran –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer ist „wir“?)

und das ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer ist „wir“, Herr Arppe?)

und das ist mein Punkt –,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Viele.)

wir erkennen an Ihrem Antrag,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wer ist denn „wir“?)

wir erkennen an Ihrem Antrag heute,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

an Ihrem Antrag heute,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie gehören nicht
mehr zu dieser Fraktion. Wer ist denn „wir“?
Die haben Sie rausgeschmissen.)

was uns bevorsteht, wenn die Bundesrepublik Deutschland den UN-Migrationspakt unterschreibt, denn genauso

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

hat nämlich auch das Gender-Mainstreaming vor 20 Jahren in Peking seinen politischen Anfang genommen

(Thomas Krüger, SPD: Gender-Mainstreaming ist was Richtiges.)

und ist heute geltendes Recht.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Und so wird auch der UN-Migrationspakt als unverbindlich verkaufte Willenserklärung seinen Anfang nehmen und in 10/20 Jahren wird es dann genau solche Diskussionen – oder wahrscheinlich schon eher – darüber geben wie über das Gender-Mainstreaming. Insofern ein Antrag, der doch sehr erhellend, wenn nicht sogar entlarvend ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Karsten Kolbe, DIE LINKE: Der Volksverhetzer spricht und die AfD jubelt. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Förster.

(Der Abgeordnete Horst Förster wendet sich an das Präsidium.)

Horst Förster, AfD: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Mir sind noch einige Bemerkungen wichtig. Ich halte den historischen Rückblick, den ich Ihnen geboten habe, für absolut wichtig zum Verständnis des Problems, denn zu Recht sind wir alle von der Gleichberechtigung der Frauen und dem Frauenwahlrecht überzeugt. Aber warum hat es so lange gedauert? Das versteht man nur, wenn man diesen historischen Rückblick wagt und sich bewusst ist, dass von der Bibel bis zu Luther und weiter ein ganz anderes Frauenbild – religiös begründet – herrschte. Deshalb haben wir Jahrhunderte dazu gebraucht und deshalb ist es auch nahe liegend, sich Gedanken zu machen, wie sehr man denn von heute auf morgen fremde Kulturen hier belehren kann.

Das Zweite ist Folgendes: Natürlich – und ich denke, das habe ich auch klar ausgedrückt – sind wir die Letzten, die der Auffassung sind, dass die Frau wieder an den Herd gehört, aber das zentrale Problem der Gleichstellung ist nämlich, wie die Mutterrolle als natürliche Selbstverwirklichung und das moderne Frauenbild, auch berufstätig und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wie sich das miteinander vereinbaren lässt. Das ist eine sehr schwierige Angelegenheit, die bis jetzt keiner – zwar theoretisch, aber praktisch nicht – gelöst hat. Da müssen Sie sich selbst nur umsehen, wie das im Alltag aussieht, wenn man diesen Spagat vollziehen will, dann vielleicht nicht nur ein, sondern zwei oder mehrere Kinder bekommen will und nicht einen Ehemann hat, den man beliebig einsetzen kann. Das ist das zentrale Problem.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Und das andere ist, ...

(Andreas Butzki, SPD: Was?)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Horst Förster, AfD: ... die Frauen sollen entscheiden dürfen.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... Sie haben Ihre Redezeit ...

Horst Förster, AfD: Man soll es Ihnen nicht vorschreiben.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... schon deutlich überschritten.

(Der Abgeordnete Horst Förster beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Elisabeth Aßmann, SPD: Das ist ja lachhaft einfach. – Zurufe von Susann Wippermann, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Larisch.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

Karen Larisch, DIE LINKE: Jaja, ich weiß.

(Die Abgeordnete Karen Larisch wendet sich an das Präsidium.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt noch viel zu tun. Das ist die Wahrheit. Und in Sachen Gleichstellung den Osten in den Himmel zu heben – wirklich, Kitaplätze allein machen noch keine Gleichstellung! Und EU-Projekte, dazu noch befristet, sind auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Schlecht entlohnte Arbeitsplätze hängen Frauen noch immer ab. Armut ist in diesem Land weiblich.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Und jetzt mit der Unterstützung

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Das hat sich aber auch schon verändert, Frau Larisch.)

der Frauenhäuser zu kommen – wie lange hat die Landesregierung denn eigentlich die Gelder für die Frauenhäuser eingefroren? Und wann,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

wann, wann haben Sie neues Geld für die Frauenhäuser eingestellt? Als die Frauen auf die Barrikaden gegangen sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Ich habe mich schon am Mittwoch gefragt: Sind wir hier in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich schon im Jahre 2018?

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Donnerstag vermehrten sich diese Fragezeichen. Und heute: Mir fehlen die Worte, aber ich werde es trotzdem versuchen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV – Heiterkeit bei Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist schön.)

Ich fange an – und das muss ich tatsächlich – mit der SPD. Wenn Frau Tegtmeier Gleichstellung immer noch damit erklärt, dass ihr Ehemann kocht und sie heimwerkert,

(Nikolaus Kramer, AfD: Mit einer rosa Bohrmaschine. – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

ja, dann ist das ein Argument aus den 1960er-Jahren von Männern.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Wer heute noch meint, der Mann vor dem Herd – hinter den Herd passen weder Frauen noch Männer – und die Frau mit dem Zollstock sei Gleichberechtigung,

(Nikolaus Kramer, AfD: Gliedermaßstab.)

der hat nichts, aber auch gar nichts verstanden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Frau Tegtmeier, auch mein Mann kocht, aber das ist so, weil ich ein Springfloh bin und uns Brandschutz in unserer Wohnung sehr wichtig ist.

(allgemeine Heiterkeit)

Geduldig zu warten, entspricht überhaupt nicht meinem Naturell.

(Andreas Butzki, SPD: Jetzt ist
der Spitzname weg, ne?! –
allgemeine Heiterkeit –
Glocke der Vizepräsidentin)

Und als kleingewachsener Frau geht es mir wie jedem kleinen ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment! Einen Moment, Frau Larisch!

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten schon öfter Beiträge, wo es auch mal was zu lachen gab.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja.)

Ich verstehe Ihre Emotionen, aber ich bitte Sie trotzdem, so viel Ruhe zu bewahren, dass wir die Rednerin auch noch hören können und sie sich mit ihrer Stimme nicht überschlagen muss.

(Andreas Butzki, SPD:
Aber sie ist gut zu hören.)

Herr Butzki, das war jetzt die letzte Verwarnung.

(Thomas Krüger, SPD: Der Mann
von Frau Tegtmeier ist inzwischen
verstorben, ne?! Das muss man wissen.)

Frau Larisch, Sie haben das Wort.

(Bernhard Wildt, Freie Wähler/BMV:
Aber ernsthaft jetzt oder gar nicht!)

Karen Larisch, DIE LINKE: Und als sehr kleiner Frau geht es mir wie allen kleinen Menschen und allen groß gewachsenen Menschen, oft passen die Möbel nicht. Mit der Gleichstellung der Geschlechter hat das aber nichts zu tun. „Barrierefreiheit“ ist das Stichwort bei der Einrichtung von Wohnungen.

(Torsten Renz, CDU: Alter Falter!)

Dass Sie die Aktionsfarbe Rosa oder Pink bei Handwerksartikeln nicht verstanden haben, das schmerzt mich persönlich sehr. Pink ist die Farbe von an Brustkrebs erkrankten Frauen.

(Maika Friemann-Jennert, CDU:
Oh Gott, was hat denn das mit der
Bohrmaschine zu tun? Mann, oh!)

Sie steht für 150 Neuerkrankungen täglich,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

für 50 tote Frauen und für 100 Überlebende täglich. An Aktionstagen in vielen Unternehmen wird mit pinken Aktionen dieser starken Frauen gedacht und Mut gemacht. So gibt es pinkes Geschirr, pinkes Handwerkszeug, pink beleuchtete Städte, pink als Symbol der Solidarität.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Zu welchem Antrag sprechen Sie? –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also nicht alles, was rosa, pink oder hellblau ist, vor allem im Oktober in den Regalen steht, ist Farbenlehre à la Mann oder Frau.

Schnappatmung bekamen wir hier aber, als Herr de Jesus Fernandes

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

die Selbstbestimmung der Frauen auf Schwanger- und Mutterschaft mit Kükenschreddern verglich.

(Horst Förster, AfD: Abtreibung.)

Herr de Jesus Fernandes, Sie vergleichen Frauen also mit Hühnern und Gänsen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nein, das war Ihre Abgeordnete!)

also genauso,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ihre Abgeordnete!)

wie Männer uns regelmäßig abfällig betiteln.

(allgemeine Unruhe –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Verallgemeinern Sie es doch nicht so!
Merken Sie es noch?!)

Sie un...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Sie unterstellen uns ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment noch mal, Frau Larisch!

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Unglaublich!)

Also bitte schön, bitte schön zügeln Sie Ihre Emotionalität! Wir können nichts mehr verstehen, weder die massenweisen Zwischenrufe noch die Rednerin selbst.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Es gibt Schlimmeres.)

Also ein bisschen ruhig! Es ist der letzte Tagesordnungspunkt, den kriegen wir auch noch hin. Also bitte, bleiben Sie etwas ruhiger!

Karen Larisch, DIE LINKE: Sie ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Bitte, Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Sie unterstellen uns, geborenes Leben schreddern, also töten zu wollen, denn ein Küken ist das geschlüpfte Kind der Henne,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

also das geborene Baby.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Da müssen Sie mit Ihrer Fraktion reden. Das kam von Ihrer Fraktion.)

Und dann die Krönung,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

und dann die Krönung: Herr Förster, seines Zeichens pensionierter Richter, Sie setzen Nötigung mit Vergewaltigung gleich.

(Horst Förster, AfD: Das ist ja auch wieder völliger Unsinn.)

So viel Victim Blaming, so viel Opferverhöhnung macht mich unendlich wütend.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Sie haben auch nichts von unserer Rechtsordnung verstanden, gar nichts.)

Ver-gewalt-igung: Da steckt das Wort „Gewalt“ drin.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie sind eine Lügnerin, Frau Larisch! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das tut schon weh,
so viel Unverständnis hier zu hören. –
Zuruf von Horst Förster, AfD)

Eine Nötigung kommt vor der Gewalttat.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Schon immer gibt es Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung. So, und nur so muss es heißen und auch öffentlich gesagt werden: Vergewaltigung in Tateinheit mit Nötigung. Frauen sollen sich so lange bei sexueller Belästigung nicht so anstellen und mit ihrem Feminismusge-laber aufhören, bis der Täter ein Migrant ist.

(Horst Förster, AfD: Was ist das für ein Unfug?)

Dann müssen plötzlich „unsere Frauen“ geschützt werden, es sei denn, die Frau ist links, dann soll sie doch auch noch vergewaltigt werden, nicht wahr?!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

Herr Förster, Sie zitieren ja immer die Bibel und meinen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV)

dass im Koran oder in der arabischen Welt etwas anderes über Frauen gesagt wird. Ich zitiere jetzt mal den Koran:

(Horst Förster, AfD: Was soll denn das?)

„Sei vorsichtig, wenn du eine Frau zum Weinen bringst, denn Allah zählt all ihre Tränen. Die Frau wurde aus der Rippe des Mannes erschaffen! Weder aus seinem Fuß, damit man sie tritt, noch aus seinem Kopf, damit sie über ihm steht, sondern unter seinen Armen, um geschützt zu werden und neben seinem Herzen, um aus tiefstem Herzen geliebt zu werden.“

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Dr. Ralph Weber, AfD:
Das erleben wir jeden Tag.)

Herr Arppe, wenn der UN-Migrationspakt tatsächlich die Gleichstellung fördert, dann sollten wir diesem erst recht zustimmen.

(Beifall Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE)

Und dann das Benehmen der Männer in diesem Saal: Wie Sie sich gegenüber Ihren Kolleginnen verhalten – schlimmer als unbeholfene pubertierende Jungs. Da werden Papierflugzeuge gefaltet und durch den Raum geschmissen,

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der CDU und AfD –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das ist doch ...!)

da wird gequatscht und trotz Ermahnung bockig reagiert, da werden Frauen gar aufgefordert, auf einen anderen Kontinent zu gehen, um Männer zu bereichern. Schämen Sie sich eigentlich nicht? Wundern Sie sich, dass Frauen oft sagen, Politik, diese Alte-Männer-Kaste, nein danke? Aber ohne Frauen in der Politik werden sich die Bedingungen für Frauen in der Gesellschaft nicht ändern. Ohne Frauen ist die Gesellschaft nicht denkbar. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

Zahlen sagen viel über die Wirklichkeit. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt bundesweit bei nur 29 Prozent. Wenn Ihnen tatsächlich etwas an Gleichstellung gelegen wäre, dann würden Sie hier gesetzlich etwas ändern, dann hätten Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU, Ihren Ministerinnen Kristina Schröder und Ursula von der Leyen nicht nur zugehört und „mh“ gesagt, sondern es für andere Frauen geändert. Dann hätten Sie „Die Merkel ist ja keine Frau“ entschieden widersprochen und Frauen ihres Schlages vorgestellt,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

denn Politikerinnen, Sportlerinnen, Künstlerinnen sind die Vorbilder für andere Frauen.

Was wir als Frauen schaffen oder nicht schaffen, das müssen wir ehrlich und laut sagen. Wer von Ihnen, meine Herren, wurde denn schon mal bei einem Einstellungsgespräch gefragt, wollen Sie eigentlich noch Kinder? Und wer von den Damen hier? Kinder und Nachwuchs geht

aber beide Eltern etwas an. Biologisch gesehen gibt es nur diesen einen Unterschied: Schwangerschaft, Geburt und Stillen, ja, das können nur Frauen. Und das ist etwas, was Männer niemals erreichen können werden.

(Dirk Lerche, AfD: Oh!)

Vielleicht ist es auch genau das, was den Neid auf Frauen jahrtausendlang ausmacht und sie unterdrücken lässt.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wir warten jetzt auf Ihr Gleichstellungskonzept.)

Sie können es ja wohl nicht ertragen. Oder warum reden rechtskonservative und reaktionäre Menschen immer von der Erhaltung eines Volkes und das wäre Aufgabe der Frau?

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Dazu ist sie gemacht. Die Gesetze in unserem Land sind teilweise noch genauso. Der Fokus ist falsch gesetzt.

Am 19. Februar 1919 hat Marie Juchacz „meine Herren und Damen“ gesagt, und ich sage jetzt: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Meine Herren!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege de Jesus Fernandes, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf – nein, nicht das Wort für Ihre persönliche Bemerkung –, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihren Ausfall gegenüber der Rednerin Frau Larisch.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Was war denn da ein Ausfall? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Er hat sie
als „Lügnerin“ bezeichnet. Wenn das nicht
ausfallend ist, dann weiß ich ja nicht. Also
bitte, stellen Sie doch nicht solche Fragen!)

Meine sehr geehrten Herren,

(allgemeine Unruhe)

ich bitte Sie, das jetzt einfach mal so hinzunehmen, auch Herr Professor Weber. Sie wissen ja, wie das Prozedere ist. Wenn Sie mit etwas nicht einverstanden sind ...

(Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber hält sich den Mund zu.)

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für diese Geste.

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das betrachte ich als diskriminierend.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Wenn es der Gerechtigkeit dient!)

Noch einen Ordnungsruf. Sie haben einen Kommentar von mir nicht zu kommentieren.

Wir fahren jetzt fort in der Sitzung. Weitere Wortmeldungen ...

Ach so, nein. Frau Friemann-Jennert hat noch mal ums Wort gebeten. Wir sind noch gar nicht am Ende der Diskussion.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Also auf der einen Seite fand ich das jetzt nicht so schön, was hier bei der AfD passiert ist, aber auch Frau Larisch, ich muss ganz ehrlich sagen, Ihr Beitrag wird diesem Hohen Hause zum größten Teil nicht gerecht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und Freie Wähler/BMV)

Was das mit Verfassungsrang, was das mit Verfassungsauftrag zu tun hat, das hat sich mir wirklich nicht erschlossen. Also gehen Sie bitte auch noch mal in sich und überdenken Sie noch mal Ihre Intention! Also das war nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
Freie Wähler/BMV und Jürgen Strohschein, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Ritter, die Linksfraktion hat keine Redezeit mehr.

(allgemeine Unruhe –
Zurufe aus dem Plenum: Oooh! –
Torsten Renz, CDU: Können wir was abgeben?)

Was soll ich jetzt mit dieser Bemerkung anfangen, Herr Renz? Also!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das war eine ganz sachliche Feststellung von mir. Die Redezeit ist abgelaufen für die Linksfraktion und mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag „100 Jahre Frauenwahlrecht – Gleichstellung als Verfassungsauftrag umsetzen“ auf Drucksache 7/2808 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme abzugeben wünscht? – Das kann ich nicht erkennen. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung für einen Moment. Das gibt mir außerdem die Möglichkeit ... Also ich unterbreche die Sitzung für einen kurzen Moment.

Unterbrechung 12.31 Uhr

Wiederbeginn: 12.32 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung. An der Abstimmung haben 56 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 9 Abgeordnete, mit Nein stimmten 47 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/2808 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete de Jesus Fernandes hat darum gebeten, nach Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung das Wort für eine persönliche Bemerkung zu erhalten.

Ehe Herr de Jesus Fernandes das in Anspruch nimmt, möchte ich trotzdem noch, auch wenn wir fast am Schluss der Sitzung sind, die Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule in Niepars herzlich begrüßen. Das sind Sie doch, ne? Okay.

Dann, Herr de Jesus Fernandes, Sie haben das Wort.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Vielen Dank.

Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich möchte etwas klarstellen. Frau Larisch hat hier etwas behauptet, was nicht stimmt. Ich habe Ihnen gestern lediglich Ihre Doppelmoral vor Augen geführt, dass Sie sich im Bundestag mit Ihren Abgeordneten vehement dafür einsetzen, dass Küken nicht mehr geschreddert werden, andererseits aber hier im Landtag zu einem anderen Tagesordnungspunkt fordern, ungeborenes Leben straffrei zu töten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ungeboren!
Küken sind Leben. Küken leben.)

es zu töten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ungeborenes Leben!
Merken Sie noch, was Sie hier reden? –
Zurufe von Torsten Renz, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja.

(Der Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes bedeutet der Vizepräsidentin, die Glocke zu betätigen. –
Glocke der Vizepräsidentin –
Beate Schlupp, CDU: Oh! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind so ein Clown, sind Sie!)

Nee, Sie haben einfach keinen Anstand, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, hören Sie doch auf! Sie
erzählen hier permanenten Unsinn!)

Das ist eine persönliche Erklärung, da möchte ich gerne aussprechen.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD –
Der Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes bedeutet der Vizepräsidentin, die Glocke zu betätigen. –
Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich weise das von mir.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, einen Moment!

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach, jetzt können Sie?! Jetzt können Sie unterbrechen, ja?! Vorher nicht, wenn er zwischenquatscht, aber jetzt!

(allgemeine Unruhe –
Patrick Dahlemann, SPD:
Diese Aggression hier! –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nehme ich gerne an.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: ... weil Sie zunächst erst mal zumindest abzuwarten haben, was ich sage,

(Zuruf aus dem Plenum: Mimimi!)

also nicht hier ... Die Ordnungsmaßnahmen und wann ich die Glocke betätige, das entscheide ich. Das haben Sie nicht zu entscheiden. Das müssen wir jetzt zunächst mal festhalten.

Aber jetzt haben Sie wieder das Wort.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Atmen Sie erst mal durch!)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Es ging um Ihre Doppelmoral. Sie setzen sich für Küken ein, ungeborenes Leben ist Ihnen aber einfach egal. Das habe ich hier zum Ausdruck gebracht und nichts anderes. Und das sollten die Leute, die hier im Saal sind, auch wissen, bevor sie Ihren Fantastereien glauben, Frau Larisch. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ich erteile einen weiteren Ordnungsruf an Herrn Ritter für seine Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten. Auch das ist nicht hinzunehmen.

(Thomas Krüger, SPD:
Manchmal muss so was sein.)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Gott sei Dank!)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 12. Dezember 2018, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.35 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Sylvia Bretschneider, Lorenz Caffier, Sandro Hersel, Jörg Heydorn, Dr. Gunter Jess, Nadine Julitz, Holger Kliewe, Franz-Robert Liskow, Simone Oldenburg, Erwin Sellering und Martina Tegtmeier.

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion DIE LINKE
100 Jahre Frauenwahlrecht –
Gleichstellung als Verfassungsauftrag umsetzen
 – Drucksache 7/2808 –

Jastimmen

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
 Foerster, Henning
 Kolbe, Karsten
 Koplín, Torsten
 Kröger, Eva-Maria
 Larisch, Karen
 Ritter, Peter
 Dr. Schwenke, Mignon
 Dr. Weiß, Wolfgang

Friemann-Jennert, Maika
 Glawe, Harry
 Lenz, Burkhard
 Liskow, Egbert
 Reinhardt, Marc
 Renz, Torsten
 Schlupp, Beate
 Waldmüller, Wolfgang

AfD

Förster, Horst
 Grimm, Christoph
 de Jesus Fernandes, Thomas
 Kramer, Nikolaus
 Kröger, Jörg
 Lerche, Dirk
 Obereiner, Bert
 Reuken, Stephan J.
 Schneider, Jens-Holger
 Strohschein, Jürgen
 Dr. Weber, Ralph

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
 Aßmann, Elisabeth
 Brade, Christian
 Brodkorb, Mathias
 Butzki, Andreas
 da Cunha, Philipp
 Dachner, Manfred
 Dahlemann, Patrick
 Drese, Stefanie
 Friedriszik, Dirk
 Gundlack, Tilo
 Krüger, Thomas
 Mucha, Ralf
 Pegel, Christian
 Saemann, Nils
 Schulte, Jochen
 Schwarz, Thomas
 Stamer, Dirk
 Wippermann, Susann

Freie Wähler/BMV

Borschke, Ralf
 Dr. Manthei, Matthias
 Weißig, Christel
 Wildt, Bernhard

Fraktionslos

Arppe, Holger

CDU

von Allwörden, Ann Christin
 Berg, Christiane
 Ehlers, Sebastian
 Eifler, Dietmar

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	56
Gültige Stimmen	56
Jastimmen	9
Neinstimmen	47
Enthaltungen	-